

BAUHERRENMAPPE



VON DER
BAUEINGABE
BIS ZUM
BAUBESCHEID

GEMEINDEAMT GASCHURN

DORFSTRASSE 2

6793 GASCHURN

TEL. NR.: +43 55 58 / 82 02 - 0

FAX: +43 55 58 / 82 02 - 19

MAIL: GEMEINDE@GASCHURN.AT

WWW.GASCHURN-PARTENEN.AT



LIEBE BAUHERREN,

ALS BÜRGERMEISTER DER GEMEINDE GASCHURN IST ES MIR EIN GROSSES ANLIEGEN, DASS JEDER GASCHURNER UND PARTENER SEINEN TRAUM VOM HAUS VERWIRKLICHEN KANN UND EINEN PLATZ IN UNSERER GEMEINDE FINDET. MIT DER BAUHERRENMAPPE MÖCHTE ICH ALLEN BAUHERREN EINE ENTSPRECHENDE GRUNDLAGE BIETEN, WELCHE SIE „VON DER BAUEINGABE BIS ZUM BAUBESCHIED“ FÜHRT. SIE FINDEN IN DER BAUHERRENMAPPE NICHT NUR DIE RECHTLICHEN RAHMENBEDINGUNGEN, ES SIND AUCH FORMULARE SOWIE FÖRDERANTRÄGE VORHANDEN. DIE BAUHERRENMAPPE BIETET IHNEN EINEN GROBEN ÜBERBLICK ÜBER DEN GESAMTEN ABLAUF EINES BAUVORHABENS.

ICH DARF IHNEN SOMIT VIEL GLÜCK BEI DER UMSETZUNG IHRES PROJEKTES WÜNSCHEN UND GUTES GELINGEN!

DANIEL SANDRELL
BÜRGERMEISTER

VORWORT

INHALTSVERZEICHNIS



- A. CHECKLISTE–VON DER BAUEINGABE
BIS ZUM BAUBESCHIED
- B. DER BAUANTRAG UND INFORMATIONEN
ZUM ENERGIEAUSWEIS
- C. STANDARDAUFLAGEN IM WASSER– UND
KANALANSCHLUSSBESCHIED
- D. FERTIGSTELLUNGSMELDUNG
- E. ALLGEMEINE INFORMATIONEN FÜR DEN
BAUHERRN
(FÖRDERUNGSANTRÄGE,
FIRMENINFORMATIONEN,
LINKSAMMLUNG ETC.)





Gemeindeamt Gaschurn

6793 Gaschurn / Dorfstraße 2 / Hochmontafon – Österreich
Tel. +43(0)5558/8202, Fax +43(0)5558/8202-19
email: gemeinde@gaschurn.at
www.gaschurn-partenen.at

C H E C K L I S T E

von der Baueingabe bis zum Bescheid

1. Welche Bauvorhaben sind bewilligungspflichtig?

Einer Baubewilligung bedürfen lt. § 18 BauG (1)

- a) die Errichtung oder wesentliche Änderung von Gebäuden; ausgenommen sind jene kleinen Gebäude, die nach § 19 lit. a bis c nur anzeigepflichtig sind, weiters Gebäude, soweit es die Verwendung für den Betrieb eines Gastgartens betrifft und die insofern nach § 19 lit. d nur anzeigepflichtig sind;
- b) die wesentliche Änderung der Verwendung von Gebäuden, ausgenommen ist die Verwendung für den Betrieb eines Gastgartens, die nach § 19 lit. d nur anzeigepflichtig ist;
- c) die Errichtung oder wesentliche Änderung von Bauwerken, die keine Gebäude sind, sofern durch diese Bauwerke Gefahren für die Sicherheit oder die Gesundheit einer großen Anzahl von Menschen entstehen können, z.B. Tribünen, offene Parkdecks u.dgl.;
- d) die Errichtung oder wesentliche Änderung von Feuerstätten, deren Verbrennungsgase über eine Abgasanlage oder direkt ins Freie abgeleitet werden, und von Einrichtungen zur Ableitung dieser Gase; ausgenommen sind jene Feuerstätten und Einrichtungen zur Ableitung der Gase, die durch gewerberechtlich befugte Fachleute ausgeführt werden oder die sich außerhalb von Gebäuden befinden;
- e) die Aufstellung oder wesentliche Änderung von ortsfesten Maschinen oder sonstigen ortsfesten technischen Einrichtungen, sofern durch sie die Sicherheit oder Gesundheit von Menschen gefährdet oder Nachbarn belästigt werden können;
- f) andere Bauvorhaben, wenn für sie eine Abstandsnachsicht erforderlich ist.

(2) Die Errichtung oder wesentliche Änderung von Ankündigungen und Werbeanlagen innerhalb bebauter Bereiche bedarf einer Baubewilligung. Ausgenommen und frei sind

- a) Hinweiszeichen nach straßenrechtlichen Vorschriften oder ähnlich diesen gestaltete Hinweiszeichen, die zur Auffindung von Betriebsstätten oder ähnlichen Einrichtungen dienen;
- b) gesetzlich gebotene Betriebsstättenbezeichnungen bis zu einer Größe von 1 m²; weiters Geschäftsbezeichnungen von Bauausführenden für die Dauer der Bauausführung im Baustellenbereich;

- c) Ankündigungen und Werbeanlagen von Wählergruppen, die sich an der Werbung für die Wahl zu den allgemeinen Vertretungskörpern, zum Europäischen Parlament oder zu den satzungsgebenden Organen (Vertretungskörpern) der gesetzlichen beruflichen Vertretungen beteiligen, sofern sie frühestens vier Wochen vor der Wahl angebracht werden; dies gilt sinngemäß bei der Wahl des Bundespräsidenten sowie im Rahmen von Volksabstimmungen, Volksbegehren und Volksbefragungen aufgrund landes- oder bundesrechtlicher Vorschriften sowie von Europäischen Bürgerinitiativen;
- d) Ankündigungen und Werbeanlagen für vorübergehende Zwecke im Rahmen einzelner Veranstaltungen sportlicher oder kultureller Art oder für gemeinnützige Zwecke.

2. Welche Bauvorhaben sind anzeigepflichtig?

Wenn die Abstandsflächen und Mindestabstände eingehalten werden, sind folgende Bauvorhaben anzeigepflichtig nach § 19 BauG

- a) die Errichtung oder wesentliche Änderung von Nebengebäuden zu Wohngebäuden, wenn das Nebengebäude eine überbaute Fläche von höchstens 25 m² und eine Höhe von höchstens 3,5 m über dem Gelände hat und in einer Baufläche liegt;
- b) die Errichtung oder wesentliche Änderung von Wartehäuschen bei Haltestellen des öffentlichen Personenverkehrs;
- c) die Errichtung oder wesentliche Änderung von Telefonzellen und ähnlich kleinen Gebäuden;
- d) die Errichtung oder wesentliche Änderung von Gebäuden sowie die wesentliche Änderung der Verwendung von Gebäuden, soweit es die Verwendung für den Betrieb eines Gastgartens betrifft und dieser keiner Genehmigung nach der Gewerbeordnung 1994 bedarf;
- e) die Errichtung oder wesentliche Änderung von Bauwerken, die keine Gebäude sind, sofern sie nicht nach § 18 Abs. 1 lit. c bewilligungspflichtig sind;
- f) die Errichtung oder wesentliche Änderung von Einfriedungen an öffentlichen Verkehrsflächen, ausgenommen ortsübliche Einfriedungen für land- oder forstwirtschaftlich genutzte Grundstücke, sowie von sonstigen Einfriedungen, wenn sie das Nachbargrundstück um mehr als 1,80 m überragen;
- g) die Errichtung oder wesentliche Änderung von ortsfesten Behältern für flüssige Brennstoffe oder Treibstoffe mit einem Inhalt von mehr als 300 l;
- h) die Aufstellung von Zelten und sonstigen gebäudeähnlichen Einrichtungen mit mehr als 100 m² Grundfläche sowie die Aufstellung von kleineren Zelten und sonstigen gebäudeähnlichen Einrichtungen für die Dauer von mehr als sechs Monaten auf demselben Grundstück;
- i) die Aufstellung von Wohnwagen und ähnlichen Unterkünften für die Dauer von mehr als einem Monat auf demselben Grundstück oder auf einer Baustelle für die Dauer von mehr als zwei Jahren;
- j) die Aufstellung von beweglichen Verkaufsständen und ähnlichen Einrichtungen;
- k) der Abbruch von Gebäuden oder Gebäudeteilen;
- l) der Abbruch von anderen Bauwerken oder Bauwerksteilen, wenn durch den Abbruch die Sicherheit oder Gesundheit von Menschen oder die Verkehrssicherheit gefährdet oder das Orts- und Landschaftsbild beeinträchtigt werden können.

3. Welche Bauvorhaben sind frei?

- (1) Bauvorhaben (§ 2 Abs. 1 lit. e), die weder einer Baubewilligung noch einer Bauanzeige bedürfen, sind frei. Dies gilt besonders für bloße Erhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten sowie unwesentliche Änderungen von Bauwerken oder sonstigen Anlagen.
- (2) Die Anbringung von Solar- und Photovoltaikanlagen an bestehenden Bauwerken ist jedenfalls frei, sofern die Abstandsflächen und Mindestabstände eingehalten werden und
 - a) die Anlage in die Dach- oder Wandfläche eingefügt oder in einem maximalen Abstand von bis zu 30 cm parallel zur Dach- oder Wandfläche angebracht wird und über diese nicht hinausragt; oder
 - b) im Falle der Anbringung auf einem Flachdach der Dachüberstand maximal 1,2 m beträgt und der Abstand zum Dachrand mindestens der Höhe des Dachüberstandes entspricht.

Dies gilt nicht, soweit eine Verordnung der Gemeindevertretung nach § 17 Abs. 4 letzter Satz anderes bestimmt.

- (3) Die Errichtung und Änderung von Ladestationen für Elektrofahrzeuge sowie deren Einbau in bestehende Bauwerke sind jedenfalls frei, sofern die Abstandsflächen und Mindestabstände eingehalten werden.
- (4) Weiters sind folgende Bauvorhaben frei, sofern die Abstandsflächen und Mindestabstände eingehalten werden und es sich nicht um Gebäude handelt:
 - a) Anlagen zur Gartengestaltung wie Steingärten, Hochbeete, Grillkamine u.dgl.;
 - b) Kinderspielplätze einschließlich Spielplatzeinrichtungen.
- (5) Schließlich sind Baustelleneinrichtungen, ausgenommen Wohnunterkünfte, für die Dauer der Bauausführung frei.

4. Der Bauantrag

Alle Informationen zum Bauantrag finden sie unter B.

5. Das Ermittlungsverfahren

Die Kundmachung zur mündlichen Verhandlung erfolgt durch die Gemeinde. Eine Hausnummer erhält der Bauwerber von der Gemeinde. Die erforderliche Abstandsnachsichten der Nachbarn sind bis zur Verhandlung der Gemeinde vorzulegen.

Ermittlungsverfahren nach § 25 Baugesetz:

- (1) Nachbarn, die dem Bauvorhaben zustimmen, sind ab Zustimmung nicht mehr Parteien des Verfahrens. Die Zustimmung hat durch schriftliche Erklärung auf den Plänen (§ 24 Abs. 3 lit. b) zu erfolgen. Die Zustimmung ist ab ihrem Einlangen bei der Behörde unwiderruflich.

- (2) Wenn eine mündliche Verhandlung mit Augenschein durchgeführt werden soll, hat der Bauwerber bis zur mündlichen Verhandlung die Gebäudeecken in der Natur darzustellen und die Baugrundstücksgrenzen kenntlich zu machen. Zusätzlich sind die Geschoss- und Traufenhöhe sowie die Dachneigung in der Natur darzustellen, wenn das Gebäude an einer Stelle mehr als 16 m hoch ist, wenn eine Abstandsnachsicht gemäß § 7 zugelassen werden soll oder wenn es die Behörde verlangt.
- (3) Wenn dem Bauantrag Bestätigungen von gewerberechtlich oder nach dem Ziviltechniker-gesetz befugten Personen angeschlossen sind, aus denen hervorgeht, dass das Bauvorhaben näher angeführten bautechnischen Vorschriften im Hinblick auf die Interessen der mechanischen Festigkeit und Standsicherheit, des Brandschutzes, der Hygiene, der Gesundheit und des Umweltschutzes, der Nutzungssicherheit, des Schallschutzes, der Energieeinsparung und des Wärmeschutzes unter Berücksichtigung der Nutzung erneuerbarer Energien, des Verkehrs sowie der barrierefreien Gestaltung oder im Hinblick auf sonstige Anforderungen, soweit sich diese aus dem Recht der Europäischen Union ergeben, entspricht, kann die Behörde auf die Einholung entsprechender Gutachten verzichten, wenn nicht im Verfahren Zweifel an der Richtigkeit dieser Bestätigungen auftreten. Bei Bauvorhaben betreffend Gebäude mit besonderem feuerpolizeilichen Risiko kann auf brandschutztechnische Gutachten nicht verzichtet werden.

6. Der Bescheid

Die Zusendung des Bescheides erfolgt mittels RSb-Brief. Mindestens ein Planexemplar erhält der Bauwerber mit dem Bescheid und Zahlschein wieder retour.

7. Der Kanal- und Wasseranschlussbescheid

Die Standardauflagen des Kanal- sowie Wasseranschlussbescheides finden Sie unter C.

8. Fertigstellungsmeldung

Der Bauherr hat gemäß Vorarlberger Baugesetz innerhalb von zwei Wochen nach Vollen-dung des Bauvorhabes die Vollendung der Baubehörde zu melden und noch ausständige Befunde bei dieser Meldung anzuschließen (eine Vorlage finden Sie unter D).

Meldung über die Vollendung des Bauvorhabens

- (1) Die Vollendung von Bauvorhaben, die nach § 18 Abs. 1 bewilligungspflichtig sind, ist der Behörde vom Bauherrn innerhalb von zwei Wochen schriftlich zu melden, die Vollendung selbständig benützbarer Teile kann auch schon vor Vollendung des gesamten Bauvorhabens gemeldet werden. Allenfalls noch ausständige Befunde gemäß den §§ 29 Abs. 6 erster Satz und 37 Abs. 2 sind der Meldung anzuschließen.

- (2) Mit der Meldung über die Vollendung übernimmt der Bauherr der Behörde gegenüber – unabhängig von der Verantwortlichkeit der Bauausführenden (§ 36) und besonderer Fachleute (§§ 29 Abs. 6 und 37) – die Verantwortung für die der Baubewilligung und den Anforderungen nach den §§ 15 und 16 entsprechende Ausführung des Bauvorhabens.
- (3) Bei einem Bauvorhaben betreffend Bildungseinrichtungen (wie Kindergärten, Schulen, Volksbildungseinrichtungen u.dgl.), Gesundheits- und Sozialeinrichtungen (wie Spitäler, Alten- und Pflegeheime, Ferienheime u.dgl.) oder sonstige Bauwerke oder Anlagen, die allgemein zugänglich und für mindestens 75 Besucher oder Kunden ausgelegt sind, hat die Behörde jedenfalls innerhalb von drei Monaten ab Einlangen der vollständigen Meldung über die Vollendung eine Überprüfung nach § 38 Abs. 1 lit. b und c vorzunehmen.

Berechtigung zur Benützung

- (1) Bei Bauvorhaben, die nicht nach § 18 Abs. 1 bewilligungspflichtig sind, ist die Benützung nach Vollendung des Bauvorhabens zulässig.
- (2) Bei nach § 18 Abs. 1 bewilligungspflichtigen Bauvorhaben ist die Benützung zulässig, wenn der Behörde die Meldung über die Vollendung des Bauvorhabens nach § 43 Abs. 1 sowie die Befunde nach den §§ 29 Abs. 6 erster Satz und 37 Abs. 2 vorliegen.

9. Allgemein

Unter Register E finden Sie allgemeine Informationen für den Bauherrn.



Landesrecht konsolidiert Vorarlberg: Gesamte Rechtsvorschrift für Baugesetz, Fassung vom 24.02.2022

Langtitel Baugesetz

SfF: [LGBL.Nr. 52/2001](#) (notifiziert RL 98/34/EG vom 22. Juni 1998, ABl. L 204 vom 21.7.1998, S. 37–48 [CELEX-Nr. 31998L0034])

Änderung

[LGBL.Nr. 23/2003](#)

[LGBL.Nr. 27/2005](#)

[LGBL.Nr. 44/2007](#) (RL 2002/91/EG vom 16. Dezember 2002, ABl. L 1 vom 4.1.2003, S. 65–71 [CELEX-Nr. 32002L0091])

[LGBL.Nr. 34/2008](#)

[LGBL.Nr. 32/2009](#)

[LGBL.Nr. 29/2011](#)

[LGBL.Nr. 72/2012](#) (RL 2001/42/EG vom 27. Juni 2001, ABl. L 197 vom 21.7.2001, S. 30–37 [CELEX-Nr. 32001L0042]; RL 2006/21/EG vom 15. März 2006, ABl. L 102 vom 11.4.2006, S. 15–34 [CELEX-Nr. 32006L0021])

[LGBL.Nr. 44/2013](#)

[LGBL.Nr. 11/2014](#)

[LGBL.Nr. 12/2014](#)

[LGBL.Nr. 17/2014](#)

[LGBL.Nr. 22/2014](#) (RL 2009/28/EG vom 23. April 2009, ABl. L 140 vom 5.6.2009, S. 16–62 [CELEX-Nr. 32009L0028]; RL 2010/31/EU vom 19. Mai 2010, ABl. L 153 vom 18.6.2010, S. 13–35 [CELEX-Nr. 32010L0031])

[LGBL.Nr. 23/2015](#)

[LGBL.Nr. 37/2015](#)

[LGBL.Nr. 54/2015](#) (RL 2012/18/EU vom 4. Juli 2012, ABl. L 197 vom 24.7.2012, S. 1–37 [CELEX-Nr. 32012L0018]; RL 2014/61/EU vom 15. Mai 2014, ABl. L 155 vom 23.5.2014, S. 1–14 [CELEX-Nr. 32014L0061])

[LGBL.Nr. 8/2017](#)

[LGBL.Nr. 47/2017](#) (RL 2014/94/EG vom 22. Oktober 2014, ABl. L 307 vom 28.10.2014, S. 1–20 [CELEX-Nr. 32014L0094])

[LGBL.Nr. 78/2017](#)

[LGBL.Nr. 34/2018](#)

[LGBL.Nr. 35/2018](#)

[LGBL.Nr. 37/2018](#)

[LGBL.Nr. 64/2019](#)

[LGBL.Nr. 19/2020](#)

[LGBL.Nr. 91/2020](#)

[LGBL.Nr. 50/2021](#)

[LGBL.Nr. 69/2021](#)

[LGBL.Nr. 83/2021](#)

1. Abschnitt: Allgemeines

§ 1 Geltungsbereich

§ 2 Begriffe

2. Abschnitt: Bebauungsvorschriften

§ 3 Baugrundlagenbestimmung

§ 4 Baugrundstücke, Erschließung, Naturgefahren

§ 5 Abstandsflächen

§ 6 Mindestabstände

§ 7 Abstandsnachsicht

§ 8 Immissionsschutz

§ 9 Einfriedungen

3. Abschnitt: Besondere Verpflichtungen aus Anlass von Bauführungen

§ 10 Kinderspielfläche und Grünflächen

§ 11 Ausgleichsabgabe für Kinderspielfläche

§ 12 Stellplätze für Kraftfahrzeuge

§ 13 Ausgleichsabgabe für fehlende Stellplätze für Kraftfahrzeuge

§ 13a Stellflächen für Fahrräder

§ 14 Vorübergehende Benützung fremder Grundstücke

4. Abschnitt: Technische und gestalterische Vorschriften

§ 15 Bautechnische Erfordernisse

§ 16 Bauprodukte

§ 17 Schutz des Orts- und Landschaftsbildes

5. Abschnitt: Baubewilligungsverfahren und Anzeigeverfahren

1. Unterabschnitt: Bewilligungspflichtige, anzeigepflichtige und freie Bauvorhaben

§ 18 Bewilligungspflichtige Bauvorhaben

§ 19 Anzeigepflichtige Bauvorhaben

§ 20 Freie Bauvorhaben

§ 20a Unterkünfte zur Grundversorgung

2. Unterabschnitt: Pläne und Beschreibungen

§ 21 Inhalt und Form der Pläne und Beschreibungen

§ 21a Energieausweisdatenbank

§ 22 Unterfertigung der Pläne und Beschreibungen, Verantwortlichkeit

3. Unterabschnitt: Baubewilligungsverfahren

§ 23 Vorprüfung

§ 24 Bauantrag

§ 25 Ermittlungsverfahren

§ 26 Nachbarrechte, Übereinkommen

§ 27 Bewilligung von Vorarbeiten

§ 28 Baubewilligung

§ 29 Befristungen, Auflagen und Bedingungen

Text	
<p>§ 30 Baubewilligung für vorübergehende Zwecke</p> <p>§ 31 Erlöschens der Baubewilligung</p> <p>4. Unterabschnitt: Anzeigeverfahren</p> <p>§ 32 Bauanzeige</p> <p>§ 33 Erledigung</p> <p>§ 34 Berechtigung zur Ausführung des Bauvorhabens</p> <p>6. Abschnitt: Bauausführung</p> <p>§ 35 Planabweichungen</p> <p>§ 36 Bauausführende</p> <p>§ 37 Überprüfung von Abgasanlagen</p> <p>§ 38 Überwachung der Bauausführung</p> <p>§ 39 Baueinstellung und Gefahrenabwehr</p> <p>§ 40 Herstellen des rechtmäßigen Zustandes</p> <p>§ 41 Ausführungspflicht</p> <p>§ 42 Abschlussarbeiten</p> <p>7. Abschnitt: Benützung und Erhaltung</p> <p>§ 43 Meldung über die Vollendung des Bauvorhabens</p> <p>§ 44 Berechtigung zur Benützung</p> <p>§ 45 Erhaltungspflicht</p> <p>§ 46 Instandsetzung</p> <p>§ 47 Beseitigung</p> <p>§ 48 Räumung und Aufräumung</p> <p>§ 49 Nachträgliche Aufträge</p> <p>8. Abschnitt: Datenverarbeitung, Kontroll- und Informationspflichten der Landesregierung, Vorbildwirkung</p> <p>§ 49a Datenverarbeitung</p> <p>§ 49b Überprüfung von Energieausweisen und Inspektionsberichten</p> <p>§ 49c Information</p> <p>§ 49d Vorbildfunktion</p> <p>9. Abschnitt: Behörden-, Verfahrens- und Strafbestimmungen</p> <p>§ 50 Behörden</p> <p>§ 50a Besonderes Verfahren zum Schutz des Orts- und Landschaftsbildes</p> <p>§ 50b Aufschiebende Wirkung</p> <p>§ 51 Eigener Wirkungsbereich der Gemeinde</p> <p>§ 52 Dingliche Wirkung</p> <p>§ 53 Zwangsbefugnisse ohne vorausgegangenes Verfahren</p> <p>§ 54 Mitwirkung der Bundespolizei</p> <p>§ 55 Strafen</p> <p>10. Abschnitt: Schlussbestimmungen</p> <p>§ 56 Übergangsbestimmungen</p> <p>§ 57 Inkrafttreten, Außerkrafttreten</p> <p>§ 58 Sonderbestimmungen aufgrund von Maßnahmen zur Bekämpfung von COVID-19</p>	<p>1. Abschnitt Allgemeines § 1*) Geltungsbereich</p> <p>(1) Dieses Gesetz gilt für alle Bauvorhaben. Ausgenommen sind Bauvorhaben betreffend</p> <p>a) Eisenbahn-, Schifffahrts- und Luftfahrtsanlagen, soweit sie Zwecken des Verkehrs dienen;</p> <p>b) Bergwerke;</p> <p>c) spezifisch militärische Bauwerke, wie Befestigungen, Munitionslager, Meldeanlagen, Schieß- und sonstige Übungsstätten;</p> <p>d) öffentliche Straßen, soweit es sich nicht um Gebäude handelt, es sei denn sie stehen in einem Zusammenhang mit der Errichtung oder dem Betrieb der Straße;</p> <p>e) Güterwege, Forststraßen und andere land- und forstwirtschaftliche Bringungsanlagen, soweit es sich nicht um Gebäude handelt;</p> <p>f) Leitungen für Strom, Gas, Erdöl, Telekommunikation u.dgl., soweit es sich nicht um Gebäude handelt; weiters Funkanlagen einschließlich Funksendemasten, soweit diese Anlagen für Tätigkeiten zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit, zur Katastrophenvorsorge oder zur Bewältigung von Katastrophen oder Unfällen verwendet werden und es sich nicht um Gebäude handelt;</p> <p>g) Anlagen, die nach wasserrechtlichen Vorschriften einer Bewilligung oder Anzeige bedürfen, soweit es sich nicht um Gebäude handelt, es sei denn, sie dienen unmittelbar der Wasserversorgung, der Abwasserbeseitigung oder sonst der Wassernutzung;</p> <p>h) Anlagen zum Schutz vor Naturgefahren, die von einer Gebietskörperschaft errichtet werden, soweit es sich nicht um Gebäude handelt;</p> <p>i) Anlagen für den Jagdbetrieb, soweit es sich nicht um Gebäude mit einer überbauten Fläche von mehr als 25 m² oder um Gebäude für Wohnzwecke handelt;</p> <p>j) Anlagen für die Durchführung einzelner Veranstaltungen nach dem Veranstaltungsgesetz;</p> <p>k) ortsfeste Behälter für flüssige Brenn- oder Treibstoffe, ortsfeste Maschinen und sonstige ortsfeste technische Einrichtungen, die einer Bewilligung oder Anzeige nach gewerbe-, abfall-, kanalisations- oder energierechtlichen Vorschriften bedürfen; die Bestimmungen über die Energieeinsparung sind jedoch anzuwenden;</p> <p>l) Ankündigungen und Werbeanlagen außerhalb bebauter Bereiche;</p> <p>m) Zelte, Wohnwagen, Mobilheime sowie Bungalows auf Campingplätzen nach dem Campingplatzgesetz;</p> <p>n) bewegliche Verkaufsstände und ähnliche Einrichtungen, sofern sie zum bestimmungsgemäßen Gebrauch auf Märkten, Messen, Ausstellungen u.dgl. aufgestellt werden;</p> <p>o) Bienenstände, soweit es sich nicht um Gebäude handelt.</p> <p>(2) Dieses Gesetz ist so anzuwenden, dass es in die Zuständigkeiten des Bundes nicht eingreift.</p> <p>*) Fassung <u>LSBl.Nr. 44/200Z, 11/2014, 78/2017, 35/2018, 64/2019</u></p> <p>§ 2*) Begriffe</p> <p>(1) Im Sinne dieses Gesetzes ist</p> <p>a) Abstellplatz: eine Fläche, die zum Abstellen eines Kraftfahrzeuges bestimmt und nicht überdacht ist;</p> <p>b) Baugrenze: die Linie, vor der die Außenwände eines Gebäudes nicht errichtet werden dürfen;</p> <p>c) Baugrundstück: die Grundfläche, auf der das Bauvorhaben ausgeführt werden soll und die im Grenzkataster oder im Grundsteuerkataster mit einer eigenen Nummer bezeichnet ist</p>

(Grundparzelle); soll das Bauvorhaben auf mehreren Grundparzellen ausgeführt werden, bilden diese in ihrer Gesamtheit das Baugrundstück;

d) Baulinie: die Linie, an der die Außenwände eines Gebäudes errichtet werden müssen;

e) Bauvorhaben: die Errichtung, die Änderung oder der Abbruch eines Bauwerks; die Änderung der Verwendung eines Gebäudes; die Errichtung oder Änderung einer Feuerstätte samt Einrichtungen zur Ableitung der Verbrennungsgase; die Aufstellung oder Änderung einer ortsfesten Maschine oder sonstigen ortsfesten technischen Einrichtung; die Errichtung oder Änderung einer Anknüpfung oder Werbeanlage; die Errichtung oder Änderung einer Einfriedung; die Errichtung oder Änderung eines ortsfesten Behälters für flüssige Brenn- oder Treibstoffe; die Aufstellung eines Zeltes oder einer sonstigen gebäudeähnlichen Einrichtung; die Aufstellung eines Wohnwagens oder einer ähnlichen Unterkunft; die Aufstellung eines beweglichen Verkaufsstandes oder einer ähnlichen Einrichtung;

Erhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten;

f) Bauwerk: eine Anlage, zu deren fachgerechter Herstellung bautechnische Kenntnisse erforderlich sind und die mit dem Boden in Verbindung steht;

g) bebauter Bereich: jener Bereich, der entweder in einem Flächenwidmungsplan als Baufläche bezeichnet ist oder durch mindestens fünf Wohngebäude oder nicht land- oder forstwirtschaftliche Betriebsgebäude zusammenhängend bebaut ist;

bei einem Abstand von höchstens 50 m zwischen zwei Gebäuden gilt der Zusammenhang noch nicht als unterbrochen;

h) Einstellplatz: eine Fläche in einem Gebäude oder eine sonst überdachte Fläche, die für das Abstellen eines Kraftfahrzeuges bestimmt ist;

i) Gebäude: ein überdachtes Bauwerk, das von Menschen betreten werden kann und mindestens einen Raum allseits oder überwiegend umschließt;

j) Höhenlage: die auf einen Höhenpunkt der Landesvermessung oder einen sonstigen geeigneten Fixpunkt bezogene Höhe eines Punktes der Geländeoberfläche oder eines Bauwerkes;

k) Nachbar: der Eigentümer eines fremden Grundstückes, das zu einem Baugrundstück in einem solchen räumlichen Naheverhältnis steht, dass mit Auswirkungen des geplanten Bauwerkes, der geplanten sonstigen Anlage oder deren vorgesehener Benützung, gegen welche die Bestimmungen dieses Gesetzes einen Schutz gewähren, zu rechnen ist; dem Eigentümer ist der Bauberechtigte gleichgestellt;

l) Nebengebäude: ein Gebäude, das aufgrund seiner Art und Größe und seines Verwendungszweckes einem auf demselben Baugrundstück befindlichen Gebäude untergeordnet und nicht für Wohnzwecke bestimmt ist, wie Garagen, Geräteschuppen, Gartenhäuschen u.dgl.;

m) Stellplatz: ein Einstell- oder Abstellplatz;

n) Umbau: die wesentliche Umgestaltung des Inneren oder Äußeren eines Gebäudes; auch der Abbruch ganzer Geschosse eines Gebäudes oder eines selbständig benützbaren Gebäudeteiles und die Errichtung neuer Geschosse an deren Stelle;

o) wesentliche Änderung eines Bauwerkes oder einer sonstigen Anlage:

ein Zu- oder ein Umbau; eine Änderung, durch die die äußere Erscheinung des Bauwerkes oder der sonstigen Anlage erheblich geändert wird; eine Änderung, durch die die Sicherheit oder die Gesundheit von Menschen oder die Verkehrssicherheit gefährdet, die Nachbarn belästigt oder die Einhaltung der Abstandsflächen oder Mindestabstände beeinflusst werden können;

p) wesentliche Änderung der Verwendung eines Gebäudes: eine Veränderungsänderung, die auf die Zulässigkeit des Gebäudes nach den bau- oder raumplanungsrechtlichen Vorschriften von Einfluss sein kann; die Verwendung eines Gebäudes als Betriebsstätte nach Wettrecht unter Einsatz von Wettterminals oder als Betriebsstätte für dem Glücksspielmonopol unterliegende Ausspielungen mit Glücksspielautomaten oder mit Video Lotterieterminals gilt bereits dann als wesentliche Änderung, wenn die bestehende Baubewilligung diese Verwendung nicht ausdrücklich zulässt;

q) Zubau: die Vergrößerung eines schon bestehenden Gebäudes in waagrechter oder

lotrechter Richtung durch Herstellung neuer oder Erweiterung bestehender Räume;

r) Seveso-Betrieb: ein Betrieb, der in den Anwendungsbereich der Richtlinie 2012/18/EU zur Beherrschung der Gefahren schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen fällt.

(2) Die in diesem Gesetz verwendeten personenbezogenen Ausdrücke umfassen Frauen und Männer gleichermaßen. Sie sind bei der Anwendung auf bestimmte Personen jeweils in der geschlechtsbezogenen Form zu verwenden.

*) Fassung [LGBI.Nr. 54/2015](#), [47/2017](#)

2. Abschnitt Bebauungsvorschriften

Baugrundlagenbestimmung

§ 3*)

(1) Bevor ein Bauantrag für Bauvorhaben nach § 18 Abs. 1 lit. a oder c eingebracht wird, kann bei der Behörde der Antrag auf Bestimmung der Baulinie, der Baugrenze, der Höhenlage, der Dachform, der Firstrichtung für geneigte Dächer, der Höhe des Gebäudes, des Maßes der baulichen Nutzung, der Mindest- oder Höchstzahl der Stellplätze sowie des Anteils jener Stellplätze, die in Gebäuden mit mindestens zwei gleich großen Geschossen oder in unterirdischen Garagengeschossen zu errichten sind, gestellt werden (Baugrundlagenbestimmung).

(2) Die Gemeindevertretung kann durch Verordnung bestimmen, dass in der Gemeinde oder in Teilen derselben – ausgenommen in den Fällen des Abs. 6 – vor jedem Bauantrag für Bauvorhaben nach § 18 Abs. 1 lit. a und c ein Antrag auf Baugrundlagenbestimmung gestellt werden muss. Eine entsprechende Verpflichtung kann auch nur für bestimmte Bauvorhaben nach § 18 Abs. 1 lit. a oder c, die aufgrund von Art, Lage, Größe, Form oder Verwendung die Interessen nach Abs. 4 besonders berühren, festgelegt werden.

(3) Der Antrag auf Baugrundlagenbestimmung hat die Art des beabsichtigten Bauvorhabens und die beabsichtigte Verwendung des Gebäudes anzugeben. Dem Antrag sind anzuschließen

a) der Nachweis des Eigentums oder Baurechtes am Baugrundstück oder, wenn der Antragsteller nicht selbst Eigentümer oder bauberechtigt ist, der Zustimmung des Eigentümers bzw. Bauberechtigten;

b) ein Plan über die Lage und die Höhenverhältnisse des Baugrundstückes in zweifacher Ausfertigung.

Die Behörde hat spätestens drei Monate nach Einlangen des vollständigen Antrages mit Bescheid zu entscheiden.

(4) Die Behörde hat die beantragten Angaben nur soweit zu bestimmen, als es unter Bedachtnahme auf die Interessen der örtlichen Raumplanung, der Gesundheit, des Verkehrs, des Schutzes des Orts- und Landschaftsbildes sowie des haushälterischen Umgangs mit Grund und Boden (§ 2 Abs. 3 lit. a Raumplanungsgesetz) erforderlich ist. Bei der Bestimmung der Höhenlage können auch Mindest- und Höchstmaße angegeben werden. Bei der Bestimmung der Mindest- oder Höchstzahl der Stellplätze gelten die Anforderungen nach § 12 Abs. 1 und 2 sowie 8 und 9. In der Baugrundlagenbestimmung ist auch festzustellen, welche beantragten Angaben nicht bestimmt wurden. Dem Antragsteller ist eine Planausfertigung auszufolgen, in der die beantragten Angaben, soweit sie bestimmt wurden, eingezeichnet sind. Ein Antrag auf Baugrundlagenbestimmung, der sich auf ein Baugrundstück bezieht, auf dem die Errichtung oder Änderung eines Gebäudes voraussichtlich nicht bewilligt werden darf, ist zurückzuweisen.

(5) Die Behörde kann in der Baugrundlagenbestimmung auch verfügen, dass die Oberfläche des Baugrundstückes erhalten oder verändert werden muss, um eine Beeinträchtigung des Orts- und Landschaftsbildes zu vermeiden oder zu beseitigen, um Naturverfahren zu vermeiden oder um die Oberfläche der Höhe einer Verkehrsfläche oder der Nachbargrundstücke anzugleichen.

(6) Eine Baugrundlagenbestimmung ist insoweit nicht vorzunehmen, als die Baulinie, die Baugrenze, die Höhenlage, die Firstrichtung, die Höhe des Gebäudes, das Maß der baulichen Nutzung oder die Mindest- oder Höchstzahl der Stellplätze in einer Verordnung nach dem Raumplanungsgesetz bestimmt sind oder als für das betreffende Gebiet eine Bausperre aufgrund des Raumplanungsgesetzes oder des Straßengesetzes besteht.

(7) Die Baugrundlagenbestimmung verliert nach Ablauf von drei Jahren nach Eintritt der Rechtskraft ihre Gültigkeit. Die Wirksamkeit ist auf schriftlichen Antrag jeweils um drei Jahre zu verlängern, wenn die Voraussetzungen nach Abs. 4 erster bis dritter Satz vorliegen.

*) Fassung LGBl.Nr. 34/2008, 29/2011, 44/2013

§ 4*)

Baugrundstücke, Erschließung, Naturgefahren

(1) Baugrundstücke für Gebäude müssen eine solche Lage, Form und Größe haben, dass auf ihnen den Bestimmungen dieses Gesetzes entsprechende Gebäude errichtet werden können.

(2) Jedes Baugrundstück muss eine rechtlich gesicherte Verbindung mit einer öffentlichen Verkehrsfläche haben, wobei diese Verbindung und die öffentliche Verkehrsfläche der beabsichtigten Verwendung des Bauwerkes entsprechen müssen, das auf dem Baugrundstück errichtet werden soll. Überdies muss eine entsprechende Wasserversorgung sowie Beseitigung des Abwassers und Oberflächenwassers gesichert sein.

(3) Für ein Maisäß-, Vorsäß- oder Alpegebäude, das nach den raumplanrechtlichen Vorschriften als Ferienwohnung genutzt werden darf, gelten hinsichtlich der Verbindung mit einer öffentlichen Verkehrsfläche keine höheren Anforderungen wie vor der Verwendungsänderung.

(4) Ein Baugrundstück darf nur so bebaut werden, dass weder das Bauwerk selbst noch Nachbargrundstücke durch Lawinen, Wasser, Vermurungen, Steinschlag, Rutschungen u.dgl. gefährdet werden. Zulässig sind

a) die Änderung eines Bauwerkes oder der Verwendung eines Bauwerkes, soweit dadurch die bestehende Gefährdung nicht vergrößert wird;

b) die Errichtung oder Änderung von Gebäuden und Anlagen, die ausschließlich für die bodenabhängige land- und forstwirtschaftliche Nutzung bestimmt sind, sofern dies für die Fortführung eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes erforderlich ist und Nachbargrundstücke nicht gefährdet werden.

*) Fassung LGBl.Nr. 29/2011, 23/2015

§ 5*)

Abstandsflächen

(1) Oberirdische Gebäude sind so anzuordnen, dass vor jeder Außenwand eine Abstandsfläche liegt, nicht jedoch vor den Ecken. Dasselbe gilt für sonstige oberirdische Bauwerke, sofern sie Wände mit einer Höhe von mehr als 3,5 m über dem Gelände haben oder Flugdächer u.dgl. mit einer solchen Höhe sind. Die Abstandsfläche muss so tief sein, wie sechs Zehntel des Abstandes zwischen der Außenwand und dem Schattenpunkt. Sie muss auf dem Baugrundstück selbst liegen, bis zur Mitte einer angrenzenden öffentlichen Verkehrsfläche darf sie sich jedoch erstrecken.

(2) Als Außenwand nach Abs. 1 gilt eine lotrechte Ebene in der äußersten Begrenzungslinie des Gebäudes oder sonstigen Bauwerkes. Bauteile gemäß Abs. 5 lit. b und c sind nur so weit zu berücksichtigen, als sie das dort genannte Ausmaß überschreiten.

(3) Der Schattenpunkt nach Abs. 1 ergibt sich auf einer Waagrechten, die in der Höhe des jeweiligen Fußpunktes der Außenwand gelegt wird, wenn über das Gebäude oder sonstige Bauwerk Licht unter einem Winkel von 45 Grad einfällt. Bei der Ermittlung des Schattenpunktes sind untergeordnete Bauteile in lotrechter Richtung und untergeordnete Bauteile gemäß Abs. 5 lit. b und c bis zu dem dort genannten Ausmaß in waagrechter Richtung nicht zu berücksichtigen.

(4) Der jeweilige Fußpunkt nach Abs. 3 ergibt sich an der Schnittstelle der Außenwand mit der bestehenden Oberfläche des Geländes. Wurde die Geländeoberfläche durch eine Bauführung oder im Hinblick auf eine beabsichtigte Bauführung verändert, so ist von der Geländeoberfläche vor dieser Veränderung auszugehen. Untergeordnete Geländeerhebungen und -vertiefungen sind nicht zu berücksichtigen. Im Falle einer Verfügung nach den §§ 3 Abs. 5 oder 29 Abs. 2 ist von der verfügbaren Geländeoberfläche auszugehen.

(5) Innerhalb der Abstandsflächen auf dem Baugrundstück dürfen andere Bauwerke sowie Teile von solchen weder bestehen noch errichtet werden. Ausgenommen sind

a) Bauwerke, die an keiner Stelle eine Höhe von mehr als 3,5 m über dem Gelände haben und selbst nicht dem länger dauernden Aufenthalt von Menschen dienen, sofern durch sie

eine ausreichende Belichtung von Räumen, die zum länger dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmt sind, nicht vereitelt wird;

b) Sockel, Gesimse, Tür- und Fensterumrahmungen, Rollladenkästen, u.dgl. bis zu 0,20 m Ausladung;

c) Dachvorsprünge bis zu 1,3 m Ausladung; weiters Sonnenblenden, Windfänge, offene Balkone, Erker, Kamine, Freitreppen, Werbeanlagen u.dgl., sofern es sich bei ihnen um untergeordnete Bauteile handelt; bis zu 1,30 m Ausladung.

(6) Innerhalb desselben Baugrundstückes dürfen Abstandsflächen gegenüberliegender Außenwände einander nicht überdecken. Dies gilt nicht im Falle des Abs. 5 lit. a. Gegenüberliegende Außenwände sind solche, deren Fluchten zueinander parallel verlaufen oder einen kleineren Winkel als 90 Grad einschließen.

(7) Ergeben sich aus einem Bebauungsplan oder einer Verordnung über die Art der Bebauung kleinere Abstandsflächen als nach den Abs. 1 bis 6, gelten diese.

*) Fassung LGBl.Nr. 54/2015

§ 6*)

Mindestabstände

(1) Der Mindestabstand zur Nachbargrenze beträgt für:

a) ein Gebäude 3 m;

b) ein sonstiges Bauwerk 2 m.

(2) Abweichend von Abs. 1 lit. a genügt ein Mindestabstand von 2 m für:

a) kleine Gebäude nach § 19 lit. a bis c;

b) Gebäudeteile nach § 5 Abs. 5 lit. b und c.

(3) Abweichend von Abs. 1 und 2 genügt ein Mindestabstand von 1 m für:

a) Bauwerke und Teile von Bauwerken bis zu einer Höhe von 1,80 m über dem Nachbargrundstück;

b) unterirdische Bauwerke oder unterirdische Teile von Bauwerken.

(4) Abweichend von Abs. 1 bis 3 gilt kein Mindestabstand für:

a) Einfriedungen oder sonstige Wände oder Geländer bis zu einer Höhe von 1,80 m über dem Nachbargrundstück;

b) ebenerdig befestigte Flächen wie Hauszufahrten und Abstellplätze.

(5) Ergeben sich aus einem Bebauungsplan oder einer Verordnung über die Art der Bebauung kleinere Mindestabstände als nach Abs. 1 bis 3, gelten diese.

*) Fassung LGBl.Nr. 44/2007, 54/2015

§ 7*)

Abstandsnachsicht

(1) Die Behörde kann Ausnahmen von den Vorschriften des § 5 Abs. 1 bis 6 sowie des § 6 Abs. 1 bis 3 zulassen (Abstandsnachsicht), wenn die Interessen der Sicherheit, der Gesundheit sowie des Schutzes des Orts- und Landschaftsbildes nicht beeinträchtigt werden und überdies

a) der betroffene Nachbar zustimmt; die Zustimmung ist ab ihrem Einlangen bei der Behörde unwiderruflich; oder

b) ohne Abstandsnachsicht eine zweckmäßige Bebauung, z.B. wegen der besonderen Lage oder Form des Baugrundstückes, nicht möglich wäre; oder

c) bei einer Änderung eines nach den baurechtlichen Vorschriften rechtmäßig bestehenden Bauwerkes oder bei seinem Wiederaufbau innerhalb von sieben Jahren die Schattenpunkte nicht tiefer in das Nachbargrundstück hineinragen als bisher und die bisherigen Abstände nicht unterschritten werden; dies gilt nicht für den Wiederaufbau, soweit sich der bisherige rechtmäßige Bestand auf eine Abstandsnachsicht nach lit. g gestützt hat; oder

d) dies für eine Sanierung durch die nachträgliche Anbringung einer Außenwärmedämmung bis zu 0,25 m notwendig ist; oder

3. Abschnitt Besondere Verpflichtungen aus Anlass von Bauführungen § 10(*)

Kinderspielflächen und Grünflächen

(1) Bei der Errichtung von Gebäuden für mindestens vier Wohnungen muss außerhalb öffentlicher Flächen in unmittelbarer Nähe des Gebäudes eine geeignete Spielfläche für Kleinkinder und höchstens 300 m vom Baugrundstück entfernt eine geeignete Fläche im Freien vorhanden sein, die von Kindern zum Spielen benützt werden kann. Das Ausmaß dieser Spielflächen ist von der Anzahl der Wohnungen abhängig. Diese Verpflichtung besteht auch bei wesentlichen Änderungen des Gebäudes oder der Verwendung des Gebäudes, soweit dadurch zusätzliche Wohnungen geschaffen werden. Die Benutzung der Spielflächen muss rechtlich und tatsächlich gesichert sein.

(2) Bei der Errichtung von Gebäuden sowie bei Zubauten und wesentlichen Umbauten kann die Behörde die Schaffung entsprechender Grünflächen auf dem Baugrundstück vorschreiben, wenn dies die Interessen der Gesundheit oder des Schutzes des Orts- und Landschaftsbildes erfordert.

(3) Die Landesregierung hat durch Verordnung näher festzulegen, welchen Anforderungen, insbesondere hinsichtlich Ausmaß, Lage und Ausstattung, Kinderspielfläche nach Abs. 1 entsprechen müssen. Sie kann auch nähere Anforderungen für Grünflächen nach Abs. 2 festlegen.

(4) Die Behörde kann die Verpflichtung nach Abs. 1 gegen jederzeitigen Widerruf ganz oder teilweise aufheben, wenn zurzeit kein entsprechender Bedarf an Kinderspielflächen besteht und die spätere Errichtung rechtlich und tatsächlich gesichert ist.

(5) Bei wesentlichen Änderungen des Gebäudes oder der Verwendung des Gebäudes kann die Behörde Erleichterungen oder Ausnahmen von der Verpflichtung nach Abs. 1 gewähren, wenn die Schaffung einer Spielfläche in unmittelbarer Nähe des Gebäudes bzw. im Umkreis von 300 m vom Baugrundstück entfernt unmöglich ist oder nur mit wirtschaftlich unverhältnismäßigem Aufwand möglich wäre.

(6) Die Behörde kann von Amts wegen festlegen, dass abweichend von Abs. 1 eine Spielfläche – ausgenommen die Spielfläche für Kleinkinder – nicht geschaffen werden muss, wenn im Umkreis von 500 m vom Baugrundstück entfernt ein öffentlich zugänglicher Kinderspielflächen zur Verfügung steht oder von der Gemeinde innerhalb von zwei Jahren nach Erteilung der Baubewilligung geschaffen wird, der

- a) im Spielraumkonzept nach § 3 des Spielraumgesetzes ausgewiesen ist und
- b) hinsichtlich der Ausstattung jedenfalls den Anforderungen der Verordnung nach Abs. 3 entspricht.

*) Fassung LGBl.Nr. 32/2009

§ 11(*)

Ausgleichsabgabe für Kinderspielflächen

(1) Die Gemeinde ist verpflichtet, mit Bescheid für jede Wohnung in einem Gebäude nach § 10 Abs. 1, für die eine Spielfläche nicht geschaffen werden muss, einmalig eine Ausgleichsabgabe in folgender Höhe zu erheben:

- a) 1.840 Euro im Falle einer Ausnahme nach § 10 Abs. 5 und
- b) 1.300 Euro im Falle einer Festlegung nach § 10 Abs. 6.

(2) Die Beträge nach Abs. 1 lit. a und b ändern sich ab 2015 zu Beginn eines jeden Kalenderjahres in dem Ausmaß, in dem sich der in Vorarlberg allgemein verwendete Baukostenindex des zweitvorangegangenen Jahres gegenüber jenem des Jahres 2012 geändert hat. Die geänderten Beträge sind jeweils von der Landesregierung im Amtsblatt für das Land Vorarlberg kundzumachen.

(3) Die Abgabepflicht nach Abs. 1 trifft den Eigentümer des Gebäudes bzw. den Bauberechtigten, der die Spielfläche nicht schaffen muss. Der Abgabeananspruch entsteht mit der Rechtskraft der Entscheidung nach § 10 Abs. 5 oder 6.

(4) Die Gemeinde hat die geleistete Ausgleichsabgabe auf Antrag zurückzahlen, wenn die Baubewilligung erloschen ist (§ 31), weil mit der Bauausführung nicht begonnen wurde.

e) bei der Errichtung oder Änderung von Nebengebäuden oder Nebenanlagen bis zu einer Höhe von 1,80 m über dem Nachbargrundstück die Nachbarn nicht stärker beeinträchtigt werden, als dies bei Errichtung einer Einfriedung oder einer sonstigen Wand bis zur selben Höhe der Fall wäre; oder

f) bei der Änderung der Verwendung eines Gebäudes der Nachbar nicht stärker beeinträchtigt wird als bisher oder anzunehmen ist, dass bei Neuerrichtung des Gebäudes mit einer solchen Verwendung die Abstandsmaßnahme erteilt werden könnte; oder

g) es sich um eine nachträgliche Ausnahme für ein bereits ausgeführtes Bauvorhaben handelt, sofern die Unterschreitung der Abstandsflächen oder Mindestabstände während eines Zeitraumes von zehn Jahren ab Vollendung des Bauvorhabens nicht von den betroffenen Nachbarn gegenüber der Behörde schriftlich beanstandet worden ist.

(2) Soweit eine Abstandsmaßnahme eine öffentliche Verkehrsfläche oder das Baugrundstück selbst (§ 5 Abs. 5 und 6) betrifft, kann sie auch ohne Vorliegen einer Voraussetzung nach Abs. 1 lit. a bis g erteilt werden.

(3) Ergeben sich aus einer nach dem Raumplanungsgesetz bewilligten Ausnahme von einem Bebauungsplan oder einer Verordnung über die Art der Bebauung kleinere Abstandsflächen oder Mindestabstände als nach § 5 Abs. 1 bis 6 oder § 6 Abs. 1 bis 3, ist zusätzlich eine Abstandsmaßnahme im Sinne der Abs. 1 oder 2 erforderlich.

*) Fassung LGBl.Nr. 44/2007, 32/2009, 64/2019

§ 8*)

Immissionsschutz

(1) Bauwerke, ortsfeste Maschinen und sonstige ortsfeste technische Einrichtungen dürfen keinen Verwendungszweck haben, der eine das ortsübliche Ausmaß übersteigende Belästigung oder eine Gefährdung des Nachbarn erwarten lässt. Ob eine Belästigung das ortsübliche Ausmaß übersteigt, ist unter Berücksichtigung der Flächenwidmung am Standort des Bauvorhabens zu beurteilen.

(2) Zulässig nach Abs. 1 sind jedenfalls:

- a) die Verwendung für den Betrieb eines Gartens, der keiner Genehmigung nach der Gewerbeordnung 1994 bedarf,
- b) zwei Stellplätze je Wohnung,
- c) Kinderspielflächen, Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen u.dgl.

(3) Bauwerke im Immissionsbereich eines auf dem Grundstück des Nachbarn rechtmäßig bestehenden Betriebes dürfen weiteren Verwendungszweck haben, der unter Berücksichtigung dieses Betriebes das ortsübliche Ausmaß übersteigende Immissionen beim Bauwerk erwarten lässt. Ob Immissionen das ortsübliche Ausmaß übersteigen, ist unter Berücksichtigung der Flächenwidmung am Standort des Bauvorhabens zu beurteilen.

(4) Bauwerke, ortsfeste Maschinen und sonstige ortsfeste technische Einrichtungen im Gefährdungsbereich eines auf dem Grundstück des Nachbarn rechtmäßig bestehenden Seveso-Betriebes dürfen überdies keinen Verwendungszweck haben, der unter Berücksichtigung dieses Seveso-Betriebes die bestehende Gefährdung im Falle eines schweren Unfalls vergrößert oder die Begrenzung der Folgen eines solchen Unfalls erschwert. Zu diesem Zweck ist ein angemessener Schutzabstand einzuhalten oder es muss sonst, insbesondere durch bauliche oder organisatorische Vorkehrungen, gewährleistet sein, dass die Gefahr nicht vergrößert oder die Folgenbegrenzung nicht erschwert wird.

*) Fassung LGBl.Nr. 29/2011, 54/2015

§ 9

Einfriedungen

Die Gemeindevertretung kann für die ganze Gemeinde oder für bestimmte Gebietsteile durch Verordnung Vorschriften über die Ausgestaltung von Einfriedungen zu Nachbargrundstücken erlassen, wenn dies im Interesse des Schutzes des Orts- und Landschaftsbildes oder des Verkehrs erforderlich ist.

- (5) Ausgleichsabgaben nach Abs. 1 hat die Gemeinde zu verwenden:
- für Investitionen in neu zu schaffende öffentliche Kinderspielfläche;
 - zur Deckung ihres Aufwandes für bestehende öffentliche Kinderspielfläche.

*) Fassung LGBl.Nr. 32/2009, 44/2013, 11/2014

§ 12*)

Stellplätze für Kraftfahrzeuge

(1) Wenn ein Bauwerk errichtet wird, müssen auf dem Baugrundstück oder höchstens 200 m vom Baugrundstück entfernt außerhalb öffentlicher Verkehrsflächen die erforderlichen Stellplätze für Kraftfahrzeuge einschließlich der erforderlichen Zu- und Abfahrten vorhanden sein. Diese Verpflichtung besteht auch bei wesentlichen Änderungen des Bauwerkes oder der Verwendung des Gebäudes, soweit dadurch ein zusätzlicher Bedarf an Stellplätzen entsteht. Die Benutzung der Stellplätze muss rechtmäßig und tatsächlich gesichert sein.

(2) Die Landesregierung kann durch Verordnung unter Bedachtnahme auf den Zu- und Abfahrtsverkehr, der aufgrund der Art, Lage, Größe und Verwendung der Bauwerke zu erwarten ist, die Mindestzahl der nach Abs. 1 erforderlichen Stellplätze für alle oder bestimmte Arten von Bauwerken festlegen. Hierbei kann die Mindestzahl für Einstell- und für Abstellplätze getrennt festgelegt werden.

(3) Eine Verordnung nach Abs. 2 gilt nicht, soweit in einem Bebauungsplan, einer Verordnung nach § 34 Raumplanungsgesetz oder einer hierzu ergangenen Ausnahmebewilligung eine niedrigere Mindestzahl an Stellplätzen festgelegt ist.

(4) Die Gemeindevertretung kann, auch ohne dass ein Bebauungsplan erlassen wird, durch Verordnung festlegen, dass Einstell- oder Abstellplätze nur in Form von Gemeinschaftsanlagen errichtet werden dürfen, wenn dies aus Gründen des Verkehrs, des Schutzes des Orts- und Landschaftsbildes oder des haushälterischen Umgangs mit Grund und Boden (§ 2 Abs. 3 lit. a Raumplanungsgesetz) erforderlich ist.

(5) Die Behörde kann im Einzelfall bestimmen, dass Stellplätze, die zur Erreichung der Mindestzahl nicht erforderlich sind, nur in Gebäuden mit mindestens zwei gleich großen Geschossen oder in unterirdischen Garagenschossen errichtet werden dürfen, sofern dies aus öffentlichen Interessen, besonders zum Schutz des Orts- und Landschaftsbildes oder im Interesse des haushälterischen Umgangs mit Grund und Boden (§ 2 Abs. 3 lit. a Raumplanungsgesetz) erforderlich ist.

(6) Die Behörde kann die Verpflichtung zur Schaffung von Stellplätzen gegen jederzeitigen Widerruf ganz oder teilweise aufschieben, wenn zurzeit kein entsprechender Bedarf an Stellplätzen besteht und die spätere Errichtung rechtmäßig und tatsächlich gesichert ist.

(7) Erleichterungen oder Ausnahmen von der Verpflichtung zur Schaffung von Stellplätzen nach den Abs. 1 bis 4 können von der Behörde gewährt werden, wenn die Schaffung von Stellplätzen auf dem Baugrundstück oder im Umkreis von 200 m unmöglich ist oder nur mit wirtschaftlich unvertrebarem Aufwand möglich wäre.

(8) Die Landesregierung kann durch Verordnung zur Vermeidung unnötigen motorisierten Individualverkehrs (§ 2 Abs. 3 lit. i RP-G) für einzelne Landesteile eine Höchstzahl an Stellplätzen für alle oder bestimmte Arten von Bauwerken festlegen. Die Errichtung eines Bauwerks ist diesfalls nur zulässig, wenn auf dem Baugrundstück nicht mehr als die in der Verordnung festgelegte Höchstzahl an Stellplätzen vorhanden ist und – unter Berücksichtigung der Stellplätze auf dem Baugrundstück – im Umkreis von 200 m vom Baugrundstück entfernt nicht mehr als die in der Verordnung festgelegte Höchstzahl an Stellplätzen ausschließlich für die Benutzung des Bauwerks zur Verfügung steht.

(9) Der Abs. 8 gilt auch für wesentliche Änderungen des Bauwerks und der Verwendung des Gebäudes, soweit dadurch ein zusätzlicher Bedarf an Stellplätzen entsteht.

(10) Eine Verordnung nach Abs. 8 gilt nicht, soweit in einem Bebauungsplan, einer Verordnung nach § 34 Raumplanungsgesetz oder einer hierzu ergangenen Ausnahmebewilligung eine niedrigere Höchstzahl an Stellplätzen festgelegt ist.

(11) Ausnahmen von der Verpflichtung zur Einhaltung einer festgelegten Höchstzahl an Stellplätzen nach den Abs. 8 bis 10 können von der Behörde gewährt werden, wenn die Einhaltung der festgelegten Höchstzahl mangels ausreichenden Angebots an öffentlichem

Personenahverkehr, insbesondere mangels Haltestellen im Umkreis von 400 m vom Baugrundstück entfernt, unzumutbar ist; die Landesregierung kann durch Verordnung Näheres bestimmen. Die Höchstzahl, die mit Verordnung nach Abs. 8 festgelegt wurde, darf keinesfalls um mehr als 50 % überschritten werden.

*) Fassung LGBl.Nr. 29/2011

§ 13**)

Ausgleichsabgabe für fehlende Stellplätze für Kraftfahrzeuge

(1) Die Gemeinde ist ermächtigt, durch Beschluss der Gemeindevertretung in den Fällen des § 12 Abs. 7 für jeden fehlenden Einstell- oder Abstellplatz einmalig eine Ausgleichsabgabe bis zu dem Höchstausmaß, das sich nach Abs. 4 ergibt, zu erheben. Die Abgabepflicht trifft den Eigentümer des Bauwerkes bzw. den Bauberechtigten, der die Einstell- oder Abstellplätze nicht schaffen kann.

(2) Die Gemeinde hat dem Eigentümer bzw. dem Bauberechtigten die geleistete Ausgleichsabgabe zurückzuzahlen, soweit innerhalb von fünf Jahren nach Eintritt der Rechtskraft der Entscheidung über die Vorschreibung der Ausgleichsabgabe fehlende Einstell- oder Abstellplätze errichtet worden sind.

(3) Ausgleichsabgaben aufgrund einer Verordnung nach Abs. 1 hat die Gemeinde zur Deckung ihres Aufwandes für öffentliche Einstell- oder Abstellplätze oder für bauliche Maßnahmen für den öffentlichen Personennahverkehr zu verwenden.

(4) Die Höhe der Ausgleichsabgabe ist von der Gemeindevertretung für jeden m² fehlenden Einstell- oder Abstellplatz festzusetzen. Hierbei darf das aus der Summe folgender Beträge sich ergebende Höchstausmaß nicht überschritten werden:

- ortsüblicher Durchschnittspreis für Baugrundstücke pro m²;
- 910 Euro pro m² bei fehlender Einstellplatzfläche und 210 Euro pro m² bei fehlender Abstellplatzfläche; diese Beträge ändern sich ab 2015 zu Beginn eines jeden Kalenderjahres in dem Ausmaß, in dem sich der in Vorarlberg allgemein verwendete Baukostenindex des zweitvorangegangenen Jahres gegenüber jenem des Jahres 2012 geändert hat; die geänderten Beträge sind jeweils von der Landesregierung im Amtsblatt für das Land Vorarlberg kundzumachen.

*) Fassung LGBl.Nr. 44/2013, 11/2014

§ 13a*)

Stellflächen für Fahrräder

(1) Die Landesregierung kann unter Bedachtnahme auf Art, Lage, Größe und Verwendung der Bauwerke durch Verordnung festlegen, dass die Errichtung bestimmter Bauwerke nur zulässig ist, wenn eine bestimmte Mindestfläche für das Abstellen von Fahrrädern auf dem Baugrundstück vorhanden ist. In der Verordnung kann auch bestimmt werden, inwieweit hierfür ein Abstellraum erforderlich ist.

(2) Der Abs. 1 gilt auch für wesentliche Änderungen des Bauwerks und der Verwendung des Gebäudes, soweit dadurch ein zusätzlicher Bedarf an Stellflächen für Fahrräder entsteht.

(3) Erleichterungen oder Ausnahmen von der in einer Verordnung nach Abs. 1 festgelegten Pflicht können von der Behörde gewährt werden, wenn deren Einhaltung auf dem Baugrundstück unmöglich ist oder nur mit wirtschaftlich unvertrebarem Aufwand möglich wäre.

*) Fassung LGBl.Nr. 32/2009, 29/2011

§ 14**)

Vorübergehende Benützung fremder Grundstücke

(1) Das Betreten und die vorübergehende Benützung fremder Grundstücke und Bauwerke ist durch den Eigentümer und den sonst hierüber Verfügungsberechtigten zu dulden, wenn es zur Herstellung der nach diesem Gesetz erforderlichen Pläne sowie zur Durchführung von Bauvorhaben einschließlich der Beförderung von Baumaterialien notwendig ist und wenn diese Arbeiten auf andere Weise nicht oder nur unter unverhältnismäßig hohen Mehrkosten durchgeführt werden könnten.

(2) Der Eigentümer ist von der beabsichtigten Vornahme von Arbeiten gemäß Abs. 1 mindestens zwei Wochen vorher schriftlich zu verständigen. Wird die Inanspruchnahme des Grundstückes oder Bauwerkes verweigert, hat die Behörde auf Antrag über die Notwendigkeit und den Umfang solcher Arbeiten zu entscheiden.

(3) Nach Beendigung der Arbeiten ist der frühere Zustand wieder herzustellen. Der zur Inanspruchnahme des fremden Grundstücks oder Bauwerks Berechtigte hat den Eigentümer für vermögensrechtliche Nachteile angemessen zu entschädigen. Kommt eine Einigung über die Entschädigung nicht zustande, so kann der Eigentümer bei sonstigem Verlust des Anspruchs spätestens drei Jahre nach Beendigung der Arbeiten die Festsetzung der Entschädigung bei der Bezirkshauptmannschaft beantragen. Die Bezirkshauptmannschaft hat die Entschädigung mit Bescheid festzusetzen.

*) Fassung LGBl.Nr. 44/2007, 44/2013

4. Abschnitt Technische und gestalterische Vorschriften

§ 15*)

Bautechnische Erfordernisse

(1) Bauwerke und sonstige Anlagen müssen in allen ihren Teilen so geplant und ausgeführt werden, dass sie den Erfordernissen der mechanischen Festigkeit und Standsicherheit, des Brandschutzes, der Gesundheit, der Gesundheit, des Umweltschutzes, der Nutzungssicherheit, des Schallschutzes, der Energieeinsparung und des Wärmeschutzes unter Berücksichtigung der Nutzung erneuerbarer Energien, des Verkehrs sowie des Schutzes des Orts- und Landschaftsbildes entsprechen. Weiters müssen sie sonstigen Anforderungen, soweit sich diese aus dem Recht der Europäischen Union ergeben, wie z.B. Anforderungen über die Infrastruktur für die elektronische Kommunikation, entsprechen.

(2) Bauwerke für öffentliche Ämter, Kindergärten, Schulen, Handelsbetriebe mit Waren des täglichen Bedarfs, Banken, Gesundheits- und Sozialeinrichtungen, Arztpraxen und Apotheken, Garagen mit mehr als 50 Einstellplätzen sowie öffentliche Toilettenanlagen sind insoweit barrierefrei auszuführen, dass Menschen mit Behinderungen sie ungehindert besuchen können. Inwieweit auch andere Bauwerke aufgrund ihrer besonderen Bedeutung für Menschen mit Behinderungen barrierefrei ausgeführt werden müssen, kann in einer Verordnung nach Abs. 3 festgelegt werden.

(3) Zur Durchführung der Bestimmungen der Abs. 1 und 2 hat die Landesregierung unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Rechts der Europäischen Union durch Verordnung nähere Vorschriften zu erlassen, besonders über die Tragfähigkeit von Bauwerken, Brandabschnitte, sonstigen Brandschutz, Sanitärreinrichtungen, Abwasser- und Abfallbeseitigung, Abgasanlagen, Schutz vor Feuchtigkeit, Wasserversorgung, Schutz vor gefährlichen Immissionen, Belichtung und Beleuchtung, Belüftung und Beheizung, Raumhöhe, Lagerung gefährlicher Stoffe, Erschließung, Aufzüge, Schutz vor Unfällen, barrierefreie Gestaltung, Schutz vor Schall und Erschütterungen, Gesamtenergieeffizienz, Warmwasserbereitung, Klimatisierung, Einstell- und Abstellplätze, Infrastruktur für die elektronische Kommunikation u.dgl. Hierbei ist den Unterschieden hinsichtlich Lage, Art, Größe und Verwendung der Bauwerke und sonstigen Anlagen Rechnung zu tragen.

(4) Soweit es zur Umsetzung des Rechts der Europäischen Union erforderlich ist, ist in einer Verordnung nach Abs. 3 festzulegen, dass auch bereits rechtmäßig bestehende Bauwerke und sonstige Anlagen bestimmten Anforderungen, einschließlich solcher für Betrieb, Wartung, Überwachung und Dokumentation, entsprechen müssen; insbesondere sind auch Bestimmungen über die Inspektion von Heizungsanlagen und Klimaanlagen einschließlich der Inspektionsberichte zu erlassen. Weiters kann die Landesregierung in einer Verordnung nach Abs. 3 festlegen, dass und inwieweit bereits rechtmäßig bestehende Bauwerke und sonstige Anlagen auch Anforderungen gemäß Empfehlungen der Kommission oder des Rates der Europäischen Gemeinschaft sowie Anforderungen der Energieeinsparung (Abs. 1) oder der barrierefreien Gestaltung (Abs. 2) entsprechen müssen. Festlegungen nach dem letzten Satz sind nur dann zulässig, wenn der von ihrer Erfüllung erforderliche Aufwand und der dadurch erreichbare Nutzen verhältnismäßig sind.

(5) In einer Verordnung nach Abs. 3 kann die Behörde ermächtigt werden, auf Antrag Ausnahmen von der Anwendung bestimmter in ihr festgelegter Vorschriften zuzulassen, und zwar a) in einzelnen, durch örtliche oder sachliche Verhältnisse bedingten Fällen, sofern den

Anforderungen der Abs. 1 und 2 trotzdem entsprochen wird; oder
b) sofern der Bauwerber nachweist, dass das gleiche Schutzniveau wie bei Anwendung der Vorschriften der Verordnung erreicht wird.

(6) Die Landesregierung hat die in einer Verordnung nach Abs. 3 festgelegten Erfordernisse der Energieeinsparung spätestens alle fünf Jahre zu überprüfen und erforderlichenfalls anzupassen.

*) Fassung LGBl.Nr. 44/2007, 22/2014, 54/2015

§ 16*)

Bauprodukte

(1) Für Bauwerke und sonstige Anlagen dürfen nur solche Bauprodukte verwendet werden, die den Anforderungen des § 15 entsprechen und deren Verwendung die Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 zur Festlegung harmonisierter Bedingungen für die Vermarktung von Bauprodukten sowie des Bauproduktgesetzes nicht entgegenstehen.

(2) Vorbehaltlich der an das Bauwerk oder die sonstige Anlage nach § 15 zu stellenden Anforderungen dürfen insbesondere verwendet werden:

a) Bauprodukte, die die CE-Kennzeichnung tragen und, falls sie in der Baustoffliste ÖE (§ 12 Bauproduktgesetz) angeführt sind, die Voraussetzungen des § 11 Bauproduktgesetz erfüllen;

b) Bauprodukte, die in der Baustoffliste ÖA (§ 6 Bauproduktgesetz) angeführt sind und die Voraussetzungen nach § 5 Bauproduktgesetz erfüllen;

c) Bauprodukte, für die eine bautechnische Zulassung (§ 14 Bauproduktgesetz) erteilt wurde.

*) Fassung LGBl.Nr. 11/2014

§ 17*)

Schutz des Orts- und Landschaftsbildes

(1) Bauwerke und sonstige Anlagen müssen so angeordnet und hinsichtlich Größe, Form, Farbe und Baustoffen so gestaltet sein, dass sie sich in die Umgebung, in der sie optisch in Erscheinung treten, einfügen oder auf andere Art der Umgebung gerecht werden.

(2) Auf eine erhaltenswerte Charakteristik des Orts- oder Landschaftsteiles, dem das Bauwerk oder die sonstige Anlage zuzuordnen ist, sowie auf erhaltenswerte Sichtbeziehungen mit anderen Orts- oder Landschaftsteilen ist besonders Rücksicht zu nehmen. Die Charakteristik eines Ortsteiles ist jedenfalls dann erhaltenswert, wenn der Ortsteil durch kulturhistorisch oder architektonisch wertvolle Bauwerke geprägt ist.

(3) Der Abbruch von Bauwerken und Bauwerksteilen darf die erhaltenswerte Charakteristik des Orts- oder Landschaftsteiles, dem das Bauwerk zuzuordnen ist, nicht erheblich beeinträchtigen.

(4) Die Gemeindevertretung kann zum Schutz des Orts- und Landschaftsbildes nach den Abs. 1 und 2 durch Verordnung bestimmen, dass Ankündigungen und Werbeanlagen nur in einer bestimmten Form und Größe ausgeführt und innerhalb der Gemeinde nur an bestimmten Orten errichtet oder an bestimmten Orten nicht errichtet werden dürfen. Dasselbe gilt für Antennenanlagen für Mobilfunk; dabei ist auf die telekommunikationstechnischen Erfordernisse Rücksicht zu nehmen. Weiters kann die Gemeindevertretung durch Verordnung für bestimmte Ortsteile, sofern dies zum Schutz des Orts- und Landschaftsbildes nach den Abs. 1 und 2 erforderlich ist, bestimmen, dass die Freistellung für Solar- und Photovoltaikanlagen nach § 20 Abs. 2 nicht gilt.

(5) An einem Gebäude darf grundsätzlich nur eine Anlage für den Empfang von Rundfunksignalen angebracht werden. Weitere Empfangsanlagen dürfen nur dann angebracht werden, wenn ein Anschluss an eine Gemeinschaftsantennenanlage unmöglich ist oder nur mit wirtschaftlich unverhältnismäßigem Aufwand möglich wäre. Anlagen für den Empfang von Rundfunksignalen sind so anzubringen, dass das Orts- und Landschaftsbild möglichst wenig beeinträchtigt wird.

(6) Ein Bauvorhaben, dem Interessen des Schutzes des Orts- und Landschaftsbildes nach den Abs. 1 bis 3 entgegenstehen, ist nur zulässig, wenn eine Gegenüberstellung der sich aus der Durchführung des Bauvorhabens ergebenden Vorteile für das Gemeinwohl mit den entstehenden Nachteilen für das Orts- und Landschaftsbild ergibt, dass die Vorteile für das Gemeinwohl offenkundig überwiegen. Die Nachteile für das Orts- und Landschaftsbild sind jedenfalls soweit zu vermeiden, als dadurch die Erreichung der Vorteile für das Gemeinwohl nicht vereitelt wird.

*) Fassung LGBI.Nr. 23/2003, 54/2015

5. Abschnitt

Baubewilligungsverfahren und Anzeigeverfahren

1. Unterabschnitt

Bewilligungspflichtige, anzeigepflichtige und freie Bauvorhaben

§ 18*)

Bewilligungspflichtige Bauvorhaben

(1) Einer Baubewilligung bedürfen

- a) die Errichtung oder wesentliche Änderung von Gebäuden; ausgenommen sind jene kleinen Gebäude, die nach § 19 lit. a bis c nur anzeigepflichtig sind, weiters Gebäude, soweit es die Verwendung für den Betrieb eines Gastgartens betrifft und die insofern nach § 19 lit. d nur anzeigepflichtig sind;
- b) die wesentliche Änderung der Verwendung von Gebäuden, ausgenommen ist die Verwendung für den Betrieb eines Gastgartens, die nach § 19 lit. d nur anzeigepflichtig ist;
- c) die Errichtung oder wesentliche Änderung von Bauwerken, die keine Gebäude sind, sofern durch diese Bauwerke Gefahren für die Sicherheit oder die Gesundheit einer großen Anzahl von Menschen entstehen können, z.B. Tribünen, offene Parkdecks u.dgl.;
- d) die Errichtung oder wesentliche Änderung von Feuerstätten, deren Verbrennungsgase über eine Abgasanlage oder direkt ins Freie abgeleitet werden, und von Einrichtungen zur Ableitung dieser Gase; ausgenommen sind jene Feuerstätten und Einrichtungen zur Ableitung der Gase, die durch gewerberechtlich befugte Fachleute ausgeführt werden oder die sich außerhalb von Gebäuden befinden;
- e) die Aufstellung oder wesentliche Änderung von ortsfesten Maschinen oder sonstigen ortsfesten technischen Einrichtungen, sofern durch sie die Sicherheit oder Gesundheit von Menschen gefährdet oder Nachbarn belästigt werden können;
- f) andere Bauvorhaben, wenn für sie eine Abstanznachsicht erforderlich ist.

(2) Die Errichtung oder wesentliche Änderung von Ankündigungen und Werbeanlagen innerhalb bebauter Bereiche bedarf einer Baubewilligung. Ausgenommen und frei sind

- a) Hinweiszeichen nach straßenrechtlichen Vorschriften oder ähnlich diesen gestaltete dienen;
- b) gesetzlich gebotene Betriebsstättenbezeichnungen bis zu einer Größe von 1 m²; weiters Geschäftsbezeichnungen von Bauausführenden für die Dauer der Bauausführung im Baustellenbereich;
- c) Ankündigungen und Werbeanlagen von Wählergruppen, die sich an der Werbung für die Wahl zu den allgemeinen Vertretungskörpern, zum Europäischen Parlament oder zu den scheidungsgebenden Organen (Vertretungskörpern) der gesetzlichen beruflichen Vertretungen beteiligen, sofern sie frühestens vier Wochen vor der Wahl angebracht werden; dies gilt sinngemäß bei der Wahl des Bundespräsidenten sowie im Rahmen von Volksabstimmungen, Volksbegehren und Volksbefragungen aufgrund landes- oder bundesrechtlicher Vorschriften sowie von Europäischen Bürgerinitiativen;
- d) Ankündigungen und Werbeanlagen für vorübergehende Zwecke im Rahmen einzelner Veranstaltungen sportlicher oder kultureller Art oder für gemeinnützige Zwecke.

*) Fassung LGBI.Nr. 44/2007, 29/2011, 12/2014, 64/2019

§ 19*)

Anzeigepflichtige Bauvorhaben

Wenn die Abstandsflächen und Mindestabstände eingehalten werden, sind folgende Bauvorhaben anzeigepflichtig:

- a) die Errichtung oder wesentliche Änderung von Nebengebäuden zu Wohngebäuden, wenn das Nebengebäude eine überbaute Fläche von höchstens 25 m² und eine Höhe von höchstens 3,5 m über dem Gelände hat und in einer Baufläche liegt;
- b) die Errichtung oder wesentliche Änderung von Wartehäuschen bei Haltestellen des öffentlichen Personenverkehrs;
- c) die Errichtung oder wesentliche Änderung von Telefonzellen und ähnlich kleinen Gebäuden;
- d) die Errichtung oder wesentliche Änderung von Gebäuden sowie die wesentliche Änderung der Verwendung von Gebäuden, soweit es die Verwendung für den Betrieb eines Gastgartens betrifft und dieser keiner Genehmigung nach der Gewerbeordnung 1994 bedarf;
- e) die Errichtung oder wesentliche Änderung von Bauwerken, die keine Gebäude sind, sofern sie nicht nach § 18 Abs. 1 lit. c bewilligungspflichtig sind;
- f) die Errichtung oder wesentliche Änderung von Einfriedungen an öffentlichen Verkehrsflächen, ausgenommen ortsübliche Einfriedungen für land- oder forstwirtschaftlich genutzte Grundstücke, sowie von sonstigen Einfriedungen, wenn sie das Nachbargrundstück um mehr als 1,80 m überragen;
- g) die Errichtung oder wesentliche Änderung von ortsfesten Behältern für flüssige Brenn- oder Treibstoffe mit einem Inhalt von mehr als 300 l;
- h) die Aufstellung von Zelten und sonstigen gebäudeähnlichen Einrichtungen mit mehr als 100 m² Grundfläche sowie die Aufstellung von kleineren Zelten und sonstigen gebäudeähnlichen Einrichtungen für die Dauer von mehr als sechs Monaten auf demselben Grundstück;
- i) die Aufstellung von Wohnwagen und ähnlichen Unterkünten für die Dauer von mehr als einem Monat auf demselben Grundstück oder auf einer Baustelle für die Dauer von mehr als zwei Jahren;
- j) die Aufstellung von beweglichen Verkaufsständen und ähnlichen Einrichtungen;
- k) der Abbruch von Gebäuden oder Gebäudeteilen;
- l) der Abbruch von anderen Bauwerken oder Bauwerksteilen, wenn durch den Abbruch die Sicherheit oder Gesundheit von Menschen oder die Verkehrssicherheit gefährdet oder das Orts- und Landschaftsbild beeinträchtigt werden können.

*) Fassung LGBI.Nr. 29/2011

§ 20*)

Freie Bauvorhaben

(1) Bauvorhaben (§ 2 Abs. 1 lit. e), die weder einer Baubewilligung noch einer Bauanzeige bedürfen, sind frei. Dies gilt besonders für bloße Erhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten sowie unwesentliche Änderungen von Bauwerken oder sonstigen Anlagen.

(2) Die Anbringung von Solar- und Photovoltaikanlagen an bestehenden Bauwerken ist jedenfalls frei, sofern die Abstandsflächen und Mindestabstände eingehalten werden und

- a) die Anlage in die Dach- oder Wandfläche eingefügt oder in einem maximalen Abstand von bis zu 30 cm parallel zur Dach- oder Wandfläche angebracht wird und über diese nicht hinausragt; oder
 - b) im Falle der Anbringung auf einem Flachdach der Dachüberstand maximal 1,2 m beträgt und der Abstand zum Dachrand mindestens der Höhe des Dachüberstandes entspricht.
- Dies gilt nicht, soweit eine Verordnung der Gemeindevertretung nach § 17 Abs. 4 letzter Satz anderes bestimmt.

(3) Die Errichtung und Änderung von Ladestationen für Elektrofahrzeuge sowie deren Einbau in bestehende Bauwerke sind jedenfalls frei, sofern die Abstandsflächen und Mindestabstände eingehalten werden.

(4) Weiters sind folgende Bauvorhaben frei, sofern die Abstandsflächen und Mindestabstände eingehalten werden und es sich nicht um Gebäude handelt:

a) Anlagen zur Gartengestaltung wie Steingärten, Hochbeete, Grillkamme u.dgl.;

b) Kinderspielfläche einschließlich Spielplatzeinrichtungen.

(5) Schließlich sind Baustelleneinrichtungen, ausgenommen Wohnunterkünfte, für die Dauer der Bauausführung frei.

*) Fassung LGBl.Nr. 54/2015, 47/2017, 78/2017, 54/2019

§ 20a*)

Unterkünfte zur Grundversorgung

(1) Abweichend von den §§ 18 bis 20 sowie den bau- und raumplanungsrechtlichen Vorschriften sind Bauvorhaben betreffend bestehende Anlagen, die vom Land oder einem von diesem herangezogenen Dritten nach Maßgabe des § 29 des Sozialleistungsgesetzes als Unterkünfte für Personen, die zur Zielgruppe der Grundversorgungsvereinbarung gehören, zur Verfügung gestellt werden sollen, frei und zulässig, sofern zumindest

- a) die Abstandsflächen und Mindestabstände eingehalten werden,
- b) die Interessen der Sicherheit und der Gesundheit nicht entgegenstehen und
- c) die Unterkünfte in einer Baufläche oder in einem Sondergebiet liegen.

(2) Unterkünfte nach Abs. 1 dürfen auch dafür verwendet werden, ehemalige Bezieher von Leistungen der Grundversorgung in ihnen unter zu bringen.

(3) Die Möglichkeit, für ein Bauvorhaben nach Abs. 1, das nach den §§ 18 und 19 bewilligungs- oder anzeigepflichtig wäre, einen Bewilligungsantrag zu stellen oder eine Bauanzeige einzubringen, bleibt unberührt.

*) Fassung LGBl.Nr. 69/2021

2. Unterabschnitt Pläne und Beschreibungen

§ 21*)

Inhalt und Form der Pläne und Beschreibungen

(1) Die Landesregierung hat Inhalt, Maßstab und Form der aufgrund dieses Gesetzes erforderlichen Pläne und Beschreibungen durch Verordnung festzulegen. Hierbei ist auch zu bestimmen, welche Unterlagen für eine Vorprüfung nach § 23 ausreichen.

(2) In der Verordnung nach Abs. 1 ist näher zu bestimmen, bei welchen Bauvorhaben ein Energieausweis erforderlich ist und welche Inhalte und welche Form der Energieausweis aufzuweisen hat; weiters ist zu bestimmen, welche fachlichen Anforderungen die Personen, die Energieausweise ausstellen, erfüllen müssen. Die Erfordernisse der Richtlinie 2010/31/EU über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden sind zu berücksichtigen.

(3) Wenn aus den nach Abs. 1 vorgeschriebenen Unterlagen allein nicht beurteilt werden kann, ob das Bauvorhaben den bau- und raumplanungsrechtlichen Vorschriften entspricht, sind auf Verlangen der Behörde weitere Nachweise zu erbringen.

*) Fassung LGBl.Nr. 44/2007, 22/2014

§ 21a*)

Energieausweisdatenbank

(1) Die Landesregierung hat eine Energieausweisdatenbank einzurichten und eine geeignete Online-Applikation für die unentgeltliche Registrierung, Dateneinbringung und -abfrage nach Abs. 2 und 3 zur Verfügung zu stellen.

(2) Personen, die zur Ausstellung von Energieausweisen berechtigt sind (Energieausweisesteller⁷), haben Energieausweise, die von ihnen unter Berücksichtigung der Verordnung nach § 21 Abs. 2 ausgestellt werden und sich auf Gebäude oder Nutzungseinheiten in Vorarlberg beziehen, in der Energieausweisdatenbank elektronisch zu registrieren. Die betreffenden Energieausweisdaten sind zum Zwecke des Abs. 3 und 4 sowie des § 49a in diese Datenbank einzubringen; durch Verordnung der Landesregierung kann näher bestimmt werden, wie und in welcher Form diese Daten einzubringen sind, damit den genannten Zwecken im erforderlichen Maß entsprochen werden kann.

(3) Der Energieausweisesteller und der Eigentümer des betreffenden Gebäudes oder der Nutzungseinheit haben das Recht auf Online-Zugriff auf alle Daten des Energieausweises dieses Gebäudes bzw. dieser Nutzungseinheit.

(4) Die Energieausweisdaten sind von der Landesregierung im Umfang nach Abschnitt H der Anlage zum GWR-Gesetz automatisiert über eine geeignete Schnittstelle der Bundesanstalt Statistik Österreich für das Gebäude- und Wohnungsregister zu übermitteln.

(5) Die Landesregierung kann zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach Abs. 1 und 4 geeignete und nach bundesrechtlichen Vorschriften befugte Dritte als Dienstleister heranziehen.

*) Fassung LGBl.Nr. 22/2014

§ 22*)

Unterfertigung der Pläne und Beschreibungen, Verantwortlichkeit

(1) Die Pläne und Beschreibungen sind von demjenigen zu unterfertigen, der sie verfasst hat.
(2) Verantwortlich sind

a) für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Pläne und der Beschreibungen der Bauwerber sowie der Verfasser der Pläne und Beschreibungen;

b) für die Richtigkeit des Energieausweises nach § 21 Abs. 2 und von Bestätigungen nach § 25 Abs. 3 oder § 32 Abs. 4 der Verfasser des Energieausweises bzw. der Bestätigung.

Diese Verantwortlichkeit wird durch die behördliche Bewilligung oder Freigabe und durch behördliche Überprüfungen nicht eingeschränkt.

*) Fassung LGBl.Nr. 44/2007

3. Unterabschnitt Baubewilligungsverfahren

§ 23*)

Vorprüfung

(1) Auf schriftlichen Antrag hat die Behörde bei Bauvorhaben nach § 18 eine Vorprüfung durchzuführen.

(2) Bei der Vorprüfung hat die Behörde zu prüfen, ob dem Bauvorhaben

a) eine Verordnung nach dem Raumplanungsgesetz oder

b) offensichtlich unbehebbara Hindernisse hinsichtlich der im § 4 (Verbindung mit einer öffentlichen Verkehrsfläche, Wasserversorgung, Beseitigung von Abwasser und Oberflächenwasser, Vermeidung von Naturgefahren), im § 10 (Kinderspielfläche, Grünflächen), im § 12 (Stellplätze) und im § 17 (Orts- und Landschaftsbild) geforderten Voraussetzungen

entgegenstehen.

(3) Einem Antrag auf Durchführung einer Vorprüfung müssen lediglich die im § 24 Abs. 2 und 3 lit. a sowie die durch Verordnung nach § 21 Abs. 1 bestimmten Unterlagen angeschlossen sein.

(4) Steht dem Bauvorhaben einer der Gründe des Abs. 2 entgegen, so ist der Antrag auf Vorprüfung mit Bescheid abzuweisen.

(5) Der Antrag auf Durchführung einer Vorprüfung ist mit Bescheid zurückzuweisen, wenn die im Abs. 3 genannten Unterlagen für eine Beurteilung des Bauvorhabens nicht ausreichen.

(6) Wird der Antrag nicht abgewiesen oder zurückgewiesen, so hat die Behörde festzustellen, dass dem Bauvorhaben keine Gründe nach Abs. 2 entgegenstehen. Eine solche Entscheidung verliert nach Ablauf von drei Jahren nach Eintritt der Rechtskraft ihre Gültigkeit.

(7) Entscheidungen nach den Abs. 4 bis 6 sind spätestens drei Monate nach Einlangen des vollständigen Antrages zu treffen.

*) Fassung LGBl.Nr. 44/2013

§ 24*)

Bauantrag

- (1) Die Erteilung der Baubewilligung ist bei der Behörde schriftlich zu beantragen.
- (2) Der Bauantrag hat Art, Lage, Umfang und die beabsichtigte Verwendung des Bauvorhabens anzugeben.
- (3) Dem Bauantrag sind anzuschließen
- a) der Nachweis des Eigentums oder Baurechtes am Baugrundstück oder, wenn der Antragsteller nicht selbst Eigentümer oder bauberechtigt ist, der Zustimmung des Eigentümers bzw. Bauberechtigten;
 - b) die zur Beurteilung des Bauvorhabens erforderlichen Pläne, Berechnungen und Beschreibungen;
 - c) der Nachweis einer rechtlich gesicherten Verbindung des Baugrundstückes mit einer öffentlichen Verkehrsfläche gemäß § 4 Abs. 2;
 - d) ein Verzeichnis der Nachbarn unter Angabe der Anschrift;
 - e) bei Bauvorhaben betreffend eine dem Wetten- oder Glücksspielrecht unterliegende Betriebsstätte der Nachweis der für die Tätigkeit erforderlichen Berechtigung nach Wetten- oder Glücksspielrecht.
- (4) Die Pläne, Berechnungen und Beschreibungen sind in dreifacher, wenn die Bezirkshauptmannschaft zur Erteilung der Baubewilligung zuständig ist, in vierfacher Ausfertigung vorzulegen. Je nach Erforderlichkeit für die Begutachtung durch Sachverständige oder die Beteiligung öffentlicher Dienststellen kann die Behörde auf die Vorlage von Ausfertigungen verzichten oder zusätzliche verlangen.
- (5) Erstreckt sich der Bauantrag für ein bewilligungspflichtiges Bauvorhaben auch auf ein für sich genommen nur anzeigepflichtiges Bauvorhaben, ist dieses wie ein bewilligungspflichtiges Bauvorhaben anzusehen und der Antrag hierüber im Baubewilligungsverfahren mitzuerledigen. Die Nachbarn haben insofern jedoch kein Mitspracherecht.
- *) Fassung LGBl.Nr. 47/2017

§ 25*)

Ermittlungsverfahren

- (1) Nachbarn, die dem Bauvorhaben zustimmen, sind ab Zustimmung nicht mehr Parteien des Verfahrens. Die Zustimmung hat durch schriftliche Erklärung auf den Plänen (§ 24 Abs. 3 lit. b) zu erfolgen. Die Zustimmung ist ab ihrem Einlangen bei der Behörde unwiderruflich.
- (2) Wenn eine mündliche Verhandlung mit Augenschein durchgeführt werden soll, hat der Bauwerber bis zur mündlichen Verhandlung die Gebäudeecken in der Natur darzustellen und die Baugrundstücksgrenzen kenntlich zu machen. Zusätzlich sind die Geschoss- und Traufenhöhe sowie die Dachneigung in der Natur darzustellen, wenn das Gebäude an einer Stelle mehr als 16 m hoch ist, wenn eine Abstandsnachsicht gemäß § 7 zugelassen werden soll oder wenn es die Behörde verlangt.
- (3) Wenn dem Bauantrag Bestätigungen von gewerberechtlich oder nach dem Ziviltechnikergesetz befugten Personen angeschlossen sind, aus denen hervorgeht, dass das Bauvorhaben näher angeführten bautechnischen Vorschriften im Hinblick auf die Interessen der mechanischen Festigkeit und Standsicherheit, des Brandschutzes, der Hygiene, der Gesundheit und des Umweltschutzes, der Nutzungssicherheit, des Schallschutzes, der Energieeinsparung und des Umweltschutzes unter Berücksichtigung der Nutzung erneuerbarer Energien, des Verkehrs sowie der barrierefreien Gestaltung oder im Hinblick auf sonstige Anforderungen, soweit sich diese aus dem Recht der Europäischen Union ergeben, entspricht, kann die Behörde auf die Einholung entsprechender Gutachten verzichten, wenn nicht im Verfahren Zweifel an der Richtigkeit dieser Bestätigungen auftreten. Bei Bauvorhaben betreffend Gebäude mit besonderem feuerpolizeilichen Risiko kann auf brandschutztechnische Gutachten nicht verzichtet werden.
- *) Fassung LGBl.Nr. 78/2017

§ 26*)

Nachbarrechte, Übereinkommen

- (1) Der Nachbar hat im Verfahren über den Bauantrag das Recht, durch Einwendungen die Einhaltung der folgenden Vorschriften geltend zu machen:

- a) § 4 Abs. 4, soweit mit Auswirkungen auf sein Grundstück zu rechnen ist;
 - b) §§ 5 bis 7, soweit sie dem Schutz des Nachbarn dienen;
 - c) § 8 Abs. 1 und 2, soweit mit Immissionen auf seinem Grundstück zu rechnen ist und sein Grundstück nicht mehr als 100 Meter vom Baugrundstück entfernt ist;
 - d) § 8 Abs. 3 und 4, soweit der benachbarte Betrieb in den Anwendungsbereich von anderen anlagenrechtlichen Vorschriften fällt, diese die Vorschreibung nachträglicher Aufträge zu Lasten des Inhabers des Betriebes vorsehen und sein Grundstück nicht mehr als 100 Meter vom Baugrundstück entfernt ist;
 - e) die Festlegungen des Bebauungsplanes über die Baugrenze, die Baulinie und die Höhe des Bauwerks, soweit das Bauwerk nicht mehr als 20 Meter von seinem Grundstück entfernt ist.
- (2) Die im Zuge einer mündlichen Verhandlung getroffenen Übereinkommen sind von der Behörde in der Niederschrift zu beurkunden.
- *) Fassung LGBl.Nr. 32/2009, 23/2015, 54/2015

§ 27*)

Bewilligung von Vorarbeiten

- (1) Ist aufgrund des Verfahrensstandes offenkundig, dass ein Grund für die Zurückweisung oder Abweisung des Bauantrags nicht vorliegt, kann die Behörde auf Antrag des Bauwerbers noch vor Erteilung der Baubewilligung mit Bescheid die Vornahme bestimmter, ausdrücklich zu bezeichnender Vorarbeiten, wie Abbruch bestehender Gebäude, Planung und Einfriedung der Baustellen, Erdaushub, Ausführung des Unterbaues bis zur Erdoberfläche, bewilligen.
- (2) Über eine Beschwerde gegen einen Bescheid nach Abs. 1 beim Landesverwaltungsgericht ist spätestens nach zwei Monaten zu entscheiden.
- *) Fassung LGBl.Nr. 29/2011, 44/2013, 34/2018

§ 28*)

Baubewilligung

- (1) Die Behörde hat über den Bauantrag ehestens zu entscheiden.
- (2) Die Baubewilligung ist zu erteilen, wenn das Bauvorhaben nach Art, Lage, Umfang, Form und Verwendung den bau- und raumplanungsrechtlichen Vorschriften entspricht und auch sonst öffentliche Interessen, besonders solche der Sicherheit, der Gesundheit, des Verkehrs, des Denkmalschutzes, der Energieeinsparung und des haushälterischen Umgangs mit Grund und Boden (§ 2 Abs. 3 lit. a Raumplanungsgesetz), nicht entgegenstehen.
- (3) Die Baubewilligung ist zu versagen, wenn die im Abs. 2 für eine Bewilligung genannten Voraussetzungen nicht gegeben sind und auch durch Befristungen, Auflagen oder Bedingungen gemäß § 29 nicht erfüllt werden können.
- (4) Dem Antragsteller ist eine Ausfertigung der Pläne und Beschreibungen mit dem Vermerk auszufolgen, dass sich die Baubewilligung auf sie bezieht.
- (5) Eine Baubewilligung für ein Bauvorhaben auf einer Freifläche hat die Behörde unverzüglich der Bezirkshauptmannschaft vorzulegen.
- (6) Wenn seit Beginn von Bauarbeiten, die über Vorarbeiten im Sinne des § 27 hinausgehen und die aufgrund einer dem Bauwerber rechtskräftig erteilten Baubewilligung durchgeführt werden, mehr als ein Jahr vergangen ist, verliert eine übergangene Partei, der bis dahin die Baubewilligung nicht zugestell wurde, ihre Stellung als Partei, sofern sie nicht schon davor die Zustellung des Bescheides beantragt hat.
- *) Fassung LGBl.Nr. 44/2007, 32/2009, 22/2014
- § 29*)**
- Befristungen, Auflagen und Bedingungen**
- (1) Entspricht das Bauvorhaben den Voraussetzungen des § 28 Abs. 2 nicht, so ist durch Befristungen, Auflagen oder Bedingungen sicherzustellen, dass diese Voraussetzungen geschaffen werden.

(2) Die Behörde hat auch zu verfügen, dass die Oberfläche des Baugrundstückes erhalten oder verändert werden muss, wenn dies erforderlich ist, um eine Beeinträchtigung des Orts- und Landschaftsbildes zu vermeiden oder zu beseitigen, um Naturgefahren zu vermeiden oder um die Oberfläche der Höhe einer Verkehrsfläche oder der Nachbargrundstücke anzugleichen.

(3) Die Behörde hat durch Auflagen die Schaffung von Grünanlagen oder das Pflanzen von Bäumen oder Sträuchern anzuordnen, wenn dies zum Schutz des Orts- und Landschaftsbildes oder zur Vermeidung von Belästigungen der Nachbarn erforderlich ist.

(4) aufgehoben durch LGBL.Nr. 23/2003

(5) Wenn es öffentliche Interessen, wie Interessen der Sicherheit, der Gesundheit, des Verkehrs, des Schutzes des Orts- und Landschaftsbildes, des Denkmalschutzes, des Schutzes vor Schäden an Nachbarbauwerken oder des Tourismus, erfordern, hat die Behörde durch Auflagen Art und Zeit der Ausführung des Bauvorhabens festzulegen und besonders auch Maßnahmen im Sinne des § 36 Abs. 3 vorzuschreiben.

(6) Wenn es zur Kontrolle der Einhaltung der baurechtlichen Vorschriften erforderlich ist, hat die Behörde dem Bauherrn anzuordnen, dass das Bauvorhaben oder Teile desselben durch befugte Fachleute im jeweils geeigneten Zeitpunkt der Ausführung zu überprüfen und Befunde hierüber vorzulegen sind. Der Verfasser der Befunde ist für deren Richtigkeit verantwortlich. Die Behörde kann sich auch selbst die Vornahme bestimmter Überprüfungen während der Bauausführung, wie die Abnahme des Schnurgerüstes oder eine Rohbaubeschau, vorbehalten.

(7) Die Behörde kann eine angemessene Frist für die Vollendung des Bauvorhabens festsetzen.

*) Fassung LGBL.Nr. 23/2003

§ 30*)

Baubewilligung für vorübergehende Zwecke

(1) Für die Errichtung von Bauwerken oder sonstigen Anlagen, die aufgrund ihres besonderen Verwendungszweckes nur vorübergehend Bestand haben sollen, z.B. bei außerordentlichen Verhältnissen, kann anstelle eines Bauantrages nach § 24 oder einer Bauanzeige nach § 32 eine Baubewilligung für vorübergehende Zwecke beantragt werden. Dasselbe gilt für die wesentliche Änderung der Verwendung von Gebäuden, sofern die Verwendungsänderung vorübergehend ist. Ein solcher Bauantrag ist ausdrücklich als Antrag auf Erteilung der Baubewilligung für vorübergehende Zwecke zu bezeichnen und hat die Dauer anzugeben, für die die Anlage errichtet werden soll, bzw. die Dauer der Verwendungsänderung. Im Übrigen gilt der § 24.

(2) Die Baubewilligung für vorübergehende Zwecke kann unter Bedachtnahme auf den Verwendungszweck und die beabsichtigte Bestandsdauer abweichend von den Voraussetzungen nach § 28 Abs. 2 erteilt werden, sofern

a) Interessen der Sicherheit und der Gesundheit nicht entgegenstehen;

b) die Rechte der Nachbarn nicht beeinträchtigt werden; und

c) das Bauvorhaben den raumplanungsrechtlichen Vorschriften entspricht; dies gilt nicht für Wohnunterkünfte im Rahmen einer Baustelleneinrichtung, weiters nicht für eine Anlage in einer Baufäche, sofern sie bzw. die Verwendungsänderung nicht länger als einen Monat Bestand haben soll.

(3) Die Baubewilligung für vorübergehende Zwecke ist entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf auf eine bestimmte Zeit, höchstens aber auf die Dauer von drei Jahren zu erteilen. Eine Verlängerung der Baubewilligung entsprechend der voraussichtlichen Notwendigkeit des Weiterbestandes bzw. der Verwendungsänderung, jeweils jedoch höchstens bis zu drei Jahren, ist zulässig, wenn die Voraussetzungen nach Abs. 2 vorliegen.

*) Fassung LGBL.Nr. 34/2008, 11/2014, 64/2019

§ 31*)

Erlöschen der Baubewilligung

(1) Die Baubewilligung verliert ihre Wirksamkeit, wenn nicht binnen drei Jahren nach Eintritt der Rechtskraft mit der Ausführung des Bauvorhabens begonnen oder wenn die bereits begonnene Ausführung durch drei Jahre unterbrochen und die Wirksamkeit der Baubewilligung nicht verlängert worden ist. Die Vornahme von Erdaushubarbeiten gilt noch nicht als Beginn der

Ausführung des Bauvorhabens. Wird gegen die Baubewilligung Revision an den Verwaltungsgerichtshof oder Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof erhoben, ist der Fristenlauf bis zur Entscheidung darüber unterbrochen.

(2) Die Wirksamkeit der Baubewilligung ist auf schriftlichen Antrag jeweils um drei Jahre zu verlängern, sofern kein Versagungsgrund gemäß § 28 Abs. 3 vorliegt.

*) Fassung LGBL.Nr. 44/2007, 47/2017

4. Unterabschnitt Anzeigeverfahren

§ 32

Bauanzeige

(1) Die Bauanzeige ist bei der Behörde schriftlich einzubringen.

(2) In der Bauanzeige sind Art, Lage, Umfang und die beabsichtigte Verwendung des Bauvorhabens anzugeben. Die im § 24 Abs. 3 lit. a bis c angeführten Unterlagen sind ihr anzuschließen.

(3) Die Pläne, Berechnungen und Beschreibungen sind in dreifacher, wenn die Bezirkshauptmannschaft zuständig ist, in vierfacher Ausfertigung vorzulegen. Je nach Erforderlichkeit für die Begutachtung oder die Beteiligung öffentlicher Dienststellen kann die Behörde auf die Vorlage von Ausfertigungen verzichten oder zusätzliche verlangen.

(4) Der § 25 Abs. 3 gilt sinngemäß.

§ 33*)

Erlöschung

(1) Ist das angezeigte Bauvorhaben bewilligungspflichtig, so hat die Behörde dies mit schriftlichem Bescheid festzustellen.

(2) Die Behörde hat das anzeigepflichtige Bauvorhaben mit schriftlichem Bescheid freizugeben, wenn das Bauvorhaben nach Art, Lage, Umfang, Form und Verwendung den bau- und raumplanungsrechtlichen Vorschriften entspricht und auch sonst öffentliche Interessen, besonders solche der Sicherheit, der Gesundheit, des Verkehrs, des Denkmalschutzes, der Energieeinsparung und des häuslicheren Umgangs mit Grund und Boden (§ 2 Abs. 3 lit. a Raumplanungsgesetz), nicht entgegenstehen. Auflagen nach § 29 Abs. 5 sind zulässig.

(3) Erfüllt das anzeigepflichtige Bauvorhaben die im Abs. 2 genannten Voraussetzungen nicht, ist es mit schriftlichem Bescheid zu untersagen. Anstelle einer Untersagung kann die Behörde auch bloß schriftlich mitteilen, dass und weshalb das Bauvorhaben die Voraussetzungen für eine Freigabe nicht erfüllt.

(4) Bescheide nach den Abs. 1 bis 3 sowie eine Mitteilung nach Abs. 3 müssen spätestens sechs Wochen, bei Bauvorhaben nach § 19 lit. d spätestens drei Monate nach Vorliegen einer vollständigen Bauanzeige nachweisbar abgefertigt, z.B. der Post zur Zustellung übergeben werden. Später abgefertigte Bescheide nach den Abs. 2 und 3 sind rechtswidrig, eine verspätete Mitteilung wirkungslos.

(5) Wenn eine Mitteilung nach Abs. 3 ergangen ist, kann der Bauwerber beantragen, dass über die ursprüngliche Bauanzeige entschieden wird, oder eine neue, geänderte Bauanzeige einbringen. In beiden Fällen ist eine neuerliche Mitteilung nach Abs. 3 zweiter Satz ausgeschlossen und verkürzt sich die Frist (Abs. 4) auf vier Wochen.

(6) Über Beschwerden beim Landesverwaltungsgericht gegen Bescheide nach den Abs. 1 bis 3 ist spätestens nach drei Monaten zu entscheiden.

*) Fassung LGBL.Nr. 29/2011, 44/2013, 34/2018

§ 34*)

Berechtigung zur Ausführung des Bauvorhabens

(1) Wenn das Bauvorhaben freigegeben wird, darf es ausgeführt werden, sobald die Entscheidung über die Freigabe rechtskräftig ist.

(2) Im Übrigen darf mit der Ausführung des Bauvorhabens sechs Wochen, mit der Ausführung eines Bauvorhabens nach § 19 lit. d drei Monate nach Einlangen der vollständigen

Bauanzeige begonnen werden, wenn die Behörde innerhalb dieser Frist weder einen Bescheid nach § 33 Abs. 1 bis 3 noch eine Mitteilung nach § 33 Abs. 3 abgefertigt hat.

(3) Mit der Ausführung des Bauvorhabens darf auch begonnen werden, wenn zwar fristgerecht eine Mitteilung nach § 33 Abs. 3 erfolgt ist, dann die Behörde aber nicht innerhalb der vier Wochen nach § 33 Abs. 5 einen Bescheid abgefertigt hat.

(4) Der Partei ist in den Fällen der Abs. 1 bis 3 eine Ausfertigung der Pläne und Beschreibungen mit einem entsprechenden Vermerk auszufolgen.

(5) Die Berechtigung zur Ausführung des Bauvorhabens erlischt, wenn nicht binnen drei Jahren ab dem Tag, ab dem das Bauvorhaben ausgeführt werden darf, mit der Ausführung des Bauvorhabens begonnen wird. Weiters erlischt sie, wenn die bereits begonnene Ausführung durch drei Jahre unterbrochen worden ist. Die Frist ist von der Behörde auf schriftlichen Antrag um jeweils drei Jahre zu verlängern, sofern kein Unterseigungsgrund gemäß § 33 Abs. 3 vorliegt. Der § 31 Abs. 1 zweiter und dritter Satz gilt sinngemäß.

*) Fassung LGBl.Nr. 44/2007, 44/2013, 78/2017

6. Abschnitt Bauausführung

§ 35

Planabweichungen

Von einem bewilligten oder aufgrund einer Bauanzeige zulässigen Bauvorhaben darf nur dann abgewichen werden, wenn die Änderung des Bauvorhabens

- a) rechtskräftig bewilligt wurde;
- b) für sich genommen anzeigepflichtig ist, allfälligen Auflagen und Bedingungen der Baubewilligung nicht widerspricht und die Berechtigung zur Ausführung (§ 34) gegeben ist; oder
- c) für sich genommen frei ist und allfälligen Auflagen und Bedingungen der Baubewilligung nicht widerspricht.

§ 36*

Bauausführende

(1) Als Bauausführende dürfen nur Personen bestellt werden, die hiezu nach den bundesrechtlichen Vorschriften befugt sind. Auch Personen, die die Bauaufsicht ausüben, gelten als Bauausführende.

(2) Die Bauausführenden sind verpflichtet, bei Bauvorhaben nach § 18 die Baubewilligung, bei Bauvorhaben nach § 19 die Entscheidung über die Freigabe und die Bauanzeige sowie sonst die baurechtlichen Vorschriften einzuhalten.

(3) Die Bauausführenden haben – unbeschadet bundesrechtlicher Vorschriften – alle Maßnahmen zu treffen, die notwendig sind, um die Sicherheit und Gesundheit von Menschen sowie den Schutz vor Schäden an Nachbarbauwerken zu gewährleisten und um vermeidbare Belästigungen, besonders durch Lärm und Staub, hintanzuhalten.

(4) Die Landesregierung kann durch Verordnung entsprechend dem ins Landesrecht umzusetzenden Recht der Europäischen Union zur Durchführung des Abs. 3 nähere Vorschriften erlassen, besonders

a) unter Bedachtnahme auf die Gesundheit, den Tourismus und die Art und Dichte der Besiedlung über die Verwendung von Geräten, Maschinen und technischen Einrichtungen auf Baustellen;

b) über das Verfahren zur Feststellung und Kennzeichnung der Konformität von Geräten, Maschinen und sonstigen technischen Einrichtungen, die auf Baustellen verwendet werden, mit österreichischen bzw. europäischen Normen;

c) über die Ermittlung des Geräuschemissionspegels von Geräten und Maschinen.

*) Fassung LGBl.Nr. 44/2007, 32/2009, 44/2013

§ 37**)

Überprüfung von Abgasanlagen

(1) Abgasanlagen hat der Bauherr vorm befügt und zuständigen Rauchfangkehrer vor dem Aufbringen eines Verputzes oder einer Verkleidung überprüfen zu lassen. Die Überprüfung hat sich auf die Übereinstimmung mit den Anforderungen nach den §§ 15 und 16 zu erstrecken.

(2) Der Rauchfangkehrer ist verpflichtet, diese Arbeiten durchzuführen und hierüber einen schriftlichen Befund auszustellen. Er ist für die Richtigkeit des Befundes verantwortlich.

*) Fassung LGBl.Nr. 44/2007

§ 38**)

Überwachung der Bauausführung

(1) Die Behörde ist berechtigt, jederzeit zu überprüfen, ob

- a) für ein bewilligungspflichtiges Bauvorhaben eine Baubewilligung und für ein anzeigepflichtiges Bauvorhaben eine Berechtigung zur Ausführung vorliegen;

b) die Ausführung der Baubewilligung, der Entscheidung über die Freigabe oder sonst der Bauanzeige entspricht; und

c) die Ausführung des Bauvorhabens den Anforderungen des § 15 und die verwendeten Bauprodukte den Anforderungen des § 16 entsprechen.

(2) Auf Verlangen der Behörde hat der Bauherr den Nachweis zu erbringen, dass die verwendeten Bauprodukte den Anforderungen des § 16 entsprechen.

(3) Die Behörde hat, wenn sie davon Kenntnis erlangt, dem Österreichischen Institut für Bautechnik als Marktüberwachungsbehörde unverzüglich zu berichten über:

a) Unfälle, Gesundheitsschäden oder Baugebrechen, bei denen der begründete Verdacht besteht, dass sie durch falsch deklarierte oder mangelhafte Bauprodukte verursacht wurden;

b) den begründeten Verdacht von Übertretungen nach § 36 Abs. 1 lit. a bis g des Bauproduktgesetzes (unzulässiges Inverkehrbringen oder Kennzeichnen von Bauprodukten).

(4) Wenn die Behörde sich gemäß § 29 Abs. 6 dritter Satz eine Überprüfung vorbehalten hat, hat der Bauherr sie so rechtzeitig zu verständigen, dass sie die vorbehaltene Überprüfung durchführen kann. Die Behörde hat eine solche Überprüfung innerhalb einer Woche nach der Verständigung durchzuführen, widrigenfalls die weitere Bauausführung nicht mehr behindert ist.

(5) Den Organen der Behörde sowie den zugezogenen Sachverständigen ist zur Durchführung von Überprüfungen nach den Abs. 1 und 4 Zutritt zu allen in Frage kommenden Teilen des Baugrundstückes und den darauf befindlichen Anlagen zu ermöglichen und die erforderliche Auskunft zu erteilen. Die Organe der Behörde und die Sachverständigen haben auf Verlangen einen schriftlichen Nachweis ihrer Ermächtigung vorzulegen.

(6) Der Eigentümer des Baugrundstückes oder der betroffenen Anlage sowie der sonst darüber Verfügungsberechtigten sind, sofern sie nicht ohnehin Adressat der Überprüfungsmaßnahme nach Abs. 5 sind und dies zur Gewährleistung einer effektiven Durchführung der Überprüfung erforderlich ist, verpflichtet, auf Verlangen der Behörde an der Ermöglichung der Überprüfung nach Abs. 5 mitzuwirken.

*) Fassung LGBl.Nr. 29/2011, 44/2013, 11/2014, 47/2017

§ 39**)

Baueinstellung und Gefahrenabwehr

(1) Ergibt eine Überprüfung nach § 38 Abs. 1 lit. a bis c einen Grund zur Beanstandung, so kann die Behörde gegenüber dem Bauherrn oder den Bauausführenden mit Bescheid die Einstellung der beanstandeten Bauausführung verfügen. Falls der Bauherr oder der Bauausführende nicht herangezogen werden kann, kann die Verfügung auch an denjenigen ergehen, der als Eigentümer oder als Bauberechtigter über das Bauwerk oder die sonstige Anlage verfügungsberechtigt ist; dies ist jedoch unzulässig, sofern der Eigentümer oder der Bauberechtigte nachweist, dass er dem Bauvorhaben nicht zugestimmt hat, es nicht geduldet hat und er aus ihm keinen wirtschaftlichen Vorteil ziehen kann.

(2) Von der Einstellungsverfügung werden die zur Herstellung des rechtmäßigen Zustandes notwendigen Maßnahmen nicht betroffen. Die Einstellungsverfügung ist auf Antrag mit Bescheid aufzuheben, sofern der Grund für ihre Erlassung weggefallen ist und eine Wiederaufnahme einer unzulässigen Bauausführung nicht zu erwarten ist.

(3) Wenn Interessen der Sicherheit, der Gesundheit von Menschen oder des Schutzes vor Schäden an Nachbarbauwerken es erfordern, hat die Behörde dem Bauherrn oder den Bauausführenden mit Bescheid die zur Abwehr der Gefahren notwendigen Maßnahmen aufzutragen. Abs. 1 letzter Satz und Abs. 2 letzter Satz gelten sinngemäß.

*) Fassung LGBL.Nr. 44/2013, 47/2017

§ 40*)

Herstellung des rechtmäßigen Zustandes

(1) Ergibt eine Überprüfung nach § 38 Abs. 1 lit. a oder b einen Grund zur Beanstandung, so hat die Behörde – unabhängig von einem Vorgehen nach § 39 – gegenüber dem Bauherrn alternativ nach lit. a oder nach lit. b vorzugehen:

a) Aufforderung, innerhalb eines Monats einen Bauantrag zu stellen, wenn das beanstandete Bauvorhaben oder der beanstandete Teil des Bauvorhabens bewilligungspflichtig ist, oder eine Bauanzeige einzubringen, wenn das beanstandete Bauvorhaben oder der beanstandete Teil des Bauvorhabens anzeigespflichtig ist; oder

b) sofortige Verfügung der Herstellung des rechtmäßigen Zustandes mit Bescheid binnen einer angemessenen festzusetzenden Frist; § 39 Abs. 1 letzter Satz gilt sinngemäß.

(2) Kommt der Bauherr einer Aufforderung nach Abs. 1 lit. a durch Einbringung eines vollständigen Bauantrages bzw. einer vollständigen Bauanzeige nicht nach oder wurde die Baubewilligung versagt bzw. erfolgte aufgrund der Bauanzeige die Untersezung, so hat die Behörde mit Bescheid die Herstellung des rechtmäßigen Zustandes binnen einer angemessenen festzusetzenden Frist zu verfügen. § 39 Abs. 1 letzter Satz gilt sinngemäß.

(3) Wenn ein Bauvorhaben entgegen den Anforderungen des § 15 ausgeführt wird oder Bauprodukte verwendet werden, die den Anforderungen des § 16 nicht entsprechen, hat die Behörde mit Bescheid die Herstellung des rechtmäßigen Zustandes binnen einer angemessenen festzusetzenden Frist zu verfügen. Dies gilt nur, soweit der mit der Herstellung des rechtmäßigen Zustandes verbundene Aufwand nicht unverhältnismäßig ist; die Interessen nach § 39 Abs. 3 müssen jedenfalls gewahrt sein. § 39 Abs. 1 letzter Satz gilt sinngemäß.

(4) Abweichend von den Abs. 1 und 2 können Ankündigungen und Werbeanlagen, für die eine nach diesem Gesetz erforderliche Bewilligung nicht vorliegt, von der Behörde sofort entfernt werden. Die Behörde hat den Eigentümer des entfernten Gegenstandes unverzüglich aufzufordern, diesen zu übernehmen. Wenn der Eigentümer oder sein Aufenthaltsort unbekannt sind, ist durch Anschlag an der Amtstafel der Behörde bekannt zu geben, dass der Gegenstand übernommen werden kann.

(5) Die Kosten der Entfernung und Aufbewahrung eines Gegenstandes nach Abs. 4 sind vom Eigentümer der Behörde zu ersetzen. Die Nichtübernahme von entfernten Gegenständen durch den Eigentümer innerhalb eines Monats nach Aufforderung oder Anschlag an der Amtstafel gilt als Verzicht auf das Eigentum zugunsten der Gemeinde. Für Schäden, die bei der Entfernung von Gegenständen unvermeidbar eintreten, besteht kein Anspruch auf Entschädigung.

(6) Ankündigungen und Werbeanlagen nach § 18 Abs. 2 lit. c und d müssen spätestens zwei Wochen nach dem Ereignis, für das sie angebracht wurden, wieder entfernt werden. Die Abs. 4 und 5 gelten sinngemäß.

*) Fassung LGBL.Nr. 44/2007, 44/2013, 47/2017

§ 41*)

Ausführungsfrist

(1) Die Behörde hat, wenn eine entsprechende Frist nicht bereits im Baubewilligungsbescheid festgesetzt wurde, eine angemessene Frist für die Vollendung des Bauvorhabens festzusetzen, sofern dies Interessen der Sicherheit, der Gesundheit, des Verkehrs, des Schutzes des Orts- und Landschaftsbildes oder des Denkmalschutzes erfordern.

(2) Soweit es die im Abs. 1 genannten Interessen erfordern, kann die Behörde bei nicht fristgerechter Vollendung des Bauvorhabens dem Bauherrn oder, falls dieser nicht herangezogen werden kann, dem Eigentümer oder dem Bauberechtigten mit Bescheid die weitere Ausführung des Bauvorhabens auftragen.

(3) Die Abs. 1 und 2 gelten auch im Falle des Erlöschens der Baubewilligung (§ 31) oder der Berechtigung zur Ausführung des angezeigten Bauvorhabens (§ 34 Abs. 5). Falls die weitere Ausführung aufgetragen wird, gelten die §§ 38 bis 40, 43 und 44 sinngemäß.

*) Fassung LGBL.Nr. 44/2013

§ 42*)

Abschlussarbeiten

(1) Sofort nach Vollendung des Bauvorhabens sind die im Interesse der Sicherheit und des Verkehrs sowie zum Schutz des Orts- und Landschaftsbildes notwendigen Aufräumungsarbeiten und sonstigen Maßnahmen durchzuführen.

(2) Im Falle der Säumigkeit ist dem Bauherrn oder, falls dieser nicht herangezogen werden kann, dem Eigentümer des Baugrundstückes oder dem Bauberechtigten mit Bescheid die Durchführung der Arbeiten nach Abs. 1 innerhalb einer angemessenen festzusetzenden Frist aufzutragen.

*) Fassung LGBL.Nr. 44/2013

7. Abschnitt

Benützung und Erhaltung

§ 43*)

Meldung über die Vollendung des Bauvorhabens

(1) Die Vollendung von Bauvorhaben, die nach § 18 Abs. 1 bewilligungspflichtig sind, ist der Behörde vom Bauherrn innerhalb von zwei Wochen schriftlich zu melden, die Vollendung selbstständig benutzbarer Teile kann auch schon vor Vollendung des gesamten Bauvorhabens gemeldet werden. Allenfalls noch ausständige Befunde gemäß den §§ 29 Abs. 6 erster Satz und 37 Abs. 2 sind der Meldung anzuschließen.

(2) Mit der Meldung über die Vollendung übernimmt der Bauherr der Behörde gegenüber – unabhängig von der Verantwortlichkeit der Bauausführenden (§ 36) und besonderer Fachleute (§§ 29 Abs. 6 und 37) – die Verantwortung für die der Baubewilligung und den Anforderungen nach den §§ 15 und 16 entsprechende Ausführung des Bauvorhabens.

(3) Bei einem Bauvorhaben betreffend Bildungseinrichtungen (wie Kindergärten, Schulen, Volkshausseinrichtungen u.dgl.), Gesundheits- und Sozialeinrichtungen (wie Spitäler, Alten- und Pflegeheime, Ferienheime u.dgl.) oder sonstige Bauwerke oder Anlagen, die allgemein zugänglich und für mindestens 75 Besucher oder Kunden ausgelegt sind, hat die Behörde jedenfalls innerhalb von drei Monaten ab Einlangen der vollständigen Meldung über die Vollendung eine Überprüfung nach § 38 Abs. 1 lit. b und c vorzunehmen.

*) Fassung LGBL.Nr. 78/2017

§ 44*)

Berechtigung zur Benützung

(1) Bei Bauvorhaben, die nicht nach § 18 Abs. 1 bewilligungspflichtig sind, ist die Benützung nach Vollendung des Bauvorhabens zulässig.

(2) Bei nach § 18 Abs. 1 bewilligungspflichtigen Bauvorhaben ist die Benützung zulässig, wenn der Behörde die Meldung über die Vollendung des Bauvorhabens nach § 43 Abs. 1 sowie die Befunde nach den §§ 29 Abs. 6 erster Satz und 37 Abs. 2 vorliegen.

*) Fassung LGBL.Nr. 44/2013, 47/2017, 78/2017

§ 45*)

Erhaltungspflicht

(1) Bauwerke oder sonstige Anlagen, deren Herstellung einer Baubewilligung oder einer Bauanzeige bedurfte, sind vom Eigentümer oder Bauberechtigten nach Maßgabe der

Baubewilligung oder der Bauanzeige in einem Zustand zu erhalten, der den Erfordernissen der Sicherheit und Gesundheit sowie dem Schutz des Orts- und Landschaftsbildes entspricht. Dasselbe gilt sinngemäß für Anlagen, die als freie Bauvorhaben ausgeführt werden durften.

(2) Kinderspielflächen, Grünflächen sowie Einstell- und Abstellplätze, die in der Baubewilligung für ein Bauwerk vorgesehen sind, sind vom Eigentümer oder Bauberechtigten in einem zweckentsprechenden Zustand zu erhalten. Der Eigentümer oder der Bauberechtigte hat dafür zu sorgen, dass die Kinderspielflächen sowie Einstell- und Abstellplätze den Bewohnern bzw. Benutzern rechtlich gesichert und tatsächlich zur Verfügung stehen.

(3) Wenn in der Baubewilligung für ein Bauwerk eine Höchstzahl an Stellplätzen vorgesehen ist, dann hat der Eigentümer oder der Bauberechtigte dafür zu sorgen, dass diese nicht überschritten wird.

(4) Grünanlagen, Bäume und Sträucher, die in der Baubewilligung für ein Bauwerk vorgesehen sind, sind vom Eigentümer oder Bauberechtigten zu pflegen und zu erhalten.

(5) Die Behörde ist berechtigt, jederzeit zu überprüfen, ob ein Eigentümer oder Bauberechtigter den Vorschriften der Abs. 1 bis 4 nachkommt. Hierbei gelten die Vorschriften des § 38 Abs. 5 sinngemäß.

*) Fassung LGBI.Nr. 29/2011

§ 46*)

Instandsetzung

(1) Kommt der Eigentümer oder Bauberechtigte der Erhaltungspflicht nicht nach, so hat die Behörde mit Bescheid die erforderlichen Erhaltungsmaßnahmen (§ 45) zu verfügen und hierfür eine angemessene Frist festzusetzen.

(2) Die Behörde kann vor einer Verfügung nach Abs. 1 die Vorlage von Plänen, Berechnungen und Beschreibungen über den Zustand der zu erhaltenden Bauwerke oder sonstigen Anlagen verlangen. Für die Vorlage solcher Belege ist eine angemessene Frist festzusetzen.

(3) Die Vorschriften der §§ 29 Abs. 5 und 38 bis 40 gelten sinngemäß.

*) Fassung LGBI.Nr. 44/2013

§ 47*)

Beseitigung

(1) Wenn es Interessen der Sicherheit oder der Gesundheit oder des Schutzes des Orts- und Landschaftsbildes erfordert und eine Instandsetzung nach § 46 wirtschaftlich nicht zumutbar ist, hat die Behörde gegenüber dem Eigentümer oder Bauberechtigten mit Bescheid die Beseitigung von Bauwerken, sonstigen Anlagen oder Teilen von solchen zu verfügen. Eine Beseitigung kann auch aufgetragen werden, wenn einer Verfügung zur Instandsetzung (§ 46) trotz Setzung einer angemessenen Nachfrist nicht nachgekommen wird, den mit der Verfügung zur Instandsetzung verfolgten Interessen auch mit der Beseitigung entsprochen wird und andere öffentliche Interessen nicht entgegenstehen.

(2) Die Vorschriften der §§ 29 Abs. 5 und 38 bis 40 gelten sinngemäß.

*) Fassung LGBI.Nr. 44/2013

§ 48*)

Räumung und Aufräumung

(1) Wenn es Interessen der Sicherheit oder der Gesundheit erfordert, hat die Behörde mit Bescheid die Räumung von Gebäuden oder Gebäudeteilen zu verfügen. Die Verfügung der Räumung ist aufzuheben, sobald der Grund hierfür weggefallen ist.

(2) Wird das Orts- und Landschaftsbild durch innerhalb des bebauten Bereiches gelagerte oder abgestellte Gegenstände erheblich beeinträchtigt, kann die Behörde dem Eigentümer des Grundstückes oder dem sonst Verfügungsberechtigten mit Bescheid die zur Beseitigung dieser Beeinträchtigung notwendigen Aufräumarbeiten verfügen.

*) Fassung LGBI.Nr. 44/2013

§ 49*)

Nachträgliche Aufträge

(1) Wird der Behörde bekannt, dass rechtmäßig bestehende Bauwerke für Bildungseinrichtungen (wie Kindergärten, Schulen, Volkshalle, Volkshaus u.dgl.), Gesundheits- und Sozialeinrichtungen (wie Spitäler, Alten- und Pflegeheime, Ferienheime u.dgl.) oder sonstige Bauwerke oder Anlagen, die allgemein zugänglich und für mindestens 75 Besucher oder Kunden ausgelegt sind, die Sicherheit oder die Gesundheit von Menschen durch Brand erheblich gefährden, hat die Behörde mit Bescheid nachträgliche Aufträge zu erteilen, soweit dies zur Beseitigung der Gefährdung erforderlich ist und der damit verbundene Aufwand in einem vertretbaren Verhältnis zum erzielbaren Erfolg steht.

(2) Wird der Behörde bekannt, dass ein rechtmäßig bestehendes Bauwerk oder eine rechtmäßig bestehende sonstige Anlage die in einer Verordnung nach § 15 Abs. 4 festgelegten Anforderungen nicht einhält, hat sie mit Bescheid nachträgliche Aufträge zu erteilen, soweit dies zur Durchsetzung der Anforderungen erforderlich ist.

(3) Die Behörde hat in den nachträglichen Aufträgen nach den Abs. 1 und 2 unter Bedachtnahme auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit angemessene Fristen festzulegen, innerhalb derer sie zu erfüllen sind. Die Vorschriften der §§ 29 Abs. 5 und 38 bis 40 gelten sinngemäß.

*) Fassung LGBI.Nr. 32/2009, 44/2013, 12/2014, 28/2017

8. Abschnitt*)

Datenverarbeitung, Kontroll- und Informationspflichten der Landesregierung, Vorbildwirkung

*) Fassung LGBI.Nr. 22/2014, 37/2018

§ 49a*)

Datenverarbeitung

(1) Die Landesregierung ist ermächtigt, Daten von Energieausweisen und Inspektionsberichten für Heizungs- und Klimaanlagen automationsunterstützt zu verarbeiten, soweit sie benötigt werden

a) zur Verfolgung energiepolitischer Ziele, insbesondere zur Erstellung und Durchführung von Aktionsplänen, die nach dem Recht der Europäischen Union erforderlich sind;

b) zur Überprüfung von Energieausweisen und Inspektionsberichten über Heizungs- oder Klimaanlagen nach § 49b.

(2) Die Landesregierung darf personenbezogene Daten nach Abs. 1 nur übermitteln, soweit dies zur Erfüllung der Übermittlungspflicht nach § 21a Abs. 4 oder zur Überprüfung von Energieausweisen oder Inspektionsberichten über Heizungs- und Klimaanlagen erforderlich ist. Ansonsten darf die Landesregierung solche Daten nur anonymisiert übermitteln.

*) Fassung LGBI.Nr. 22/2014, 37/2018

§ 49b*)

Überprüfung von Energieausweisen und Inspektionsberichten

(1) Die Landesregierung hat unter Berücksichtigung der Vorgaben nach Anhang II (Option a) der Richtlinie 2010/31/EU stichprobenhaft zu überprüfen:

a) Energieausweise, die in der Energieausweisdatenbank (§ 21a) registriert wurden;

b) Inspektionsberichte über Heizungs- und Klimaanlagen, die aufgrund einer Verordnung nach § 15 Abs. 4 erstellt wurden.

(2) Die Landesregierung kann mit der Überprüfung nach Abs. 1 geeignete und nach bundesrechtlichen Vorschriften befugte Personen beauftragen; diese sind dabei an die Weisungen der Landesregierung gebunden.

(3) Die Aussteller von Energieausweisen und Inspektionsberichten, die Eigentümer der Gebäude oder Nutzungseinheiten, auf die sich der Energieausweis bezieht, und die Verfügungsberechtigten der betreffenden Heizungs- und Klimaanlagen haben den von der Landesregierung beauftragten Organen sowie den zugezogenen Sachverständigen auf Verlangen

die zur Überprüfung der Energieausweise und Inspektionsberichte erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Der § 38 Abs. 5 letzter Satz gilt sinngemäß.

*) Fassung LGBL.Nr. 22/2014

§ 49c*)

Information

Soweit nicht von anderer Seite Vorsorge getroffen wird, hat die Landesregierung dafür zu sorgen, dass

- a) Eigentümer und Nutzer von Gebäuden oder Gebäudeteilen auf geeignete Weise über die verschiedenen Methoden und praktischen Verfahren zur Verbesserung der Gesamtenergieeffizienz informiert werden; dabei ist auch über Energieausweise und Inspektionsberichte über Heizungs- und Klimaanlagen und die zur Verbesserung der Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden zur Verfügung stehenden Finanzinstrumente zu informieren;
- b) Informationen über die Nettovorteile, die Kosten und die Energieeffizienz von Anlagen und Systemen für die Nutzung von Wärme, Kälte und Elektrizität aus erneuerbaren Energien bereitgestellt werden;
- c) geeignete Anleitungen und Schulungen für Energieberater zur Verfügung stehen; auf die optimale Kombination von möglichen Energieeffizienzverbesserungen, der Nutzung erneuerbarer Energien und dem Einsatz von Fernwärme und -kälte bei der Planung, der Errichtung und der Renovierung von Gebäuden ist dabei besonders zu achten;
- d) den relevanten Marktteilnehmern, insbesondere Ingenieurbüros und Ziviltechnikern einschlägiger Fachrichtungen, erforderlichenfalls Leitlinien zur Verfügung stehen, damit diese in der Lage sind, bei der Planung, der Errichtung und der Renovierung von Gebäuden die optimale Kombination von erneuerbaren Energien, hocheffizienten Technologien und Fernwärme und -kälte sachgerecht in Erwägung zu ziehen.

*) Fassung LGBL.Nr. 22/2014

§ 49d*)

Vorbildfunktion

(1) Das Land und die Gemeinden haben im Hinblick auf die Verbesserung der Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden und die Nutzung erneuerbarer Energien eine Vorbildfunktion.

(2) Die Landesregierung hat durch Verordnung nähere Bestimmungen zur Vorbildfunktion nach Abs. 1 zu erlassen, soweit dies zur Umsetzung des Rechts der Europäischen Union erforderlich ist.

*) Fassung LGBL.Nr. 22/2014

9. Abschnitt*)

Behörden-, Verfahrens- und Strafbestimmungen

*) Fassung LGBL.Nr. 22/2014

§ 50*)

Behörden

(1) Behörde im Sinne dieses Gesetzes ist, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, der Bürgermeister.

(2) Die Bezirkshauptmannschaft ist Behörde im Sinne dieses Gesetzes, wenn

- a) sich ein Bauvorhaben auf das Gebiet von zwei oder mehreren Gemeinden erstreckt;
- b) in das Ermittlungsverfahren Grundflächen einzubeziehen sind, die in zwei oder mehreren Gemeinden liegen;
- c) sich das Bauvorhaben auf Grundflächen an der Staatsgrenze bezieht;
- d) es sich um ein Bauvorhaben im Bodensee handelt.

*) Fassung LGBL.Nr. 22/2014, 44/2013

§ 50a*)

Besonderes Verfahren zum Schutz des Orts- und Landschaftsbildes

(1) Die Landesregierung kann durch Verordnung bestimmen, welche Bauvorhaben aufgrund von Art, Größe oder Form die Interessen des Schutzes des Orts- und Landschaftsbildes besonders berühren können. Bei solchen Bauvorhaben ist im Falle eines Antrags auf Baugrundlagenbestimmung, auf Durchführung einer Vorprüfung oder auf Erteilung einer Baubewilligung im Hinblick auf die zu wahren Interessen des Schutzes des Orts- und Landschaftsbildes ein Gutachten des einschlägigen Amts-sachverständigen beim Amt der Landesregierung einzuholen.

(2) Ein Bescheid über die Baugrundlagenbestimmung (§ 3), die Vorprüfung (§ 23) oder die Baubewilligung (§ 28) betreffend ein Bauvorhaben nach Abs. 1 ist binnen zwei Wochen nach seiner Erlassung der Landesregierung vorzulegen, die dagegen Beschwerde beim Landesverwaltungsgericht (Art. 132 B-VG) wegen Verletzung der Bestimmungen über den Schutz des Orts- und Landschaftsbildes erheben kann.

(3) Die Landesregierung hat das Recht, gegen die Entscheidung des Landesverwaltungsgerichtes Revision beim Verwaltungsgerichtshof zu erheben (Art. 133 B-VG).

*) Fassung LGBL.Nr. 34/2008, 44/2013

§ 50b*)

Aufschiebende Wirkung

Beschwerden beim Landesverwaltungsgericht gegen Bescheide nach den §§ 39 Abs. 1 und 3, 40 Abs. 1 lit. b, 2 und 3 und 44 Abs. 3 haben keine aufschiebende Wirkung. Die Behörde hat jedoch auf Antrag des Beschwerdeführers die aufschiebende Wirkung mit Bescheid zuzuerkennen, wenn dem nicht zwingende öffentliche Interessen entgegenstehen und nach Abwägung der berührten öffentlichen Interessen, der Interessen der Nachbarn und der Interessen des Antragstellers für den Antragsteller mit dem Ausschluss der aufschiebenden Wirkung ein unverhältnismäßiger Nachteil verbunden wäre. Über die Beschwerde, der keine aufschiebende Wirkung zukommt, ist spätestens nach drei Monaten zu entscheiden.

*) Fassung LGBL.Nr. 47/2017, 34/2018

§ 51

Eigener Wirkungsbereich der Gemeinde

Die in diesem Gesetz geregelten Aufgaben der Gemeinde sind solche des eigenen Wirkungsbereiches.

§ 52*)

Dingliche Wirkung

Allen Entscheidungen nach diesem Gesetz – ausgenommen jenen nach § 55 – kommt insofern eine dingliche Wirkung zu, als daraus erwachsene Rechte auch vom Rechtsnachfolger geltend gemacht werden können und daraus erwachsene Pflichten auch vom Rechtsnachfolger zu erfüllen sind. Der Rechtsvorgänger ist verpflichtet, dem Rechtsnachfolger alle erforderlichen Auskünfte zu erteilen und alle bezüglichen Unterlagen auszufügen.

*) Fassung LGBL.Nr. 44/2013

§ 53*)

Zwangsbefugnisse ohne vorausgegangenes Verfahren

(1) Bei Gefahr im Verzug betreffend die Interessen der Sicherheit und der Gesundheit ist zur Herstellung des in den Vorschriften der §§ 38 Abs. 5, 39 Abs. 1 und 3, 40 Abs. 1 lit. b, 2 und 3, 47 und 48 Abs. 1 geforderten Zustandes die Anwendung von Zwangsbefugnissen ohne vorausgegangenes Verfahren zulässig.

(2) Unabhängig vom Vorliegen der Voraussetzungen nach Abs. 1 kann die Behörde, wenn eine Bauausführung trotz verfügbarer Baueinstellung nach § 39 Abs. 1 oder entgegen einer Verfügung zur Herstellung des rechtmäßigen Zustandes nach § 40 Abs. 1 lit. b, 2 oder 3 fortgesetzt wird, den Ort der Bauausführung absperren, versiegeln oder auf sonst geeignete Art und Weise unzugänglich machen.

(3) Die Zwangsmaßnahmen nach Abs. 1 und 2 sind auf Antrag zu beendigen, wenn der Grund für ihre Anwendung weggefallen ist und – im Falle der §§ 39 und 40 – die Wiederaufnahme einer unzulässigen Bauausführung nicht zu erwarten ist.

(4) Erwachsen der Behörde durch Maßnahmen nach Abs. 1 bis 3 dabei Kosten, so sind diese dem Verpflichteten durch Bescheid zum Ersatz vorzuschreiben.

*) Fassung LGBl.Nr. 47/2017, 78/2017

§ 54*)

Mitwirkung der Bundespolizei

Die Bundespolizei hat der Behörde über ihr Ersuchen zur Sicherung der Ausübung der Überwachungsbefugnisse (§ 38 Abs. 5 sowie §§ 45 Abs. 5, 46 Abs. 3, 47 Abs. 2 und 49 Abs. 3, jeweils in Verbindung mit § 38 Abs. 5) und der Zwangsbefugnisse (§ 53) im Rahmen ihres gesetzlichen Wirkungsbereiches Hilfe zu leisten.

*) Fassung LGBl.Nr. 27/2005, 29/2011, 47/2017

§ 55*)

Strafen

- (1) Eine Übertretung begeht, wer
 - a) Bauvorhaben nach § 18 ohne Baubewilligung oder Bauvorhaben nach § 19 ohne Berechtigung (§ 34) ausführt; dazu zählt auch die wesentliche Änderung der Verwendung eines Gebäudes ohne Baubewilligung;
 - b) Bauvorhaben entgegen den aufgrund dieses Gesetzes durch Verordnung erlassenen Vorschriften ausführt;
 - c) gegen Auflagen oder Anordnungen verstößt, die in der Baubewilligung oder in der Entscheidung über die Freigabe vorgeschrieben wurden;
 - d) Verpflichtungen aufgrund der §§ 10, 12, 40 Abs. 6 oder 45 Abs. 2 letzter Satz und 3 nicht erfüllt;
 - e) die Inanspruchnahme eines Grundstückes oder Bauwerkes entgegen § 14 Abs. 1 und 2 verweigert;
 - f) eine unrichtige Bestätigung nach den §§ 25 Abs. 3 oder 32 Abs. 4 oder einen falschen Befund nach den §§ 29 Abs. 6 erster Satz oder 37 Abs. 2 abgibt;
 - g) Bauvorhaben durch Unbefugte ausführen lässt (§ 36 Abs. 1) oder als Bauausführender dem § 36 Abs. 2 bis 4 zuwiderhandelt;
 - h) Überprüfungen nach § 37 Abs. 1 oder Überprüfungen, die in aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen vorgesehen sind, nicht durchführen lässt, oder Organen und Sachverständigen gemäß den §§ 38 Abs. 5 und 45 Abs. 5 den Zutritt oder Auskünfte verweigert oder als Eigentümer oder sonst Verfügungsberechtigter der Mitwirkungspflicht nach § 38 Abs. 6 nicht nachkommt;
 - i) die nach § 39 Abs. 1 eingestellte Bauausführung fortsetzt oder fortführen lässt;
 - j) Verfügungen oder Aufträge nach den §§ 39 Abs. 3, 40 Abs. 1 lit. b, 2 und 3, 41 Abs. 2 und 3, 42 Abs. 2, 46 Abs. 1 und 3, 47 Abs. 1 und 2, 48 oder 49 nicht befolgt;
 - k) Meldungen nach § 43 Abs. 1, einschließlich der dort genannten Befunde, nicht fristgerecht erstattet;
 - l) Bauwerke, sonstige Anlagen oder Teile davon entgegen den Vorschriften des § 44 benützt oder einen Bescheid nach § 44 Abs. 3 in der Fassung vor LGBl.Nr. 78/2017 nicht befolgt;
 - m) Bauwerke oder Teile davon entgegen einer Benützungsbewilligung nach § 45 des Baugesetzes in der Fassung vor LGBl.Nr. 52/2001 benützt;
 - n) Auskünfte nach § 49b Abs. 3 nicht erteilt.
- (2) Übertretungen nach Abs. 1 lit. a, i und j sind von der Bezirkshauptmannschaft mit einer Geldstrafe bis zu 28.000 Euro, sonstige Übertretungen nach Abs. 1 mit einer Geldstrafe bis zu 14.000 Euro zu bestrafen.
- (3) Der Versuch ist strafbar.

(4) Übertretungen nach Abs. 1 lit. a bis d und i sind, solange der dadurch geschaffene rechtswidrige Zustand anhält, Dauerdelikte.

*) Fassung LGBl.Nr. 44/2007, 32/2009, 29/2011, 44/2013, 22/2014, 47/2017, 78/2017

10. Abschnitt*)

Schlussbestimmungen

*) Fassung LGBl.Nr. 22/2014

§ 56*)

Übergangsbestimmungen

(1) Bewilligungen und sonstige Berechtigungen zur Ausführung von Bauvorhaben aufgrund der bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes geltenden Vorschriften bleiben bestehen. § 28 Abs. 6, § 30 Abs. 3 zweiter Satz, § 31, § 34 Abs. 5 und die §§ 35 bis 49 sind auf derartige Bauvorhaben sinngemäß anzuwenden, soweit nicht Abs. 2 zur Anwendung gelangt.

(2) Baubewilligungs- und Bauanzeigerverfahren in Angelegenheiten dieses Gesetzes, die vor dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes bereits eingeleitet wurden, sind nach den bisher geltenden Vorschriften zu beenden. Sonstige vor dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes bereits eingeleitete Verfahren in Angelegenheiten dieses Gesetzes sind nach den bisher geltenden Vorschriften zu beenden, wenn sie im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes in erster Instanz bereits abgeschlossen sind.

(3) Veränderungen der Geländeoberfläche durch eine Bauführung vor Inkrafttreten dieses Gesetzes gelten nicht als Veränderungen im Sinne des § 5 Abs. 4 zweiter Satz. Dasselbe gilt für Veränderungen der Geländeoberfläche durch eine Bauführung nach Inkrafttreten dieses Gesetzes, sofern sie aufgrund einer Baubewilligung, die nach den bisher geltenden Vorschriften erteilt wurde, erfolgt ist.

(4) Oberirdische Gebäude, die nach den bisher geltenden Vorschriften bewilligt wurden, haben auf dem Baugrundstück und bis zur Mitte einer angrenzenden öffentlichen Verkehrsfläche Abstandsflächen nach den Vorschriften dieses Gesetzes. Dasselbe gilt für nach den bisher geltenden Vorschriften bewilligte sonstige oberirdische Bauwerke, sofern sie Wände mit einer Höhe von mehr als 3,5 m über dem Gelände haben oder Flugdächer u.dgl. mit einer solchen Höhe sind.

(5) Soweit im Raumplanungsgesetz und in den auf seiner Grundlage ergangenen Verordnungen Begriffe verwendet werden, die im § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes angeführt sind, sind sie im Sinne der genannten Gesetzesbestimmung zu verstehen.

(6) In Baubewilligungsverfahren, die vor dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes über eine Änderung des Baugesetzes, LGBl.Nr. 32/2009, eingeleitet wurden, und in daran anknüpfenden Verfahren vor Verschreibung einer Ausgleichsabgabe sind die Bestimmungen der §§ 10 und 11 in der Fassung vor LGBl.Nr. 32/2009 anzuwenden.

(7) In Baubewilligungsverfahren, die vor dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes über eine Änderung des Baugesetzes, LGBl.Nr. 32/2009, eingeleitet wurden, ist § 26 Abs. 1 in der Fassung vor LGBl.Nr. 32/2009 anzuwenden.

(8) Am 31. Dezember 2013 beim ordentlichen Gericht anhängige Entschädigungsverfahren nach § 14 sind nach den Vorschriften vor LGBl.Nr. 44/2013 zu beenden.

(9) Die Baubewilligung für eine wesentliche Änderung der Verwendung eines Gebäudes im Sinne des § 2 Abs. 1 lit. p letzter Teilsatz in der Fassung LGBl.Nr. 47/2017, die bereits vor Inkrafttreten der genannten Novelle erfolgt ist, ist spätestens sechs Monate nach Inkrafttreten der Novelle zu beantragen. In einem aufgrund eines solchen Antrages durchzuführenden Baubewilligungsverfahren ist lediglich zu prüfen, ob die für die Tätigkeit erforderliche Berechtigung nach Wetten- oder Glücksspielrecht (§ 24 Abs. 3 lit. e) vorliegt. Wird bis zum Ablauf der Frist kein vollständiger Antrag eingebracht, so ist die fortgesetzte wesentliche Veränderungsänderung ab diesem Zeitpunkt rechtswidrig und strafbar nach § 55 Abs. 1 lit. a.

*) Fassung LGBl.Nr. 32/2009, 44/2013, 47/2017, 78/2017

§ 57*)

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Dieses Gesetz, LGBl.Nr. 52/2001, tritt am 1. Jänner 2002 in Kraft.

(2) Verordnungen aufgrund dieses Gesetzes, LGBl.Nr. 52/2001, können von dem der Kundmachung dieses Gesetzes folgenden Tag an erlassen werden. Sie dürfen jedoch frühestens mit diesem Gesetz in Kraft treten.

(3) Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes, LGBl.Nr. 52/2001, treten außer Kraft:

a) das Baugesetz, LGBl.Nr. 39/1972, 33/1976, 34/1981, 2/1982, 47/1983, 34/1994, 15/1996, 72/1997, 64/2000;

b) Artikel II bis V des Gesetzes über eine Änderung des Raumplanungsgesetzes, LGBl.Nr. 34/1996.

(4) Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes, LGBl.Nr. 52/2001, werden dem Katastrophenhilfegesetz, LGBl.Nr. 47/1979, in der Fassung LGBl.Nr. 33/1999, eingefügt:

a) als § 9a der bisherige § 16 des Baugesetzes, LGBl.Nr. 39/1972, mit der Maßgabe, dass es im Abs. 1 statt „Behörde“ zu lauten hat „Gemeinde“;

b) als § 30a der bisherige § 15 des Baugesetzes, LGBl.Nr. 39/1972;

c) im § 36 Abs. 1 lit. f vor „13 Abs. 3“ der Einschub „9a Abs. 1.“.

(5) Für den Fall, dass der § 54 oder einzelne seiner Teile nicht kundgemacht werden können, ist dieses Gesetz ohne diese Bestimmung oder ohne diese Teile kundzumachen.

(6) Art. LXXIX des Landesverwaltungsgerichts-Anpassungsgesetzes – Sammelnovelle, LGBl.Nr. 44/2013, tritt am 1. Jänner 2014 in Kraft.

(7) Der § 20a in der Fassung LGBl.Nr. 69/2021, tritt am 1. Jänner 2023 außer Kraft; bis dahin erlangte Berechtigungen nach § 20a in der Fassung LGBl.Nr. 69/2021 erlöschen am 31. Dezember 2023.

(8) Art. XXIII des Gesetzes zur Deregulierung und Verwaltungsvereinfachung 2017 – Sammelgesetz, LGBl.Nr. 78/2017, tritt am 1. Jänner 2018 in Kraft.

(9) Art. X des Gesetzes zur Änderung des Gemeinderechts – Sammelnovelle, LGBl.Nr. 34/2018, tritt am 1. Jänner 2019 in Kraft.

(10) Soweit aufgrund des § 100 Abs. 10 bis 14 des Gemeindegesetzes in der Fassung LGBl.Nr. 34/2018 ein Berufungsverfahren durchzuführen ist, bleibt § 50b in der Fassung vor LGBl.Nr. 34/2018 weiter anzuwenden.

(11) Bis zum Ablauf des 31. Dezember 2020 im Rahmen der Sonderbestimmungen aufgrund von Maßnahmen zur Bekämpfung von COVID-19 erlangte Berechtigungen nach § 58 Abs. 1 in der Fassung LGBl.Nr. 19/2020 erlöschen mit Ablauf des 31. Dezember 2021.

(12) In der Zeit zwischen dem 1. Jänner 2021 bis zum Ablauf des 31. Juli 2021 im Rahmen der Sonderbestimmungen aufgrund von Maßnahmen zur Bekämpfung von COVID-19 erlangte Berechtigungen nach § 58 Abs. 1 in der Fassung LGBl.Nr. 91/2020 erlöschen mit Ablauf des 31. Juli 2022.

(13) In der Zeit zwischen dem 1. August 2021 bis zum Ablauf des 31. Dezember 2021 im Rahmen der Sonderbestimmungen aufgrund von Maßnahmen zur Bekämpfung von COVID-19 erlangte Berechtigungen nach § 58 Abs. 1 in der Fassung LGBl.Nr. 91/2020 erlöschen mit Ablauf des 31. Dezember 2022.

(14) In der Zeit zwischen dem 1. Jänner 2022 bis zum Ablauf des 31. Juli 2022 im Rahmen der Sonderbestimmungen aufgrund von Maßnahmen zur Bekämpfung von COVID-19 erlangte Berechtigungen nach § 58 Abs. 1 in der Fassung LGBl.Nr. 91/2020 erlöschen mit Ablauf des 31. Juli 2023.

*) Fassung LGBl.Nr. 44/2013, 37/2015, 8/2017, 78/2017, 34/2018, 19/2020, 91/2020, 50/2021, 69/2021, 83/2021

§ 58*)

Sonderbestimmungen aufgrund von Maßnahmen zur Bekämpfung von COVID-19

(1) Bauvorhaben betreffend medizinische Versorgungseinrichtungen für an COVID-19 Erkrankte und Krankheitsverdächtige, Bauvorhaben betreffend Notspitäler zur Behandlung von COVID-19 Erkrankten, Bauvorhaben betreffend Krankenanstalten im Anwendungsbereich des § 110 des Spitalgesetzes in der Fassung LGBl.Nr. 19/2020 sowie Veränderungen nach § 39 Abs. 1 des Schulerhaltungsgesetzes in der Fassung LGBl.Nr. 91/2020, die vom Land, einer Gemeinde oder von diesen herangezogenen Dritten ausgeführt werden, sind abweichend von den

§§ 18 bis 20 sowie den bau- und raumplanungsrechtlichen Vorschriften frei und zulässig, sofern zumindest

a) die Abstandsflächen und Mindestabstände eingehalten werden und

b) die Interessen der Sicherheit und Gesundheit soweit gewahrt werden, als dies im Hinblick auf die Erfordernisse einer raschen und effektiven Bekämpfung von COVID-19 unter Berücksichtigung der Kosten zumutbar ist.

(2) Die Möglichkeit, für ein Bauvorhaben nach Abs. 1, das nach den §§ 18 und 19 bewilligungspflichtig wäre, einen Bewilligungsantrag zu stellen oder eine Bauanzeige einzubringen, bleibt unberührt.

(3) Art. XXX der COVID-19-Sammelnovelle, LGBl.Nr. 19/2020, tritt rückwirkend mit 16. März 2020 in Kraft.

(4) Art. XXXII der 2. COVID-19-Sammelnovelle, LGBl.Nr. 91/2020, tritt, mit Ausnahme der Änderung des § 58 Abs. 1, am 31. Dezember 2020 in Kraft; die Änderung des § 58 Abs. 1 tritt rückwirkend mit 7. Dezember 2020 in Kraft.

(5) Art. XXXI der 3. COVID-19-Sammelnovelle, LGBl.Nr. 50/2021, tritt am 31. Juli 2021 in Kraft.

(6) Art. XIV der 4. COVID-19-Sammelnovelle, LGBl.Nr. 83/2021, tritt am 31. Dezember 2021 in Kraft.

(7) Der § 58 in der Fassung des Art. XXX der COVID-19-Sammelnovelle, LGBl.Nr. 19/2020, des Art. XXXII der 2. COVID-19-Sammelnovelle, LGBl.Nr. 91/2020, des Art. XXXI der 3. COVID-19-Sammelnovelle, LGBl.Nr. 50/2021, und des Art. XIV der 4. COVID-19-Sammelnovelle, LGBl.Nr. 83/2021, tritt mit Ablauf des 31. Juli 2022 außer Kraft.

*) Fassung LGBl.Nr. 19/2020, 91/2020, 50/2021



Gemeindeamt Gaschurn

6793 Gaschurn / Dorfstraße 2 / Hochmontafon – Österreich
Tel. +43(0)5558/8202, Fax +43(0)5558/8202-19
email: gemeinde@gaschurn.at
www.gaschurn-partenen.at

Der Bauantrag

Die Erteilung der Baubewilligung ist bei der Behörde schriftlich zu beantragen. Der Antrag hat Art, Lage und Umfang und die beabsichtigte Verwendung des Bauvorhabens anzugeben (§ 1 der Baueingabeverordnung). Dem Bauantrag ist das AGWR II – Datenblatt beizulegen (Formular ist beigelegt). Die restlichen notwendigen Beilagen sind unter § 1 der Baueingabeverordnung (1) angeführt.

Der Bauantrag nach § 1 der Baueingabeverordnung:

§ 1 Abs. 1 Dem Bauantrag sind anzuschließen:

- a) der Nachweis des Eigentums oder Baurechtes am Baugrundstück oder, wenn der Antragsteller nicht selbst Eigentümer oder bauberechtigt ist, die Zustimmung des Eigentümers bzw. Bauberechtigten,
- b) Pläne nach § 2, eine Baubeschreibung nach § 3 sowie die zur Beurteilung des Bauvorhabens erforderlichen Berechnungen,
- c) der Energieausweis nach § 4, sofern nicht eine Ausnahme nach Abs. 4 besteht; dieser ist jedenfalls auch elektronisch zu übermitteln,
- d) der Nachweis der Einhaltung der Anforderungen nach § 40a Abs. 5 lit. f und g der Bautechnikverordnung,
- e) der Nachweis einer rechtlich gesicherten Verbindung des Baugrundstückes mit einer öffentlichen Verkehrsfläche gemäß § 4 Abs. 2 BauG,
- f) ein Verzeichnis der Nachbarn (§ 2 Abs. 1 lit. k BauG) unter Angabe der Anschriften und der Grundstücksnummern der Nachbargrundstücke, sofern diese Angaben nicht im Lageplan enthalten sind,
- g) gegebenenfalls ein Gutachten über die Einsetzbarkeit hocheffizienter alternativer Energiesysteme nach Punkt 5.2 der OIB-Richtlinie 6, Energieeinsparung und Wärmeschutz, Ausgabe März 2015.

§ 1 Abs. 4 Ein Energieausweis ist nicht erforderlich bei

- a) Bauvorhaben betreffend Gebäude, für die die Anforderungen der Bautechnikverordnung an Energieeinsparung und Wärmeschutz nicht gelten (§ 40a Abs. 5 der Bautechnikverordnung),
- b) Bauvorhaben betreffend den Zubau eines verglasten teilkonditionierten Raumes mit einer Netto-Grundfläche von weniger als 50 m² und einer vorgesehenen Raumtemperatur von we-

niger als 20 °C (teilkonditionierte Wintergärten), sofern das Bauvorhaben nicht im Rahmen einer größeren Renovierung erfolgt, und

- c) Bauvorhaben, die auf die Einhaltung der Anforderungen der Bautechnikverordnung an Energieeinsparung und Wärmeschutz keinen Einfluss haben.

§ 1 Abs. 6 Die Pläne, Berechnungen, die Baubeschreibung und die entsprechenden Seiten des Energieausweises nach § 4 Abs. 2 lit. a bis f und Abs. 3 lit. a bis f sind in **dreifacher**, wenn die Bezirkshauptmannschaft zur Erteilung der Baubewilligung zuständig ist, in vierfacher **Ausfertigung vorzulegen**. Je nach Erforderlichkeit für die Begutachtung durch Sachverständige oder die Beteiligung öffentlicher Dienststellen kann die Behörde auf die Vorlage von Ausfertigungen verzichten oder zusätzliche verlangen.

§ 1 Abs. (7) Die Pläne, die Baubeschreibung, die Berechnungen und der Energieausweis sind von demjenigen zu unterfertigen, der sie verfasst hat.

Die richtige Planeinreichung

Dem Bauantrag sind folgende Pläne anzuschließen:

(1) Übersichtsplan im Maßstab der Katastermappe, hat zu enthalten:

- a) Baugrundstück, das Bauvorhaben und den Baubestand im Umkreis von wenigstens 50 m um das Bauvorhaben mit den Grundstücksnummern
- b) die Nordrichtung und den Maßstab

(2) Lageplan im Maßstab 1:500, hat zu enthalten:

- a) das Baugrundstück und die Nachbargrundstücke mit den Grundstücksnummern und den Namen der Grundstückseigentümer,
- b) allfällige Grenzen zwischen verschiedenen Widmungen des Flächenwidmungsplanes und, soweit solche festgelegt sind, die Baugrenzen oder Baulinien (§ 2 Abs. 1 lit. b und d BauG),
- c) die auf dem Baugrundstück und den Nachbargrundstücken bestehenden Gebäude,
- d) die bestehenden und geplanten öffentlichen Verkehrsflächen mit ihrer Breite und Bezeichnung,
- e) die Verbindung des Baugrundstückes zu öffentlichen Verkehrsflächen,
- f) die Draufsicht auf das Bauvorhaben mit den Dachvorsprüngen und allen ober- und unterirdischen Außenwänden, deren Hauptmaße sowie deren Abstände zu den Grundstücksgrenzen,
- g) die Anordnung und die Abmessungen der Abstellplätze für Kraftfahrzeuge sowie die Anordnung und das Flächenausmaß der Kinderspielplätze,

- h) die Anordnung der Grünflächen einschließlich der Bepflanzung,
- i) die Nordrichtung und den Maßstab.

(3) Grundrisse im Maßstab 1:100, haben zu enthalten:

- a) die Darstellung und die Maße der Wände und der Tragkonstruktionen, der Tür- und Fensteröffnungen, der Stiegen und Rampen, der Abgasanlagen sowie sonstiger Schächte, der Feuerstätten und der ortsfesten Lagerbehälter für flüssige Brennstoffe, der ortsfesten Maschinen und sonstigen ortsfesten technischen Einrichtungen sowie der Anlagen für die Abwasser- und Oberflächenwasserbeseitigung,
- b) die Anzahl, Höhe und Breite der Stufen von Stiegen sowie die Gehlinie,
- c) die Zweckwidmung der Räume sowie deren Nutzflächen,
- d) die Anordnung der Einstellplätze und deren Abmessungen,
- e) den Umriss der nach den §§ 5 und 6 BauG erforderlichen Abstandsflächen und Mindestabstände mit den Grundstücksgrenzen; der Umriss kann auch in einem eigenen Plan im Maßstab von mindestens 1:200 dargestellt werden,
- f) die Nordrichtung und den Maßstab.

(4) Schnitte im Maßstab 1:100, haben zu enthalten:

- a) die Höhenlage, bezogen auf die absolute Höhe über dem Meeresspiegel oder auf einen unveränderlichen Fixpunkt,
- b) den Verlauf des Geländes in der Schnittebene vor und nach der Bauführung; wenn die Geländeoberfläche nach dem 31. Dezember 2001 durch eine Bauführung, die nicht nach dem Baugesetz in der Fassung vor LGBl. Nr. 52/ 2001 bewilligt wurde, oder im Hinblick auf eine beabsichtigte Bauführung verändert wurde, ist auch der Verlauf des Geländes vor dieser Veränderung anzugeben; untergeordnete Geländeerhebungen und -vertiefungen sind nicht zu berücksichtigen; im Falle einer Verfügung nach den §§ 3 Abs. 5 oder 29 Abs. 2 BauG ist von der verfügten Geländeoberfläche auszugehen,
- c) die Wände, Decken und sonstigen Tragkonstruktionen sowie die Stiegen, Rampen, Abgasanlagen sowie Dachaufbauten,
- d) die Höhenmaße aller nach lit. c erforderlichen Darstellungen einschließlich der Deckenstärken, der lichten Geschoßhöhen, der Dachneigungen, der Stufenverhältnisse bei Stiegen und des Gefälles bei Rampen,
- e) die Feuerstätten und ortsfesten Behälter für flüssige Brennstoffe,
- f) den Maßstab.

(5) Ansichten im Maßstab 1:100, haben zu enthalten:

- a) die äußeren Ansichten des Bauvorhabens, bei Zubauten einschließlich der Ansichten des Altbestandes; runde und sonstige nicht rechteckige Fassadenteile sind auch in ihrer Abwicklung darzustellen,
- b) den Verlauf des anstoßenden Geländes vor und nach der Bauführung; wenn die Geländeoberfläche nach dem 31. Dezember 2001 durch eine Bauführung, die nicht nach dem Baugesetz in der Fassung vor LGBl. Nr. 52/2001 bewilligt wurde, oder im Hinblick auf eine beabsichtigte Bauführung verändert wurde, ist auch der Verlauf des Geländes vor dieser Verän-

derung anzugeben; untergeordnete Geländeerhebungen und -vertiefungen sind nicht zu berücksichtigen; im Falle einer Verfügung nach den §§ 3 Abs. 5 oder 29 Abs. 2 BauG ist von der verfügbaren Geländeoberfläche auszugehen,

c) den Maßstab.

Inhalt der Baubeschreibung

Die Baubeschreibung hat alle zur Beurteilung des Bauvorhabens erforderlichen Angaben zu enthalten, die aus den Plänen nicht ersichtlich sind. Dazu zählen Angaben über:

- a) die im Flächenwidmungsplan für das Baugrundstück festgelegte Widmung,
- b) das Ausmaß der Nettogrundfläche (NGF) entsprechend der Baubemessungsverordnung,
- c) das Ausmaß der Geschossfläche entsprechend der Baubemessungsverordnung,
- d) das festgesetzte und das geplante Maß der baulichen Nutzung entsprechend der Baubemessungsverordnung,
- e) das Ausmaß der überbauten Fläche entsprechend der Baubemessungsverordnung,
- f) das Ausmaß des umbauten Raumes nach ÖNORM,
- g) die Art der Verbindung mit den öffentlichen Verkehrsflächen, der Wasserversorgung sowie der Abwasser-, Oberflächenwasser- und Abfallbeseitigung, der Elektrizitätsversorgung, der Gasversorgung, der Warmwasser-Wärmebereitstellung und die Art der Warmwasseraufbereitung,
- h) die Beschaffenheit des Baugrundes und die Art der Gründung des Bauwerkes,
- i) die Art der Ausführung aller wesentlichen Bauteile, Fundamente, Wände, Dachkonstruktionen, Decken, Stiegen u.dgl.,
- j) die Art des Schallschutzes,
- k) die Art der Feuchtigkeitsisolierung der unter dem Gelände liegenden Bauteile sowie von Flachdächern,
- l) das Material und die Farbe von Dachhaut, Außenwänden, Vordach- und Balkonverkleidungen u.dgl.,
- m) die Art der Türen, Fenster und sonstigen Belichtungsöffnungen sowie des Sonnenschutzes,
- n) die Art der Fußbodenbeläge in Aufenthaltsräumen, Nassräumen, Stiegenhäusern und Verbindungsgängen,
- o) die Art der Abgasanlagen und deren lichte Querschnitte,
- p) die Art der Heizung und des zur Verwendung kommenden Heizmaterials, die Kessel- und Brennertypen, die Heizleistung in kW, die Sicherungen gegen Zündschläge, Überfüllungen der Lagerbehälter und Brände, die Bauart, den Werkstoff und die Größe der Lagerbehälter sowie der Rohrleitungen, bei Wärmepumpen überdies die Art und Menge des verwendeten Kältemittels,
- q) die Art und Größe der Lüftungs- und Klimaanlage, die Luft-, Wärme- bzw. Kälteleistungen sowie Drehzahlen der dazugehörigen Aggregate, die Lage der Ansaug- und Ausblasöffnungen, die Art und Menge des verwendeten Kältemittels,

- r) die Art der zur Aufstellung kommenden ortsfesten Maschinen bzw. sonstigen ortsfesten technischen Einrichtungen im Sinne des § 18 Abs. 1 lit. e BauG sowie deren Verwendungszweck, die Fundierung, Art, Drehzahl und Leistung des Antriebsaggregates bei Verbrennungskraftmaschinen, die Größe der Treibstoffbehälter sowie die Abgasführung,
- s) die vorgesehenen Maßnahmen zum Schutz gegen Blitzschlag und gegen Brandgefahr (z.B. Feuerlöscher, Brandmelde- und Sprinkleranlagen),
- t) die vorgesehenen Brandschutzmaßnahmen in den Fällen mit verpflichtendem Brandschutzkonzept gemäß OIB-Richtlinie 2, Brandschutz, Ausgabe März 2015, OIB-Richtlinie 2.1, Brandschutz bei Betriebsbauten, Ausgabe März 2015, OIB-Richtlinie 2.2, Brandschutz bei Garagen, überdachten Stellplätzen und Parkdecks, Ausgabe März 2015, und OIB-Richtlinie 2.3, Brandschutz bei Gebäuden mit einem Fluchtniveau von mehr als 22 m, Ausgabe März 2015, insbesondere mit Angaben zum Brandverhalten von Baustoffen und zum Feuerwiderstand von Bauteilen, zur Verhinderung der Ausbreitung von Feuer und Rauch innerhalb des Bauwerkes (z.B. Brandabschnitte, erste und erweiterte Löschhilfe, technische Brandschutzeinrichtungen, Räume mit erhöhter Brandgefahr), zur Begrenzung der Ausbreitung von Feuer auf andere Bauwerke, zu Flucht- und Rettungswegen, zur Brandbekämpfung und zu organisatorischen Vorkehrungen,
- u) die Ausstattung der Kinderspielplätze,
- v) die Zahl der Stellplätze,
- w) der Beginn und die Dauer der Bauführung,
- x) die Baukostensumme.

Mehrere Informationen erhalten Sie aus der beigelegten Baueingabeverordnung der Vorarlberger Landesregierung. Informationen zum Energieausweis können Sie ebenfalls der Baueingabeverordnung entnehmen.

BAUEINGABE

laut Vorarlberger Baueingabeverordnung LGBl. Nr. 62/2001 i.d.g.F.
laut Vorarlberger Baugesetz LGBl. Nr. 52/2001 i.d.g.F.
Gleichzeitig werden alle weiteren erforderlichen Bewilligungen
für das gegenständliche Vorhaben mitbeantragt.

- Bauantrag
 Bauanzeige
 Planabweichung

An die Behörde

1.1 Antragsteller

Bauwerber/in (Antragsteller/in)

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefonnummer

Adresse für E-Mail-Verständigungen

Zustellbevollmächtigte/r der Grundeigentümer/innen, Antragsteller/innen

PLZ, Ort, Straße

Planverfasser/in

PLZ, Ort, Straße

Eingangsvermerk (Behörde)

1.2 Lage des Baugrundstückes

Grundstück-Nummer(n)

Katastralgemeinde

Größe Baugrundstück(e) (m²) laut BBV

1.3 Eigentümer des Baugrundstückes

Name Grundeigentümer/in

PLZ, Ort, Straße

1.4 Art und Verwendung des Vorhabens

- | | | | |
|---|--|--|---|
| <input type="checkbox"/> Neubau | <input type="checkbox"/> Umbau/Sanierung | <input type="checkbox"/> Zubau | <input type="checkbox"/> Abbruch |
| <input type="checkbox"/> Ein-, Zweifamilienhaus | <input type="checkbox"/> Reihenhaus | <input type="checkbox"/> Wohnanlage | <input type="checkbox"/> Geschäftshaus |
| <input type="checkbox"/> Wohnung/Geschäft | <input type="checkbox"/> Betriebsgebäude | <input type="checkbox"/> landwirt. Gebäude | <input type="checkbox"/> öffentliches Gebäude |
| <input type="checkbox"/> Sonstiges | | | |

Anzahl von Wohn-/Geschäftseinheiten davon ... Geschäfte Betriebsgebäude

Anzahl der Gebäude Wohnungen Sonstiges

1.5 Widmung Baugrundstück(e) (Flächenwidmung)

- Baufläche- Kerngebiet (BK) Betriebsgebiet 1 (BB) Freifläche Landwirtschaft (FL)
 Wohngebiet (BW) Betriebsgebiet 2 (BB) Freifläche Freihaltegebiet (FF)
 Mischgebiet (BM) Vorbehaltsfläche
 Freifläche Sondergebiet (FS)
 Sonstige Widmung

1.6 Der Baueingabe sind folgende Anlagen angeschlossen

- | | | |
|--|---|--|
| <input type="checkbox"/> Baupläne (dreifach/vierfach/mehrfach) | <input type="checkbox"/> Verzeichnis der Nachbarn | <input type="checkbox"/> Anlagenbeschreibung(en) (Lüftung, Aufzug, Kran, etc.) |
| <input type="checkbox"/> Projekt-, Nutzungs-, Baubeschreibung | <input type="checkbox"/> Energieausweis | <input type="checkbox"/> Zustimmung(en) zu(r) Abstandsnachsicht(en) |
| <input type="checkbox"/> Vollmacht(en) <input type="checkbox"/> Baurechtsvertrag | <input type="checkbox"/> AGWR Unterlagen | <input type="checkbox"/> Flächenaufstellungen (GGF, WNF, etc.) |
| <input type="checkbox"/> Zustimmung zur Bauführung | <input type="checkbox"/> Grundbuchsauszug | <input type="checkbox"/> AGWR Unterlagen, Verzeichnis Nutzeinheiten |
| <input type="checkbox"/> Sonstiges | | |

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der gemachten Angaben wird bestätigt. Pläne, Baueingabe müssen vom Bauwerber oder dessen Vertretungsbvollmächtigtem und vom Planverfasser unterschrieben sein. E-Mail Verständigungen werden ausschließlich an die unter Punkt 1.1. angeführte E-Mail Adresse versendet.

Ort, Datum

Ort, Datum

Unterschrift des/der **Grundeigentümers/in**
oder dessen/deren bevollmächtigte/n Vertreters/n

Unterschrift des/der **Antragstellers/in**

2.1 Beschreibung des Bauwerkes

(Gründung, Gebäudekonstruktion, Dachform, Fassade, Farbgestaltung, Nutzung, etc...) (ggf. Ergänzungsblatt verwenden).
Ist dieses Formular nicht ausreichend, können gesonderte Bau- und Projektbeschreibungen verfasst werden.

2.2 Zufahrt zum Baugrundstück

Zufahrt über Grundstücksnummer(n) Landesstraße Privatstraße/-weg² Gemeindestraße Dienstbarkeit Genossenschaftsstraße Sonstige

Genauere Bezeichnung, Kontaktperson, Adresse, erforderlich bei Privat-, oder Genossenschaftsstraßen bzw. Sonstige

² Ankreuzen bei „öffentlicher Privatstraße/-weg“ oder nur „Privatstraße/-weg“

2.3 Öffentlich rechtliche Nutzungsbeschränkungen

Denkmalschutz Schutzbereich bei Autobahnen, Schnellstraßen Schutzbereich – Schienenfahrzeuge
 Gefährdungsbereich der Wildbach-/Lawinenverbauung Hochwasserschutz – Wasserwirtschaft
 Schutzbereich Leitungsbetreiber Sonstiges

2.4 Höhenfixierung des Bauwerkes

Bezugspunkt/-niveau (üA) (m) (bezogen auf OK FFB im Erdgeschoss)

2.5 Ver- und Entsorgung Bauvorhaben bzw. Baugrundstück

Wasserversorgung Kommunale Wasserversorgung (Gemeinde, Stadt, etc.) Private Wasserversorgung (Vorlage Prüfattest)
 Wassergenossenschaft

Bezeichnung, Kontaktperson, Adresse, etc.

Abwasserbeseitigung Kommunale Abwasserbeseitigung (Gemeinde, Stadt, etc.) Kleinkläranlage Privat (mit wasserrechtl. Bewilligung)
 wasserdichte Senkgrube landwirtschaftliche Güllegrube

Tagwasserableitung öffentlicher/privater Tagwasserkanal Kanal Mischsystem Kanal Trennsystem
 Versickerung am Baugrundstück (Retentionsbecken) Vorfluter/Gewässereinleitung (Genehmigung)

Elektrische Energie Örtlicher Energieversorger (z.B. VKW, Stadtwerke, E-Werk, etc.)

Privater Energieversorger (z.B. Photovoltaik, Wasserkraftwerk, Blockheizkraftwerk, etc.)

Abfallentsorgung kommunale Entsorgung (Gemeinde, Stadt, etc.) Haushaltsmüll Eigenkompost
 gesondertes Abfallwirtschaftskonzept (siehe Anlage) Gewerbemüll Sonstige

2.6 Energieträger(n) und Wärme-/Kälteversorgung

Brennstoffe Holz Heizöl EL Erdgas Flüssiggas Strom Solarthermie Sonstige

Wärmeerzeugung/Heizung Brenner, Ofen, Herd, etc. Wärmepumpe Strom/Solar Fernwärme

Art der Wärmepumpe(n) Luft (Außen-, Abluft) Grundwasser² Erdwärme² (Bohrung, Fläche, etc.)

Betriebsart der Wärmepumpe Monovalent Bivalent

Sonstige (WP) Kältemitteltyp Menge (kg)

Weitere Energieerzeugung³ Photovoltaik Fläche (m²) Leistung (kWp)

Solarthermie Windkraft Sonstige

Warmwasserbereitung Dezentral Im Sommer Solar Strom direkt Wärmepumpe Heizung/Fernwärme

Zentral Im Winter Solar Strom direkt Wärmepumpe Heizung/Fernwärme

Brennstofflagerung Behälter für Flüssigbrennstofflagerung (Tank, Aufstellungsort, Hersteller, Typ, etc.) Inhalt (Liter)

Behälter für Festbrennstoffe (Behälter, Lager- raum, Aufstellungsort, Hersteller, Typ, etc.) Inhalt (m³)

Lüftung-, Kühl-, Klimaanlage³ Klimaanlage natürliche Be-/Entlüftung kleine mechanische Abluft- systeme (Rohrlüfter, etc.) mechanische Lüftungsanlage

² (Hinweis: Gesonderte wasserrechtliche Bewilligung erforderlich (Zuständige Behörde: jeweilige BH)

³ (Für mechanische Anlagen sind gesonderte Beschreibungs-, Berechnungs- und Planunterlagen erforderlich.)

2.7 Statistische Angaben (STATISTIK AUSTRIA)

Für Bauvorhaben sind zusätzlich die Adress-, Gebäude- und Wohnungsregister (AGWR II) Datenblätter für Gebäude und Nutzeinheiten, ausgefüllt dem Bauansuchen beizulegen.

Die Datenblätter für Gebäude und Geschäfts-, Wohneinheiten können auf der Homepage der Statistik Austria (www.statistik.at) unter der Rubrik „Adress-GWR-Online“ heruntergeladen werden.

Flächenangaben zum Gebäude laut AGWR

Überbaute Grundfläche (m²) Brutto Rauminhalt (m³) Gebäudehöhe (m)

2.8 Berechnungen zum Gebäude

Berechnung der Flächen entsprechend der Vorarlberger Baubemessungsverordnung LGBL.Nr. 29/2010 i.d.g.F. oder gem. ÖNORM B 1800 i.d.g.F. Eine Detailberechnung kann auf gesonderten Beilagen erfolgen.

Vorarlberger Baubemessungsverordnung (BBV)
Bemessungszahlen für das Maß der baulichen Nutzung
LGBL.Nr. 29/2010 i.d.g.F.

ÖNORM B 1800 i.d.g.F.

Nettogrundfläche NGF (m ²)	<input type="text"/>	Nettogeschossfläche NGF (m ²)	<input type="text"/>
Überbaute Fläche ÜBF (m ²)	<input type="text"/>	Bruttogeschossfläche BGF (m ²)	<input type="text"/>
Gesamtgeschossfläche GGF (m ²)	<input type="text"/>	Nutzflächen NF (m ²)	<input type="text"/>
Bauvolumen BAV (m ³)	<input type="text"/>	Bruttorauminhalt ÖN BRI (m ³)	<input type="text"/>

2.9 Bebauungsplan

Baugrundlage Bebauungsplan der Gemeinde, Stadt Vorgabe Baugrundlagenbestimmungen der Gemeinde, Stadt ²
 Teilbebauungsplan vorhanden (Baugrundstück, oder Quartier) ²

Vorgabe Gemeinde, Stadt ³ Bauflächenzahl (BFZ) Baunutzungszahl (BNZ)
Baumassenzahl (BMZ) Geschosszahl (GZ)

geplantes Vorhaben ³

Bauflächenzahl (BFZ)	<input type="text"/>	Baunutzungszahl (BNZ)	<input type="text"/>	Baumassenzahl (BMZ)	<input type="text"/>
überbaute Fläche (ÜBF)	<input type="text"/>	Gesamtgeschossfläche (GGF)	<input type="text"/>	Bauvolumen (BAV)	<input type="text"/>
Nettogrundfläche (NGF)	<input type="text"/>	Nettogrundfläche (NGF)	<input type="text"/>	Nettogrundfläche (NGF)	<input type="text"/>
Gesamtgeschosszahl (GZ)	<input type="text"/>	davon oberirdisch	<input type="text"/>	davon unterirdisch	<input type="text"/>

² evtl. gesonderte Erläuterung als Anlage beilegen

³ Die Berechnung erfolgt entsprechend der Vorarlberger Baubemessungsverordnung (BBV) i.d.g.F. bzw. nach Vorgabe der Gemeinde oder Stadt. Minimumwerte sind mit (min) zu kennzeichnen. Maximumwerte sind ohne Kennzeichnung.

2.10 Angaben zum Gebäude, Bauteilen

Zum Gebäude bzw. zu den einzelnen Bauteilen sind in Stichworten die wesentlichen Merkmale (z.B. Art, Ausführung, Konstruktion, Material, Farbe, Oberfläche, Beschaffenheit, etc.) zur Sachverhaltsdarstellung anzuführen. Es können auch gesonderte Beschreibungen beigelegt werden.

Gebäudeklasse laut OIB Begriffsbestimmung i.d.g.F. GK1 GK2 GK3 GK4 GK5

Baugrund Beschaffenheit Bodenklasse
(z.B. Mutter-, Zwischenboden, Sand, Kies, Schluff, Ton, Fels, etc.)

Gründung (Fundamente)
(z.B. Tief-, Flachgründung, Platten-, Einzel-, Streifenfundamente, etc.)

Gebäudekonstruktion
(z.B. Massiv-, Holz-, Stahlbau, Skelett-, Fertigteilbauweise, Fachwerk, Systembau, etc.)

Aussenwände
(z.B. Mauerwerk, Stahlbeton, Lehm, Holz, Blech, Stahl, etc.)

Fassade
(z.B. Wärmedämmverbundsystem, Holz-, Glas-, Metallfassade, Schindel, Naturstein, Putz, Farbe, etc.)

Zwischendecken
(z.B. Stahlbeton, Beton, Holz, Stahl, etc.)

Dachkonstruktion, -form
(z.B. Flach-, Sattel-, Pult-, Zeltdach, bzw. Holz-, Stahl-, Massivbauweise, Dachneigung, etc.)

Dacheindeckung
(z.B. Ziegel-, Bitumen-, Blechdach, bzw. Struktur, Farbe, Material, etc.)

2.11 Weitere Angaben zu Bauteilen und Einrichtungen

Feuchtigkeitsisolierung zum Erdreich _____ zum Flachdach _____

Innenwände _____
(z.B. Glas, Trockenbau, Mauerwerk, Stahlbeton, Holz, etc.)

Stiegen _____
(z.B. Massiv-, Holztreppe, Oberfläche, Form, Geländer, Handlauf, etc.)

Fenster bzw. Türen _____
(z.B. Material, Verglasung, Farbe, etc.)

Verglasungen _____
(z.B. Material, Verglasung, Farbe, etc.)

Sonnenschutz _____
(z.B. Material, Typ, Antrieb, Farbe, etc.)

Blitzschutzanlage ja nein Hersteller bzw. Beschreibung der Anlage _____

Brandschutzeinrichtung _____
(z.B. Feuerlöscher, Wandhydrant, Brandmeldeanlage, Automatische Löschanlage, Fluchtwegorientierungsbeleuchtung, etc.)

Abgasfänge² Fang 1 _____
Fang 2 _____
Fang 3 _____

² Für jeden Rauch- bzw. Abgasfang ist Konstruktion, Typ, System, Querschnitt, Länge, etc. anzugeben.

2.12 Aussen- und Nebenanlagen

Stellplätze mehrsp. Fahrzeuge _____ davon Einstellplätze _____ davon Abstellplätze _____ davon barrierefrei _____
(z.B. KFZ, Bus, LKW, Hänger, etc.)

Stellfläche einsp. Fahrzeuge (m²) _____ davon im Fahrradraum (m²) _____ davon Motorrad, Moped (m²) _____
(z.B. Fahrrad, Motorrad, etc.)

Kinderspielplatzfläche (m²) _____ davon für Kleinkinder (m²) _____ davon für Kinder (m²) _____

Einfriedungen _____
(Größe, Lage, Ausführung, Typ, Material, Farbe, etc.)

Sonstige Nebengebäude oder Nebenanlagen _____
(z.B. Gartenhäuser, Wintergarten, Schwimm-, Wasserbecken, Teiche, SAT-Anlagen, etc.)(ggf. gesonderte Pläne, Beschreibung, Foto, etc.)

2.13 Sonstige Angaben

geplanter Baubeginn _____ geplante Fertigstellung _____

Baukosten (Euro) _____ Baukosten je m³ umbauter Raum BRI (Euro) _____

Wohnbauförderung Für das Bauvorhaben wird beim Land Vorarlberg um Wohnbauförderung angesucht. Ja Nein

Anmerkungen _____

2.14 Unterfertigung

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der gemachten Angaben wird bestätigt. Pläne, Baueingabe, Baubeschreibung müssen vom Bauwerber oder dessen Vertretungsbevollmächtigtem und vom Planverfasser unterschrieben sein. E-Mail Verständigungen werden ausschließlich an die unter Punkt 1.1. angeführte E-Mail Adresse versendet.

Ort, Datum

Unterschrift des/r Bauwerbers/in oder dessen/deren bevollmächtigte/n Vertreters/in

A large, empty rectangular area with a light blue border, intended for writing or drawing. It occupies most of the page below the header.

Z.1 Wärmeschutz von Bauteilen

Ist kein Energieausweis erforderlich, sind die geplanten Aufbauten in gesonderten Beschreibungen darzustellen und die U-Werte in nachstehender Tabelle einzutragen.

jeweils Schichtaufbau, Material, Stärke	U-Wert ist (geplant) [W/m ² K]	U-Wert laut OIB [W/m ² K]
Wände gegen Außenluft	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Kleinflächige Wände gegen Außenluft (z.B. bei Gaupen)	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Trennwände zwischen Wohn- oder Betriebseinheiten	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Wände gegen unbeheizte, frostfrei zu haltende Gebäudeteile (ausgenommen Dachräume)	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Wände gegen unbeheizte oder nicht ausgebaute Dachräume	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Wände gegen andere Bauwerke an Grundstücks- bzw. Bauplatzgrenzen	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Wände und Fußböden gegen Erdreich	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Fenster, Fenstertüren, verglaste oder unverglaste Türen (bezogen auf Prüfnormmaß) und sonstige vertikale transparente Bauteile gegen unbeheizte Gebäudeteile	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Fenster und Fenstertüren in Wohngebäuden gegen Außenluft (bezogen auf Prüfnormmaß)	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Sonstige Fenster, Fenstertüren und vertikale transparente Bauteile gegen Außenluft, verglaste oder unverglaste Außentüren (bezogen auf Prüfnormmaß)	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Decken gegen Außenluft, gegen Dachräume (durchlüftet oder ungedämmt) und über Durchfahrten sowie Dachschrägen gegen Außenluft	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Dachflächenfenster gegen Außenluft	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Sonstige transparente Bauteile horizontal oder in Schrägen gegen Außenluft	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Innendecken gegen unbeheizte Gebäudeteile	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Innendecken gegen getrennte Wohn- und Betriebseinheiten	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Z.2 Bemerkungen

1 Einreichung erfolgt anlässlich einer:

- Bauvorhabensmeldung Bauvorhabensfertigstellung

2 Bei dem Bauvorhaben handelt es sich um:

- Neubau Abbruch und Ersatz durch Neubau

Projektbezeichnung¹

3 Name und Anschrift eines Bauwerbers /einer Bauwerberin²:

Familien- und Vorname:

Akad. Grad:

Firmenwortlaut:

Anschrift (Straße, Hausnr./Stiege, Haus, etc./Türnr.):

PLZ:

Ortschaft:

Gemeinde:

Telefonnr.:

E-Mail:

Bei dem Bauherren handelt es sich um eine³:

- physische Person (Privatperson) juristische Person (Stiftung, Vereine, etc.)

Bauherr ist nicht Grundstückseigentümer:

- ja nein

4 Adresse, an der das neue Gebäude entsteht (Bauplatz):

Anschrift (Straße, Hausnr./Stiege, Haus, etc./Türnr.):

PLZ:

Ortschaft:

Gemeinde:

KG Nr.:

Katastralgemeinde:

Grundstücksnr.:

Grundbuchnr.:

Einlagezahl:

Aktenzeichen:

5 Gebäudeinformation:

Errichtungsdatum⁴: _____

Fertigstellungsdatum⁵: _____

Eigentümer des Gebäudes⁶:

- | | | |
|---|--|---|
| <input type="checkbox"/> Privatperson | <input type="checkbox"/> Bund | <input type="checkbox"/> Andere öffentliche (rechtliche) Körperschaften |
| <input type="checkbox"/> Land | <input type="checkbox"/> Gemeinde | <input type="checkbox"/> Gemeinnützige Bauvereinigung |
| <input type="checkbox"/> Unternehmen (AG, GmbH,...) | <input type="checkbox"/> Andere Eigentümer (Vereine, gemeinnütz. Stiftungen) | |

Aufzug im Gebäude vorhanden:

Anzahl der Nutzungseinheiten im Gebäude: _____

ja nein

Energiekennzahl⁷:

_____ kWh/m²

5.a Ver- und Entsorgung:

Trinkwasserversorgung:

- | | | |
|--|--|--|
| <input type="checkbox"/> Anschluss an ein Netz | <input type="checkbox"/> Eigenversorgung | <input type="checkbox"/> nicht vorhanden |
|--|--|--|

Elektrizitätsversorgung:

- | | | |
|--|--|--|
| <input type="checkbox"/> Anschluss an ein Netz | <input type="checkbox"/> Eigenversorgung | <input type="checkbox"/> nicht vorhanden |
|--|--|--|

Gasversorgung:

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Anschluss an ein Netz | <input type="checkbox"/> kein Anschluss an ein Netz |
|--|---|

Abwasserentsorgung:

- | | | |
|---|--|--------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> Anschluss an ein Kanalnetz | <input type="checkbox"/> Kleinkläranlage | <input type="checkbox"/> Sammelgrube |
| <input type="checkbox"/> nicht vorhanden | | |

Niederschlagswasser:

- | | | |
|---|---|---|
| <input type="checkbox"/> Versickerung am Bauplatz | <input type="checkbox"/> Anschluss an ein Kanalnetz | <input type="checkbox"/> Einleitung in Gewässer |
|---|---|---|

Abfallentsorgung:

- | | |
|---|--------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> Gemeindeabfuhr | <input type="checkbox"/> Eigenabfuhr |
|---|--------------------------------------|

5.b Flächenangaben zum Gebäude:

Überb. Grundfläche⁸: _____ m²

Gebäudehöhe⁹: _____ m

Brutto-Rauminhalt¹⁰: _____ m³

Anzahl der oberirdischen Geschoße: _____

Anzahl der unterirdischen Geschoße: _____

Geschoßangabe	Brutto Grundfläche je Geschoß ¹¹	durchschnittl. Geschoßhöhe ¹²	Bauweise ¹³
_____	_____ m ²	_____ m	_____
_____	_____ m ²	_____ m	_____
_____	_____ m ²	_____ m	_____

6 Beheizung – Wärmebereitstellung (zentral für das Gebäude)¹⁴:

- zentral (für das Gebäude) dezentral (in der Nutzungseinheit) keine Beheizung

6.a Wärmebereitstellungssystem (zentral für das Gebäude):

- Kessel
 Standardkessel¹⁵ Niedertemperaturkessel¹⁶ Brennwertkessel¹⁷
Kesselbetriebsweise: nicht modulierend¹⁸ modulierend¹⁹
- Wärmepumpe
 Außenluft / Wasser²⁰ Sole / Wasser (inkl. Direktverdampfer)²¹
 Wasser / Wasser (Grundwasserwärmepumpe)²² sonstige (z.B. Passivhaus-Kompaktgerät)²³
Wärmepumpenbetriebsweise: monovalent (kein anderes Heizsystem)²⁴
 bivalent - Wärmepumpe kombiniert mit anderen²⁵
- Thermische Solaranlage mit Beitrag zur Raumheizung²⁶
- Nahwärme (Blockheizung)²⁷ Fernwärme²⁸
- Raumheizgerät bzw. Herd (Beistellherd, Kachelofen, Holz Einzelofen, usw.)
- Sonstige Wärmebereitstellungssysteme (z.B. Kraft-Wärme-Kopplung, Dampferzeuger)²⁹

6.b Wärmeabgabesystem:

- Kleinflächige Wärmeabgabe (Radiator, Heizkörper) Luftheizung (nur Passivhausstandard)
- Flächenheizung (z.B. Fußboden-, Wandheizung) Gebläsekonvektor

6.c Art des Brennstoffes:

- Heizöl Extraleicht Flüssiggas Hackschnitzel Strom
- Heizöl Leicht Kohle Holz-Pellets andere
- Erdgas Scheitholz sonstige Biomasse

7 Warmwasser-Wärmebereitstellung (zentral für das Gebäude)³⁰:

- zentral (für das Gebäude) dezentral (in der Nutzungseinheit) kein Warmwasser

7.a Warmwasser - Art der Warmwasseraufbereitung:

- kombinierte Erzeugung mit Raumwärme
- getrennte Erzeugung von Warmwasser mittels
 separatem Kessel elektrischer Energie
 separater Nah-/Fernwärme separater Wärmepumpe (z.B. Luft / Wasser-Wärmepumpe)
- thermische Solaranlage kombiniert mit Heizsystem
- thermische Solaranlage kombiniert mit anderen (z.B. E-Heizstab)

8 Art der Belüftung:

- natürliche Lüftung (Fensterlüftung)
- mechanische Lüftung:
 Abluftanlage Zu- und Abluftanlage mit Wärmerückgewinnung
- Raumluftheizung für:
 Heizung Kühlung Befeuchtung

9 Angaben zur Nutzungseinheit:

Für jede Nutzungseinheit im Gebäude ist ein eigenes Datenblatt auszufüllen (z.B. Keller, Wohnung, Garage, etc.)

Türnr.³¹: _____

Topnr.³¹: _____

Lage³²: _____

Beschreibung: _____

Art der Nutzungseinheit:

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> Wohnung | <input type="checkbox"/> Groß- Einzelhandelsflächen |
| <input type="checkbox"/> Wohnung/Arbeitsstätte | <input type="checkbox"/> Verkehrs- und Nachrichtenwesen |
| <input type="checkbox"/> Wohnfläche für Gemeinschaften | <input type="checkbox"/> Kultur, Freizeit, Bildungs- oder Gesundheitswesen |
| <input type="checkbox"/> Industrie und Lagerei | <input type="checkbox"/> Hotel u. a. Einheiten für kurzfristige Beherbergung |
| <input type="checkbox"/> Büroflächen | <input type="checkbox"/> Landwirtschaftliche Nutzung |
| <input type="checkbox"/> Privatgarage | <input type="checkbox"/> Kirche, sonstige Sakralbauten |
| <input type="checkbox"/> Dachbodenfläche | <input type="checkbox"/> Sonstiges Bauwerk |
| <input type="checkbox"/> Verkehrsfläche | <input type="checkbox"/> Kellerfläche |
| <input type="checkbox"/> Gemeinschaftliche Nutzflächen | |

Rechtsverhältnis an der Nutzungseinheit:

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Eigenbenützung durch den Gebäudeeigentümer | <input type="checkbox"/> Wohnungseigentum |
| <input type="checkbox"/> Hauptmiete | <input type="checkbox"/> Dienst- und Naturalwohnung |
| <input type="checkbox"/> Sonstige Rechtsverhältnisse | |

9.a Flächenangaben zur Nutzungseinheit

Die Nutzungseinheit erstreckt sich über: _____ Geschoß(e)

Geschoßangabe	Netto-Nutzfläche ³³	Anzahl der Räume ab 4 m ²	durchschnittl. Raumhöhe ³⁴
_____	_____ m ²	_____	_____ m
_____	_____ m ²	_____	_____ m
_____	_____ m ²	_____	_____ m
_____	_____ m ²	_____	_____ m
_____	_____ m ²	_____	_____ m

Ausstattung:

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Badezimmer in der Nutzungseinheit | <input type="checkbox"/> WC in der Nutzungseinheit |
| <input type="checkbox"/> Küche/Kochnische in der Nutzungseinheit | <input type="checkbox"/> Wasserauslass in der Nutzungseinheit |

Energiekennzahl⁷:

_____ kWh/m²

10 Beheizung - Wärmebereitstellungssystem (dezentral in der Nutzungseinheit)³⁵:

- Kessel
 - Standardkessel¹⁵
 - Niedertemperaturkessel¹⁶
 - Brennwertkessel¹⁷
- Wärmepumpe
 - Außenluft / Wasser²⁰
 - Sole / Wasser (inkl. Direktverdampfer)²¹
 - Wasser / Wasser (Grundwasserwärmepumpe)²²
 - sonstige (z.B. Passivhaus-Kompaktgerät)²³
- Thermische Solaranlage mit Beitrag zur Raumheizung²⁶
- Nahwärme (Blockheizung)²⁷
- Fernwärme²⁸
- Raumheizgerät bzw. Herd (Beistellherd, Kachelofen, Holzeinzelofen, usw.)
- Sonstige Wärmebereitstellungssysteme (z.B. Kraft-Wärme-Kopplung, Dampferzeuger)²⁹

10.a Wärmeabgabesystem:

- Kleinflächige Wärmeabgabe (Radiator, Heizkörper)
- Luftheizung (nur Passivhausstandard)
- Flächenheizung (z.B. Fußboden-, Wandheizung)
- Gebläsekonvektor

10.b Art des Brennstoffes:

- Heizöl Extraleicht
- Flüssiggas
- Hackschnitzel
- Strom
- Heizöl Leicht
- Kohle
- Holz-Pellets
- andere
- Erdgas
- Scheitholz
- sonstige Biomasse

11 Warmwasser - Art der Warmwasseraufbereitung (dezentral in der Nutzungseinheit)³⁶:

- kombinierte Erzeugung mit Raumwärme
- getrennte Erzeugung von Warmwasser mittels
 - separatem Kessel
 - elektrischer Energie
 - separater Nah-/Fernwärme
 - separater Wärmepumpe (z.B. Luft / Wasser - Wärmepumpe)
- thermische Solaranlage kombiniert mit Heizsystem
- thermische Solaranlage kombiniert mit anderen (z.B. E-Heizstab)

12 Art der Belüftung³⁷:

- natürliche Lüftung (Fensterlüftung)
- mechanische Lüftung:
 - Abluftanlage
 - Zu- und Abluftanlage mit Wärmerückgewinnung
- Raumluftechnische Anlage für:
 - Heizung
 - Kühlung
 - Befeuchtung

13 Erläuterungen

- ¹ Unter **Projektbezeichnung** ist der Kurztitel des geplanten Bauvorhabens (z.B. Einkaufszentrum MAIER) einzutragen.
- ² Die **Anschrift eines Bauwerbers /einer Bauwerberin** ist die Wohnadresse der natürlichen Person bzw. Standortadresse der juristischen Person.
- ³ Die **Kennung des Bauherren** bezieht sich immer auf den angegebenen Bauherrn.
- ⁴ Das **Errichtungsdatum** ist der Zeitpunkt, zu dem das Gebäude seinem Bestimmungszweck entsprechend genutzt werden kann. Dieses Errichtungsdatum kann auch vor dem Fertigstellungsdatum liegen.
- ⁵ Das **Fertigstellungsdatum** ist das Datum der Fertigstellungsanzeige bzw. Benützungsbewilligung.
- ⁶ Gehören Anteile an einem Gebäude mehreren unterschiedlichen Eigentümern, so ist eine Zuordnung nach Mehrheit der Eigentumsanteile vorzunehmen. Bei genau gleichen Teilen ist jener als Eigentümer anzugeben, der vorwiegend die Entscheidungen für das Gebäude trifft bzw. als Entscheidungsbefugter auftritt.
- ⁷ Die **Energiekennzahl** ist der spezifische Heizwärmebedarf (HWB Standort).
- ⁸ Die **Überbaute Grundfläche** ist jene Fläche, welche durch die lotrechte Projektion der äußersten Umrisslinie aller oberirdischen überlagerten Brutto-Grundflächenbereiche eines Bauwerkes begrenzt wird (siehe ÖNORM B 1800 Ausgabe 01.01.2002).
- ⁹ Die **Gebäudehöhe** ist die Höhendifferenz zwischen dem obersten Punkt der Bauwerkshülle und dem tiefsten Punkt des an das Gebäude angrenzenden Geländes nach Fertigstellung.
- ¹⁰ Der **Brutto-Rauminhalt** ist der Rauminhalt des Bauwerkes, der von den äußeren Begrenzungsflächen und nach unten von der Unterfläche der konstruktiven Bauwerkssohle umschlossen wird (siehe ÖNORM B 1800 Ausgabe 01.01.2002).
- ¹¹ Die **Brutto-Grundfläche** je Geschoß ist die Summe der Grundflächen je Geschoß unter Einbeziehung der Außenmaße (siehe ÖNORM B 1800 Ausgabe 01.01.2002).
- ¹² Die **durchschnittliche Geschoßhöhe** ist das Maß im Mittel von der Oberkante des fertigen Fußbodens bis zur Oberkante des fertigen Fußbodens des darüber liegenden Geschoßes
 - beim obersten Geschoß - von der Oberkante des fertigen Fußbodens bis zur Oberkante der tragenden Deckenkonstruktion, bzw.
 - bei ausgebauten Dachgeschoßen - von der Oberkante des fertigen Fußbodens bis zur Außenkante der Dachhaut.
- ¹³ Als **Bauweise** ist eine der folgenden Angaben zu wählen:
 - Mauerwerksbau (Beispiel: Ziegel oder Beton)
 - Stahlbetonskelett
 - Stahlskelett
 - Holzriegelkonstruktion
- ¹⁴ Wird **Beheizung** dezentral (in der Nutzungseinheit) gewählt, bitte weiter unter Abschnitt 7.
- ¹⁵ Als **Standardkessel** werden übliche Öl-, Gas- oder Holzkessel (meist älteren Baujahrs) bezeichnet, die eine Mindestbetriebstemperatur verlangt (üblicherweise 60 °C).
- ¹⁶ Als **Niedertemperaturkessel** bezeichnet man spezielle Heizkessel, die mit Öl oder Gas gefeuert werden. Sie werden mit besonders niedrigen Vorlauftemperaturen betrieben. Die Absenkung der Wassertemperatur im Kessel wird aufgrund einer besonderen Konstruktion des Feuerungsraumes bzw. durch den Einsatz entsprechender Materialien möglich. Die Kessel werden entweder mit Vorlauftemperaturen von ca. 35° bis 40° C betrieben oder können sogar ohne Nachteil bis auf Raumtemperatur auskühlen. In der Regel entspricht jedoch die Kesseltemperatur der Temperatur des Heizkreislaufes (Heizkörper). Die Einsatzgebiete von Niedertemperaturkesseln sind meist Flächenheizungen wie Fußboden- oder Wandheizsysteme.
- ¹⁷ Als **Brennwertkessel** bezeichnet man Kessel, bei denen die Abgase unter 45 °C abgekühlt (Wasserdampf kondensiert, Kondensationswärme wird genutzt) und damit die Energie noch besser genutzt wird. Brennwertkessel werden vor allem bei Gas- aber auch bei Öl- und Holzheizungen eingesetzt.
- ¹⁸ Als **nicht modulierend** wird die Betriebsweise bezeichnet, wenn die Kesselleistung nicht geregelt werden kann.
- ¹⁹ Als **modulierend** wird die Betriebsweise bezeichnet, wenn die Kesselleistung dem Bedarf angepasst werden kann.

-
- ²⁰ Bei Nutzung der Energieträger **Außenluft / Wasser** wird der Außenluft Energie entzogen und dem Heizwasserkreislauf zugeführt.
- ²¹ Bei Nutzung der Energieträger **Sole / Wasser** (inkl. Direktverdampfer) wie z.B. Erdkollektor, Tiefenbohrung, wird dem Erdreich Energie entzogen und dem Heizwasserkreislauf zugeführt.
- ²² Bei Nutzung der Energieträger **Wasser / Wasser** wird dem Wasser (i. d. R. dem Grundwasser) Energie entzogen und dem Heizwasserkreislauf zugeführt.
- ²³ Unter **sonstige (z. B. Passivhauskompaktgerät)** fallen z.B. Kombinationsgerät aus Lüftungsgerät mit Wärmerückgewinnung und Luft / Wasser-Wärmepumpe etc.
- ²⁴ Als **monovalent** wird die Betriebsweise bezeichnet, wenn die zentrale Wärmebereitstellung ausschließlich mit der Wärmepumpe (kein anderes Heizsystem) erfolgt.
- ²⁵ Als **bivalent** wird die Betriebsweise bezeichnet, wenn es zusätzlich zur Wärmepumpe noch ein weiteres Wärmebereitstellungssystem (z.B. Ölkessel der zur Abdeckung des Wärmebedarfes an besonders kalten Tagen dient) gibt.
- ²⁶ Die **Solaranlage** liefert zusätzlich zum Warmwasser auch Energie für die Raumheizung.
- ²⁷ Von **Nahwärme** spricht man, wenn das Gebäude durch eine Heizungsanlage eines anderen Gebäudes (z. B. Nachbargebäude) versorgt wird. Nicht zur Nahwärme zählen Heizungen, die in einem Nebengebäude betrieben werden und nur ein Gebäude versorgen.
- ²⁸ Von **Fernwärme** spricht man, wenn das Gebäude über eine Fernwärmeleitung mit Wärme (meist mit einer Wärmeübergabestation) versorgt wird.
- ²⁹ Unter **Sonstige Wärmebereitstellungssysteme** fallen alle anderen, vorher nicht erwähnten Wärmebereitstellungssysteme, z. B. Kraft-Wärmekopplung, Dampferzeuger.
- ³⁰ Wird unter **Warmwasser-Wärmebereitstellung dezentral** (in der Nutzungseinheit) gewählt, bitte weiter unter Abschnitt 8.
- ³¹ Die Angabe einer **Tür- bzw. Topnummer** entfällt, wenn es sich um die Nutzungseinheit „Wohnung“ in einem Einfamilienhaus sowie Nutzungseinheiten des Typs:

-
- Privatgarage
 - Dachbodenfläche
 - Verkehrsflächen
 - Landwirtschaftliche Nutzung
 - Kirchen, sonstige Sakralbauten
 - Sonstige Bauwerke
 - Kellerfläche
 - Gemeinschaftliche Nutzflächen

handelt.

- ³² Als **Lage** ist das Geschoß anzugeben, in dem sich der Eingang zur Nutzungseinheit befindet
- ³³ Die **Netto-Nutzfläche** ist die Nettofläche der Nutzungseinheit.
- ³⁴ Die **durchschnittliche Raumhöhe** ist das Maß im Mittel
- von der Oberkante des fertigen Fußbodens bis zur Unterkante der darüber liegenden Decke, sowie
 - bei ausgebauten Dachgeschoßen - von der Oberkante des fertigen Fußbodens bis zur Unterkante der Dachhaut.
- ³⁵ Abschnitt 10 ist nur auszufüllen, wenn unter Abschnitt 6 **Beheizung dezentral** (in der Nutzungseinheit) gewählt wurde **oder** die Nutzungseinheit über eine **zusätzliche Beheizung** verfügt.
- ³⁶ Abschnitt 11 ist nur auszufüllen, wenn unter Abschnitt 7 **Warmwasser-Wärmebereitstellung dezentral** (in der Nutzungseinheit) gewählt wurde **oder** die Nutzungseinheit über eine **zusätzliche Warmwasser-Wärmebereitstellung** verfügt.
- ³⁷ Abschnitt 11 ist nur auszufüllen, wenn die Nutzungseinheit über eine andere oder eine **zusätzliche Belüftung** verfügt, als am Gebäude (Abschnitt 8) angegeben wurde.



Landesrecht konsolidiert Vorarlberg: Gesamte Rechtsvorschrift für Baueingabeverordnung, Fassung vom 24.02.2022

Langtitel

Verordnung der Landesregierung über die Baueingabe

StF: [LGBl.Nr. 62/2001](#)

Änderung

[LGBl.Nr. 84/2007](#) (RL 2002/91/EG vom 16. Dezember 2012, ABl. L 1 vom 4.1.2003, S. 65–71 [CELEX-Nr. [32002L0091](#)]; notifiziert RL 98/34/EG vom 22. Juni 1998, ABl. L 204 vom 21.7.1998, S. 37–48 [CELEX-Nr. [31998L0034](#)])

[LGBl.Nr. 85/2012](#)

[LGBl.Nr. 54/2014](#) (RL 2010/31/EU vom 19. Mai 2010, ABl. L 153 vom 18.6.2010, S. 13–35 [CELEX-Nr. [32010L0031](#)])

[LGBl.Nr. 92/2016](#) (RL 2009/28/EG vom 23. September 2009, ABl. L 140 vom 5.6.2009, S. 16–92 [CELEX-Nr. [32009L0028](#)]); RL 2010/31/EU vom 19. Mai 2010, ABl. L 153 vom 18.6.2010, S. 13–35 [CELEX-Nr. [32010L0031](#)])

[LGBl.Nr. 68/2021](#)

Präambel/Promulgationsklausel

Auf Grund des § 21 Abs. 1 des Baugesetzes (BauG), [LGBl.Nr. 52/2001](#), wird verordnet:

Text

1. Abschnitt Baubewilligungsverfahren

§ 1*)

Bauantrag

- (1) Die Erteilung der Baubewilligung ist bei der Behörde schriftlich zu beantragen.
- (2) Der Antrag hat Art, Lage und Umfang und die beabsichtigte Verwendung des Bauvorhabens anzugeben.
- (3) Dem Bauantrag sind anzuschließen:
 - a) der Nachweis des Eigentums oder Baurechtes am Baugrundstück oder, wenn der Antragsteller nicht selbst Eigentümer oder bauberechtigt ist, die Zustimmung des Eigentümers bzw. Bauberechtigten,
 - b) Pläne nach § 2, eine Baubeschreibung nach § 3 sowie die zur Beurteilung des Bauvorhabens erforderlichen Berechnungen,
 - c) der Energieausweis nach § 4, sofern nicht eine Ausnahme nach Abs. 4 besteht; dieser ist jedenfalls auch elektronisch zu übermitteln,
 - d) der Nachweis der Einhaltung der Anforderungen nach § 41 Abs. 15 lit. f und g der Bautechnikverordnung,
 - e) der Nachweis einer rechtlich gesicherten Verbindung des Baugrundstückes mit einer öffentlichen Verkehrsfläche gemäß § 4 Abs. 2 BauG,
 - f) ein Verzeichnis der Nachbarn (§ 2 Abs. 1 lit. k BauG) unter Angabe der Anschriften und der Grundstücksnummern der Nachbargrundstücke, sofern diese Angaben nicht im Lageplan enthalten sind,
 - g) gegebenenfalls ein Nachweis nach § 41 Abs. 7 lit. c der Bautechnikverordnung,

h) gegebenenfalls ein Nachweis nach § 41 Abs. 8 erster Satz der Bautechnikverordnung über die Realisierbarkeit des Einsatzes von hocheffizienten alternativen Energiesystemen.

(4) Ein Energieausweis ist nicht erforderlich bei

- a) Bauvorhaben betreffend Gebäude und Gebäudeteile nach § 41 Abs. 15 lit. a bis f der Bautechnikverordnung,
- b) Bauvorhaben betreffend den Zubau eines verglasten teilkonditionierten Raumes mit einer Netto-Grundfläche von weniger als 50 m² und einer vorgesehenen Raumtemperatur von weniger als 20 °C (teilkonditionierte Wintergärten), sofern das Bauvorhaben nicht im Rahmen einer größeren Renovierung erfolgt, und
- c) Bauvorhaben, die auf die Einhaltung der Anforderungen der Bautechnikverordnung an Energieeinsparung und Wärmeschutz keinen Einfluss haben.

(5) Wenn aus den nach den §§ 2 und 3 vorgeschriebenen Unterlagen allein nicht beurteilt werden kann, ob das Bauvorhaben den bau- und raumplanungsrechtlichen Vorschriften entspricht, sind auf Verlangen der Behörde weitere Nachweise (z.B. skizzenhafte Ansichten, Modelle oder Schaubilder des umliegenden Baubestandes einschließlich des Bauvorhabens, Detail- und Konstruktionspläne, statische Berechnungen, Prüfbescheinigungen u.dgl.) zu erbringen.

(6) Die Pläne, Berechnungen, die Baubeschreibung und die entsprechenden Seiten des Energieausweises nach § 4 Abs. 2 lit. a bis f, Abs. 3 lit. a bis f und Abs. 4 lit. a bis e sind in dreifacher, wenn die Bezirkshauptmannschaft zur Erteilung der Baubewilligung zuständig ist, in vierfacher Ausfertigung vorzulegen. Je nach Erforderlichkeit für die Begutachtung durch Sachverständige oder die Beteiligung öffentlicher Dienststellen kann die Behörde auf die Vorlage von Ausfertigungen verzichten oder zusätzliche verlangen.

(7) Die Pläne, die Baubeschreibung, die Berechnungen und der Energieausweis sind von demjenigen zu unterfertigen, der sie verfasst hat.

*) Fassung LGBI.Nr. 84/2007, 85/2012, 92/2016, 68/2021

§ 2*)

Art der Pläne

(1) Dem Bauantrag sind folgende Pläne anzuschließen:

- a) Übersichtsplan (Abs. 2) im Maßstab der Katastermappe,
- b) Lageplan (Abs. 3) im Maßstab 1:500,
- c) Grundrisse (Abs. 4) im Maßstab 1:100,
- d) zur Beurteilung des Bauvorhabens erforderliche Schnitte (Abs. 5) im Maßstab 1:100,
- e) Ansichten (Abs. 6) im Maßstab 1:100.

(2) Der Übersichtsplan muss auf einer Kopie der Katastermappe dargestellt werden; er hat zu enthalten:

- a) das Baugrundstück, das Bauvorhaben und den Baubestand im Umkreis von wenigstens 50 m um das Bauvorhaben mit den Grundstücksnummern,
- b) die Nordrichtung und den Maßstab.

(3) Der Lageplan hat zu enthalten:

- a) das Baugrundstück und die Nachbargrundstücke mit den Grundstücksnummern und den Namen der Grundstückseigentümer,
- b) allfällige Grenzen zwischen verschiedenen Widmungen des Flächenwidmungsplanes und, soweit solche festgelegt sind, die Baugrenzen oder Baulinien (§ 2 Abs. 1 lit. b und d BauG),
- c) die auf dem Baugrundstück und den Nachbargrundstücken bestehenden Gebäude,
- d) die bestehenden und geplanten öffentlichen Verkehrsflächen mit ihrer Breite und Bezeichnung,
- e) die Verbindung des Baugrundstückes zu öffentlichen Verkehrsflächen,
- f) die Draufsicht auf das Bauvorhaben mit den Dachvorsprüngen und allen ober- und unterirdischen Außenwänden, deren Hauptmaße sowie deren Abstände zu den Grundstücksgrenzen,
- g) die Anordnung und die Abmessungen der Abstellplätze für Kraftfahrzeuge sowie die

- Anordnung und das Flächenausmaß der Kinderspielplätze,
h) die Anordnung der Grünflächen einschließlich der Bepflanzung,
i) die Nordrichtung und den Maßstab.

(4) die Grundrisse haben zu enthalten:

- a) die Darstellung und die Maße der Wände und der Tragkonstruktionen, der Tür- und Fensteröffnungen, der Stiegen und Rampen, der Abgasanlagen sowie sonstiger Schächte, der Feuerstätten und der ortsfesten Lagerbehälter für flüssige Brennstoffe, der ortsfesten Maschinen und sonstigen ortsfesten technischen Einrichtungen sowie der Anlagen für die Abwasser- und Oberflächenwasserbeseitigung,
- b) die Anzahl, Höhe und Breite der Stufen von Stiegen sowie die Gehlinie,
- c) die Zweckwidmung der Räume sowie deren Nutzflächen,
- d) die Anordnung der Einstellplätze und deren Abmessungen,
- e) den Umriss der nach den §§ 5 und 6 BauG erforderlichen Abstandsflächen und Mindestabstände mit den Grundstücksgrenzen; der Umriss kann auch in einem eigenen Plan im Maßstab von mindestens 1:200 dargestellt werden,
- f) die Nordrichtung und den Maßstab.

(5) In den Schnitten sind alle wesentlichen konstruktiven Teile darzustellen. Die Schnitte haben insbesondere zu enthalten:

- a) die Höhenlage, bezogen auf die absolute Höhe über dem Meeresspiegel oder auf einen unveränderlichen Fixpunkt,
- b) den Verlauf des Geländes in der Schnittebene vor und nach der Bauführung; wenn die Geländeoberfläche nach dem 31. Dezember 2001 durch eine Bauführung, die nicht nach dem Baugesetz in der Fassung vor LGBl. Nr. 52/ 2001 bewilligt wurde, oder im Hinblick auf eine beabsichtigte Bauführung verändert wurde, ist auch der Verlauf des Geländes vor dieser Veränderung anzugeben; untergeordnete Geländeerhebungen und -vertiefungen sind nicht zu berücksichtigen; im Falle einer Verfügung nach den §§ 3 Abs. 5 oder 29 Abs. 2 BauG ist von der verfügbaren Geländeoberfläche auszugehen,
- c) die Wände, Decken und sonstigen Tragkonstruktionen sowie die Stiegen, Rampen, Abgasanlagen sowie Dachaufbauten,
- d) die Höhenmaße aller nach lit. c erforderlichen Darstellungen einschließlich der Deckenstärken, der lichten Geschoßhöhen, der Dachneigungen, der Stufenverhältnisse bei Stiegen und des Gefälles bei Rampen,
- e) die Feuerstätten und ortsfesten Behälter für flüssige Brennstoffe,
- f) den Maßstab.

(6) Die Ansichten haben zu enthalten:

- a) die äußeren Ansichten des Bauvorhabens, bei Zubauten einschließlich der Ansichten des Altbestandes; runde und sonstige nicht rechtwinklige Fassadenteile sind auch in ihrer Abwicklung darzustellen,
- b) den Verlauf des anstoßenden Geländes vor und nach der Bauführung; wenn die Geländeoberfläche nach dem 31. Dezember 2001 durch eine Bauführung, die nicht nach dem Baugesetz in der Fassung vor LGBl. Nr. 52/2001 bewilligt wurde, oder im Hinblick auf eine beabsichtigte Bauführung verändert wurde, ist auch der Verlauf des Geländes vor dieser Veränderung anzugeben; untergeordnete Geländeerhebungen und -vertiefungen sind nicht zu berücksichtigen; im Falle einer Verfügung nach den §§ 3 Abs. 5 oder 29 Abs. 2 BauG ist von der verfügbaren Geländeoberfläche auszugehen,
- c) den Maßstab.

*) Fassung LGBl.Nr. 84/2007

§ 3*)

Inhalt der Baubeschreibung

Die Baubeschreibung hat alle zur Beurteilung des Bauvorhabens erforderlichen Angaben zu enthalten, die aus den Plänen nicht ersichtlich sind. Dazu zählen Angaben über

- a) die im Flächenwidmungsplan für das Baugrundstück festgelegte Widmung,

- b) das Ausmaß der Nettogrundfläche (NGF) entsprechend der Baubemessungsverordnung,
- c) das Ausmaß der Geschossfläche entsprechend der Baubemessungsverordnung,
- d) das festgesetzte und das geplante Maß der baulichen Nutzung entsprechend der Baubemessungsverordnung,
- e) das Ausmaß der überbauten Fläche entsprechend der Baubemessungsverordnung,
- f) das Ausmaß des umbauten Raumes nach ÖNORM,
- g) die Art der Verbindung mit den öffentlichen Verkehrsflächen, der Wasserversorgung sowie der Abwasser-, Oberflächenwasser- und Abfallbeseitigung, der Elektrizitätsversorgung, der internen und externen Infrastruktur für die elektronische Kommunikation, der Gasversorgung, der Warmwasser-Wärmebereitstellung und die Art der Warmwasseraufbereitung,
- h) die Beschaffenheit des Baugrundes und die Art der Gründung des Bauwerkes sowie die Art der Vorsorgemaßnahmen gegen Radoneintritt,
- i) die Art der Ausführung aller wesentlichen Bauteile, Fundamente, Wände, Dachkonstruktionen, Decken, Stiegen u.dgl.,
- j) die Art des Schallschutzes,
- k) die Art der Feuchtigkeitsisolierung der unter dem Gelände liegenden Bauteile sowie von Flachdächern,
- l) das Material und die Farbe von Dachhaut, Außenwänden, Vordach- und Balkonverkleidungen u.dgl.,
- m) die Art der Türen, Fenster und sonstigen Belichtungsöffnungen sowie des Sonnenschutzes,
- n) die Art der Fußbodenbeläge in Aufenthaltsräumen, Nassräumen, Stiegenhäusern und Verbindungsgängen,
- o) die Art der Abgasanlagen und deren lichte Querschnitte,
- p) die Art der Heizung und des zur Verwendung kommenden Heizmaterials, die Kessel- und Brennertypen, die Heizleistung in kW, die Sicherungen gegen Zündschläge, Überfüllungen der Lagerbehälter und Brände, die Bauart, den Werkstoff und die Größe der Lagerbehälter sowie der Rohrleitungen, bei Wärmepumpen überdies die Art und Menge des verwendeten Kältemittels,
- q) im Falle der Errichtung einer Luftwärmepumpe der Standort und die Schallemission als Schalleistungspegel bei Volllast,
- r) die Art und Größe der Lüftungs- und Klimaanlage, die Luft-, Wärme- bzw. Kälteleistungen sowie Drehzahlen der dazugehörigen Aggregate, die Lage der Ansaug- und Ausblasöffnungen, die Art und Menge des verwendeten Kältemittels,
- s) die Art der zur Aufstellung kommenden ortsfesten Maschinen bzw. sonstigen ortsfesten technischen Einrichtungen im Sinne des § 18 Abs. 1 lit. e BauG sowie deren Verwendungszweck, die Fundierung, Art, Drehzahl und Leistung des Antriebsaggregates bei Verbrennungskraftmaschinen, die Größe der Treibstoffbehälter sowie die Abgasführung,
- t) die vorgesehenen Maßnahmen zum Schutz gegen Blitzschlag und gegen Brandgefahr (z.B. Feuerlöscher, Brandmelde- und Sprinkleranlagen),
- u) die vorgesehenen Brandschutzmaßnahmen in den Fällen mit verpflichtendem Brandschutzkonzept gemäß OIB-Richtlinie 2, Brandschutz, Ausgabe April 2019, OIB-Richtlinie 2.1, Brandschutz bei Betriebsbauten, Ausgabe April 2019, OIB-Richtlinie 2.2, Brandschutz bei Garagen, überdachten Stellplätzen und Parkdecks, Ausgabe April 2019, und OIB-Richtlinie 2.3, Brandschutz bei Gebäuden mit einem Fluchtniveau von mehr als 22 m, Ausgabe April 2019, insbesondere mit Angaben zum Brandverhalten von Baustoffen und zum Feuerwiderstand von Bauteilen, zur Verhinderung der Ausbreitung von Feuer und Rauch innerhalb des Bauwerkes (z.B. Brandabschnitte, erste und erweiterte Löschhilfe, technische Brandschutzeinrichtungen, Räume mit erhöhter Brandgefahr), zur Begrenzung der Ausbreitung von Feuer auf andere Bauwerke, zu Flucht- und Rettungswegen, zur Brandbekämpfung und zu organisatorischen Vorkehrungen,
- v) die Ausstattung der Kinderspielplätze,
- w) die Zahl der Stellplätze,
- x) der Beginn und die Dauer der Bauführung,

y) die Baukostensumme.

*) Fassung LGBI.Nr. 84/2007, 85/2012, 92/2016, 68/2021

§ 4*)

Inhalt und Form des Energieausweises

(1) Der Energieausweis hat nach Inhalt und Form den Bestimmungen der OIB-Richtlinie 6, Energieeinsparung und Wärmeschutz, Ausgabe April 2019, zu entsprechen, soweit die Abs. 2 bis 9 nichts anderes bestimmen.

(2) Der Energieausweis für Wohngebäude hat zumindest die folgenden Informationen zu enthalten:

- a) Rechenergebnisse zu dem Heizwärmebedarf, dem Endenergiebedarf, dem Primärenergiebedarf, den Kohlendioxidemissionen und dem Gesamtenergieeffizienzfaktor, jeweils mit dem Vergleich zu Referenzwerten, und Rechenergebnisse zur Sommertauglichkeit, ausgenommen im Falle des § 41 Abs. 10 der Bautechnikverordnung,
- b) ergänzende Informationen,
- c) Nachweise zu den Anforderungen nach den Punkten 4.9, ausgenommen im Falle des § 41 Abs. 10 der Bautechnikverordnung, und 4.12, 4.13, 5.1 und 5.2 der OIB-Richtlinie 6, Energieeinsparung und Wärmeschutz, Ausgabe April 2019, sowie Nachweise zu den Anforderungen nach § 41a der Bautechnikverordnung,
- d) Darstellung der Bauteilaufbauten bei Neubau (§ 40 lit. b der Bautechnikverordnung),
- e) Empfehlungen von Maßnahmen – ausgenommen bei Neubau bzw. unmittelbar nach vollständig durchgeführter größerer Renovierung –, deren Implementierung den Endenergiebedarf des Gebäudes reduzieren und technisch und wirtschaftlich zweckmäßig sind, sowie die zur Umsetzung der Empfehlungen zu unternehmenden Schritte,
- f) Hinweis darauf, wo genauere Angaben zur Kosteneffizienz der im Energieausweis enthaltenen Empfehlungen zu finden sind,
- g) einen technischen Anhang, in dem detailliert die verwendeten Normen und Richtlinien, die angewendeten normgemäßen Vereinfachungen, die verwendeten sonstigen Hilfsmittel, die nachvollziehbare Ermittlung der geometrischen, bauphysikalischen und haustechnischen Eingabedaten dargestellt sind.

(3) Der Energieausweis für Nicht-Wohngebäude der Gebäudekategorien 1 bis 12 gemäß Punkt 3 der OIB-Richtlinie 6, Energieeinsparung und Wärmeschutz, Ausgabe April 2019, hat zumindest die folgenden Informationen zu enthalten:

- a) Rechenergebnisse zu dem LEK-Wert, dem Heizwärmebedarf, dem Endenergiebedarf, dem Primärenergiebedarf, den Kohlendioxidemissionen und dem Gesamtenergieeffizienzfaktor, jeweils mit dem Vergleich zu Referenzwerten, und Rechenergebnisse zum Kühlbedarf,
- b) ergänzende Informationen,
- c) Nachweise zu den Anforderungen nach den Punkten 4.9, 4.13, 5.1 und 5.2 der OIB-Richtlinie 6, Energieeinsparung und Wärmeschutz, Ausgabe April 2019, sowie Nachweise zu den Anforderungen nach § 41a der Bautechnikverordnung,
- d) Darstellung der Bauteilaufbauten bei Neubau (§ 40 lit. b der Bautechnikverordnung),
- e) Empfehlungen von Maßnahmen – ausgenommen bei Neubau bzw. unmittelbar nach vollständig durchgeführter größerer Renovierung –, deren Implementierung den Endenergiebedarf des Gebäudes reduzieren und technisch und wirtschaftlich zweckmäßig sind, sowie die zur Umsetzung der Empfehlungen zu unternehmenden Schritte,
- f) Hinweis darauf, wo genauere Angaben zur Kosteneffizienz der im Energieausweis enthaltenen Empfehlungen zu finden sind,
- g) einen technischen Anhang, in dem detailliert die verwendeten Normen und Richtlinien, die angewendeten normgemäßen Vereinfachungen, die verwendeten sonstigen Hilfsmittel, die nachvollziehbare Ermittlung der geometrischen, bauphysikalischen und haustechnischen Eingabedaten dargestellt sind.

(4) Der Energieausweis für sonstige konditionierte Gebäude der Gebäudekategorie 13 gemäß Punkt 3 der OIB-Richtlinie 6, Energieeinsparung und Wärmeschutz, Ausgabe April 2019, hat zumindest die folgenden Informationen zu enthalten:

- a) Rechenergebnisse zu dem LEK-Wert und dem Heizwärmebedarf mit dem Vergleich zu Referenzwerten,
- b) ergänzende Informationen,
- c) Nachweise zu den Anforderungen nach den Punkten 5.1 und 5.2 der OIB-Richtlinie 6, Energieeinsparung und Wärmeschutz, Ausgabe April 2019, sowie Nachweise zu den Anforderungen nach § 41a der Bautechnikverordnung,
- d) Darstellung der Bauteilaufbauten bei Neubau (§ 40 lit. b der Bautechnikverordnung),
- e) Empfehlung von Maßnahmen – ausgenommen bei Neubau – deren Implementierung den Endenergiebedarf des Gebäudes reduziert und technisch und wirtschaftlich zweckmäßig ist,
- f) einen technischen Anhang, in dem detailliert die verwendeten Normen und Richtlinien, die angewendeten normgemäßen Vereinfachungen, die verwendeten sonstigen Hilfsmittel, die nachvollziehbare Ermittlung der geometrischen, bauphysikalischen und haustechnischen Eingabedaten dargestellt sind.

(5) Die erste und zweite Seite des Energieausweises nach Abs. 2 haben nach der Form dem Muster nach Anlage 1 zu entsprechen.

(6) Die erste und zweite Seite des Energieausweises nach Abs. 3 haben nach der Form dem Muster nach Anlage 2 zu entsprechen.

(7) Die erste und zweite Seite des Energieausweises nach Abs. 4 haben nach der Form dem Muster nach Anlage 3 zu entsprechen.

(8) Der Energieausweis ist im Internet über die Homepage des Landes (www.vorarlberg.at/energieausweis) mit dem dort zur Verfügung gestellten Programm elektronisch zu erstellen.

(9) Der Energieausweis darf nicht älter als zehn Jahre sein.

*) Fassung LGBl.Nr. 84/2007, 85/2012, 54/2014, 92/2016, 68/2021

§ 5*)

Ausstellung eines Energieausweises

(1) Personen, die Energieausweise ausstellen, müssen qualifiziert und unabhängig sein.

(2) Als qualifiziert im Sinne des Abs. 1 gelten Personen, die nach den bundesrechtlichen Vorschriften oder den Vorschriften anderer Länder zur Ausstellung von Energieausweisen befugt sind.

(3) Die Landesregierung hat eine Liste der qualifizierten Personen (Abs. 2), die Energieausweise erstellen, der Öffentlichkeit auf geeignete Weise (z.B. im Internet auf der Homepage des Landes Vorarlberg) zur Verfügung zu stellen. Diese Liste ist regelmäßig zu aktualisieren.

*) Fassung LGBl.Nr. 84/2007, 54/2014

§ 6*)

Antrag auf Durchführung einer Vorprüfung

(1) Der Antrag auf Durchführung einer Vorprüfung im Sinne des § 23 BauG hat die im § 1 Abs. 2 und Abs. 3 lit. a verlangten Angaben zu enthalten.

(2) Dem Antrag sind anzuschließen:

a) ein Übersichtsplan (§ 2 Abs. 2) im Maßstab der Katastermappe,

b) ein Lageplan (§ 2 Abs. 3) im Maßstab 1:500,

c) Skizzen der Geschoßumrisse im Maßstab 1:200,

d) Skizzen aller Ansichten im Maßstab 1:200,

e) Angaben im Sinne des § 3 lit. a bis f und Angaben über die erforderlichen Stellplätze und Kinderspielplätze.

*) Fassung LGBl.Nr. 84/2007

§ 7*)

Maßstab und Form der Pläne

(1) Die Pläne sind in den Maßstäben nach den §§ 2 Abs. 1 bzw. 4 Abs. 2 oder in größeren Maßstäben auszuführen. Der Maßstab ist auf jedem Planblatt anzugeben.

(2) Die Pläne müssen auf haltbarem Papier oder einem gleichwertigen Material entweder in Tusche gezeichnet oder gedruckt oder anderweitig als lichtbeständige Vervielfältigung hergestellt sein.

(3) Die Pläne müssen ein Format von 185 x 297 mm oder ein Mehrfaches davon haben und auf dieses Format gefaltet sein. Auf der linken Seite ist ein Heftrand von 25 mm vorzusehen.

(4) Auf dem im gefalteten Zustand oben liegenden Teil des Planes sind der Name des Antragstellers und des Planverfassers, die Bezeichnung des Bauvorhabens, der Inhalt des Planes, der Maßstab und ähnliche Angaben zusammenzufassen. Zudem ist auf diesem Teil des Planes ausreichend Raum für die Anbringung von behördlichen Vermerken u.dgl. freizulassen.

(5) Beizubehaltende Gebäudeteile sind grau, abzutragende Gebäudeteile gelb und neue Gebäudeteile rot oder auf eine andere Art zum Beispiel durch Signaturen oder Schraffuren voneinander zu unterscheiden.

(6) Darstellungen von nicht zum eigentlichen Bauvorhaben gehörenden Gegenständen wie Bäume, Fahrzeuge usw. müssen so gehalten sein, dass durch diese die Aussagekraft der Pläne nicht beeinträchtigt wird. In den Plänen dürfen nur Bepflanzungen dargestellt werden, die geplant sind, sowie solche, die bereits bestehen und erhalten werden sollen.

*) Fassung LGBI.Nr. 84/2007

2. Abschnitt Bauanzeigeverfahren

§ 8*)

Bauanzeige

(1) Die Bauanzeige ist bei der Behörde schriftlich einzubringen.

(2) In der Bauanzeige sind Art, Lage, Umfang und die beabsichtigte Verwendung des Bauvorhabens anzugeben.

(3) Der Bauanzeige sind anzuschließen:

a) der Nachweis des Eigentums oder Baurechtes am Baugrundstück oder, wenn der Antragsteller nicht selbst Eigentümer oder bauberechtigt ist, die Zustimmung des Eigentümers bzw. Bauberechtigten,

b) Pläne und eine Baubeschreibung nach § 7 sowie die zur Beurteilung des Bauvorhabens erforderlichen Berechnungen,

c) der Nachweis einer rechtlich gesicherten Verbindung des Baugrundstückes mit einer öffentlichen Verkehrsfläche.

(4) Der § 1 Abs. 5 und 6 gilt sinngemäß.

*) Fassung LGBI.Nr. 84/2007

§ 9*)

Pläne und Baubeschreibung

Für Art, Maßstab und Form der Pläne, die der Bauanzeige anzuschließen sind, gilt § 2 in Verbindung mit § 5 sinngemäß. Für die Baubeschreibung, die der Bauanzeige anzuschließen ist, gilt § 3 sinngemäß.

*) Fassung LGBI.Nr. 84/2007

3. Abschnitt*) Schlussbestimmungen

*) Fassung LGBI.Nr. 84/2007

§10*)

Begriffsbestimmung

Eine OIB-Richtlinie im Sinne dieser Verordnung ist eine vom Österreichischen Institut für Bautechnik (OIB) beschlossene und im Internet auf der Homepage des OIB (www.oib.or.at)

veröffentlichte Richtlinie. Die OIB-Richtlinien sind im Internet auch auf der Homepage des Landes Vorarlberg (www.vorarlberg.at) abrufbar.

*) Fassung [LGBI.Nr. 84/2007](#)

§ 11*)

Inkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Jänner 2002 in Kraft.

(2) Die Verordnung über eine Änderung der Baueingabeverordnung, [LGBI. Nr. 84/2007](#), tritt am 1. Jänner 2008 in Kraft.

(3) Die Verordnung über eine Änderung der Baueingabeverordnung, [LGBI. Nr. 85/2012](#), tritt am 1. Jänner 2013 in Kraft.

(4) Die Verordnung über eine Änderung der Baueingabeverordnung, [LGBI.Nr. 92/2016](#), tritt am 1. Jänner 2017 in Kraft.

(5) Die Verordnung über eine Änderung der Baueingabeverordnung, [LGBI.Nr. 68/2021](#), tritt am 1. Jänner 2022 in Kraft.

*) Fassung [LGBI.Nr. 84/2007](#), [85/2012](#), [68/2021](#)

Anlage 1*)
(zu § 4 Abs. 5)

Energieausweis für Wohngebäude

*) Fassung [LGBI.Nr. 68/2021](#)

Anlagen (online verfügbar)

- Anlage 1

Anlage 2*)
(zu § 4 Abs. 6)

Energieausweis für Nicht-Wohngebäude

*) Fassung [LGBI.Nr. 68/2021](#)

Anlagen (online verfügbar)

- Anlage 2

Anlage 3*)
(zu § 4 Abs. 7)

Energieausweis für sonstige konditionierte Gebäude

*) Fassung [LGBI.Nr. 68/2021](#)

Anlagen (online verfügbar)

- Anlage 3

Energieausweis für Wohngebäude

Nr.

OiB ÖSTERREICHISCHES
INSTITUT FÜR BAUTECHNIK



Objekt			
Gebäude (-teil)		Baujahr	
Nutzungsprofil		Letzte Veränderung	
Straße			
PLZ, Ort		Katastralgemeinde	
Grundstücksnr.		KG-Nummer	
		Seehöhe	

SPEZIFISCHE KENNWERTE AM GEBÄUDESTANDORT

	HWB _{Ref.} kWh/(m ² a)	PEB kWh/(m ² a)	CO ₂ kg/(m ² a)	f _{GEE}
A++	10	60	8	0,55
A+	15	70	10	0,70
A	25	80	15	0,85
B	50	160	30	1,00
C	100	220	40	1,75
D	150	280	50	2,50
E	200	340	60	3,25
F	250	400	70	4,00
G				



HWB_{Ref.}: Der Referenz-Heizwärmebedarf beschreibt jene Wärmemenge, die in Räumen bereitgestellt werden muss, um diese auf einer normativ geforderten Raumtemperatur (bei Wohngebäuden 20°C) halten zu können. Dabei werden etwaige Erträge aus Wärmerückgewinnung bei vorhandener raumlufttechnischer Anlage nicht berücksichtigt.



NEB (Nutzenergiebedarf): Energiebedarf für Raumwärme (siehe HWB) und Energiebedarf für Warmwasser.



EEB: gesamter Nutzenergiebedarf (NEB) inkl. der Verluste des haustechnischen Systems und aller benötigter Hilfsenergien sowie des Strombedarfs für Geräte und Beleuchtung. Der **Endenergiebedarf** entspricht - unter Zugrundelegung eines normierten Benutzerhaltens - jener Energiemenge, die eingekauft werden muss.

Alle Werte gelten unter der Annahme eines normierten Klima- und Nutzerprofils. Sie geben den rechnerischen Jahresbedarf je Quadratmeter beheizter Brutto-Grundfläche am Gebäudestandort an.



PEB: Der Primärenergiebedarf für den Betrieb berücksichtigt in Ergänzung zum Endenergiebedarf (EEB) den Energiebedarf aus vorgelagerten Prozessen (Gewinnung, Umwandlung, Verteilung und Speicherung) für die eingesetzten Energieträger.



CO₂: Gesamte dem Endenergiebedarf (EEB) zuzurechnende Kohlendioxidemissionen für den Betrieb des Gebäudes einschließlich der Emissionen aus vorgelagerten Prozessen (Gewinnung, Umwandlung, Verteilung, Speicherung) der eingesetzten Energieträger.



f_{GEE}: Der Gesamtenergieeffizienz-Faktor ist der Quotient aus dem Endenergiebedarf und einem Referenz-Endenergiebedarf (Anforderung 2007).

Energieausweis für Wohngebäude Nr.

OiB ÖSTERREICHISCHES
INSTITUT FÜR BAUTECHNIK



GEBÄUDEKENNDATEN AM STANDORT

Brutto-Grundfläche	<input type="text"/>	charakteristische Länge	<input type="text"/>	mittlerer U-Wert	<input type="text"/>
Bezugsfläche	<input type="text"/>	Heiztage	<input type="text"/>	LEK _T -Wert	<input type="text"/>
Brutto-Volumen	<input type="text"/>	Heizgradtage	<input type="text"/>	Art der Lüftung	<input type="text"/>
Gebäude-Hüllfläche	<input type="text"/>	Klimaregion	<input type="text"/>	Bauweise	<input type="text"/>
Kompaktheit (A/V)	<input type="text"/>	Norm-Außentemperatur	<input type="text"/>	Soll-Innentemperatur	<input type="text"/>

ENERGIEBEDARF AM STANDORT²

	NEB kWh / m ² a	EEB kWh / m ² a	PEB kWh / m ² a	CO₂ kg / m ² a
144	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
120	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
96	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
67	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
48	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
24	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
0	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
	kWh / a	kWh / a	kWh / a	kg / a
Haushaltsstrombedarf	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Warmwasser	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Raumwärme	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Gesamt	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Alle Werte gelten unter der Annahme eines normierten Klima- und Nutzerprofils.

ERSTELLT

EAW-Nr.
GWR-Zahl
Ausstellungsdatum
Gültig bis

ErstellerIn

Stempel und
Unterschrift

¹ maritim beeinflusster Westen

² Die spezifischen und absoluten Ergebnisse in kWh/m².a bzw. kWh/a auf Ebene von EEB, PEB und CO₂ beinhalten jeweils die Hilfsenergie. Etwaige vor Ort erzeugten Erträge aus einer thermischen Solaranlage und/oder einer Photovoltaikanlage (PV) sind berücksichtigt. Für den Warmwasserwärme- und den Haushaltsstrombedarf werden standardisierte Normbedarfswerte herangezogen. Die ausgewiesenen prozentuellen Anteile der einzelnen Energiesysteme stellen lediglich eine ungefähre Größenordnung dar und können in der Praxis davon abweichen. Insbesondere bei thermischen Solaranlagen ist der Ertrag rechnerisch nicht genau auf Raumwärme und Warmwasser aufteilbar.



Dieses Dokument wurde amtssigniert.

Dieses Dokument ist amtssigniert im Sinne des E-Government-Gesetzes.

Mechanismen zur Überprüfung des elektronischen Dokuments sind unter <https://pruefung.signatur.rtr.at/> verfügbar.

Ausdrucke des Dokuments können beim
Amt der Vorarlberger Landesregierung
Landhaus
A-6901 Bregenz
E-Mail: land@vorarlberg.at
überprüft werden.



Gemeindeamt Gaschurn

6793 Gaschurn / Dorfstraße 2 / Hochmontafon – Österreich
Tel. +43(0)5558/8202, Fax +43(0)5558/8202-19
email: gemeinde@gaschurn.at
www.gaschurn-partenen.at

Wasser- und Kanalanschlussbescheid

Standardauflagen

Wasseranschlussbescheid

1. Die Anschlussstelle sowie die technischen Erfordernisse für den Anschluss an das öffentliche Netz (Verlegung der Leitung, Herstellung der Verbindung, Ausführung der Leitung) sind im Einvernehmen mit dem Bauhofleiter der Gemeinde festzulegen.
2. Im Objekt ist ein geeigneter Ort für den frostsicheren Einbau, die hindernislose Wartung und das Ablesen eines Wasserzählers vorzusehen, nach dem die Wasserbezugsgebühren berechnet werden.
3. Es wird darauf hingewiesen, dass es nicht gestattet ist, eine eigene Anlage mit der Gemeindewasserversorgungsanlage zu verbinden (§ 13 Wasserleitungsordnung).
4. Bestehende eigene Wasserversorgungsanlagen bei Betrieben, Bauwerken oder Anlagen, für die ein Anschlusszwang gemäß § 4 des Wasserversorgungsgesetzes besteht, sind nach dem Anschluss an die Gemeindewasserversorgungsanlage aufzulassen. Eine Entschädigung gebührt nicht.
5. Bestehende eigene Wasserversorgungsanlagen bei Bauwerken, Betrieben oder Anlagen, für die ein Anschlussrecht gemäß § 4 Abs. 4 des Wasserversorgungsgesetzes besteht, dürfen weiterverwendet werden, wenn der Anschlussnehmer nachweist, dass die Voraussetzungen des § 13 erfüllt sind.
6. Der Anschlussnehmer ist verpflichtet, Umstände, die für den Wasserbezug wesentlich sind, insbesondere Schäden an der Anschlussleitung oder Änderungen im Sinne des § 9, unverzüglich bei der Gemeinde anzuzeigen.
7. Gebrechen an der Verbrauchsleitung oder an dieser angeschlossener Maschinen oder Geräte, sind der Gemeinde unverzüglich zu melden, wenn wegen des Gebrechens Auswirkungen auf die Gemeindewasserversorgungsanlage zu befürchten sind. Kann die

Gemeinde nicht rechtzeitig verständigt werden, so ist der Anschlussnehmer berechtigt, bei Gefahr im Verzug, die Anschlussleitung mittels der Absperrvorrichtung zu sperren. Die Gemeinde ist hierauf ehest möglich zu verständigen.

8. Die Gemeinde ist berechtigt, die Wasserlieferung bei Wassermangel auf den notwendigen Trinkwasserbedarf oder auf eine bestimmte Menge einzuschränken. Eine Einschränkung der Wasserlieferung ist allen betroffenen Anschlussnehmern durch schriftliche Verständigung mitzuteilen und überdies durch Anschlag an der Amtstafel für die Dauer der Einschränkung bekannt zu machen.
9. Die Gemeinde ist berechtigt, die Wasserlieferung für die Gemeinde oder Teile davon zu unterbrechen, wenn dies zur Behebung von Gebrechen an der Wasserversorgungsanlage erforderlich ist. Die betroffenen Anschlussnehmer sind über den Grund der erfolgten Unterbrechung und ihre voraussichtliche Dauer ehest möglich in Kenntnis zu setzen.
10. Eine Garantie für die Gewährung eines bestimmten Wasserdruckes wird nicht gegeben.
11. Grabarbeiten im Straßenkörper sind vorab mit der Gemeinde zu besprechen und es ist eine Gebrauchserlaubnis zu beantragen. Der Antrag auf die Gebrauchserlaubnis ist vor Beginn der Grabarbeiten zu stellen.

Kanalanschlussbescheid

1. Die Kanalisationsanlage ist gemäß ÖNORM B 2501 (Entwässerungsanlagen für Gebäude), ÖNORM B 2503 (Kanalanlagen – Ergänzende Bestimmungen für die Planung, Ausführung und Prüfung) bzw. gemäß der KanalO der Gemeinde Gaschurn auszuführen.
2. Gemäß den §§ 5, 6 und 7 der KanalO der Gemeinde Gaschurn sind in Verbindung mit § 5 des KanalG sämtliche Schmutzwässer aus Küche, Bad, WC, Waschküche usw. direkt und über einen Kontrollschacht im Trennsystem über einen Sammelkanal in die örtliche Kanalanlage einzuleiten.
3. Die Einleitung von Drainage-, Oberflächen- und Grundwasser in den Schmutzwasserkanal ist unzulässig.
4. Stoffe, die geeignet sind, Verstopfungen zu verursachen (z. B. Küchenabfälle, Holz, Steine, Drähte, Textilien, Bauschutt, usw.) sowie giftige und gefährliche Stoffe (Öle, Benzine, Säuren, Laugen) dürfen nicht eingeleitet werden. Diese sind ordnungsgemäß zu entsorgen.

5. Die Regenwässer sind zur Versickerung zu bringen. Die Sickeranlage ist so zu bemessen und auszuführen, dass Nachbargrundstücke dabei nicht beeinträchtigt werden.
6. Hinsichtlich der einzuhaltenden Grenzwerte sind die Vorschriften der KanalO und der allgemeinen Abwasseremissionsverordnungen (AAEV), BGBl. Nr. 186/1996 idgF einzuhalten.
7. Schmutzwasserkanäle haben ein Gefälle von mindestens 2 % aufzuweisen.
8. Der Kanalanschluss ist zur Gänze auf Kosten des Bauwerbers zu erstellen. Anschlussarbeiten zur Herstellung von Anschlüssen in Schachtbauwerken der öffentlichen Kanalisationsanlage sind dem Bauwerber untersagt und werden ausschließlich durch die Gemeinde (Bauhof) oder durch von der Gemeinde beauftragte Unternehmen vorgenommen.
9. Die Kanalisierungsarbeiten sind durch befugte Unternehmen auszuführen. Diesen ist der Kanalanschlussbescheid nachweislich zur Kenntnis zu bringen. Das Unternehmen hat die Gemeinde Gaschurn vor Zufüllen des Rohgrabens zu informieren, damit die Verlegearbeiten überprüft werden können. Erfolgt keine rechtzeitige Information kann die Behörde die nachträgliche Freilegung der Rohrleitungen auf Kosten des Bauwerbers verlangen.
10. Sämtliche Kanalstränge außerhalb des Gebäudes sind mit einem Mindestdurchmesser von 150 mm und im Hinblick auf die Reinigungs- und Kontrollmöglichkeit möglichst geradlinig zu verlegen. Richtungsänderungen über 30° sowie Zusammenführungen dürfen nur in Kontrollschächten vorgenommen werden. Der Abstand zwischen den Schächten und die Ausführung der Schächte sind in Absprache mit (Gemeinde oder Bauhof der Gemeinde Gaschurn) festzulegen.
11. Es ist ein Kontrollschacht mit einem offenen Gerinne oder mit einem Putzstück zu errichten. Bei Ausführung eines Putzstückes muss dieses zur Durchführung der Dichtheitsprüfung geeignet sein.
12. Innerhalb der Rückstauenebene ist gegen den Rückstau der Abwässer aus der öffentlichen Kanalisationsanlage durch geeignete Maßnahmen (z.B. Rückstauklappe) auf eigenem Grund Vorsorge zu treffen. Die Höhe der Rückstauenebene ist 10 cm über der Oberkante des Kanaldeckels des Anschlusschachtes anzunehmen.
13. Nach Verlegung des Kanalstranges sind die Stränge von einer befugten Fachfirma (Kanaldienstunternehmen) auf ihre Dichtheit nach ÖNORM 2503 bzw EN 1610 überprüfen zu lassen. Die Prüfprotokolle sind unverzüglich der Behörde vorzulegen.

14. Der Kanalanschluss ist spätestens bis zur Fertigstellung des gegenständlichen Bauvorhabens und vor der Fertigstellungsmeldung durchzuführen.
15. Mit der Fertigstellungsmeldung ist ein Kanalisationsplan (mit eingetragenem Rohrdurchmesser, Längen, Schächten, Sonderbauwerken wie Fettabscheider, Druckleitungen usw.) vorzulegen, der die Kanalleitung lagemäßig und höhemäßig in Bezug auf den Gemeindekanal und das neu errichtete Gebäude darstellt.
16. Für andere als häusliche Abwässer ist mit dem Abwasserverband Montafon eine Indirekteinleitervereinbarung abzuschließen (Abwasserverband Montafon, Montafonerstraße 21, 6780 Schruns).
17. Fetthaltige Abwässer sind im Einvernehmen mit dem Abwasserverband Montafon über geeignete Fettabscheider abzuleiten.
18. Bei Feststellung von Missständen sind vom Bauwerber bzw. Antragsteller die Kosten der Kanalspülung, Kanalreinigung bzw. Kanalsanierung zu übernehmen.

Gebühren

Die aktuellen Gebühren für den Anschluss an die öffentliche Wasserversorgung bzw. Abwasserbeseitigungsanlage finden Sie auf unserer Gemeindehomepage unter **www.gaschurn-partenen.at**.

Name: _____

Adresse: _____

(Ort, Datum)

An die
Gemeinde Gaschurn
Dorfstraße 2
6793 Gaschurn

Meldung der Baufertigstellung gemäß § 43 Abs. 1 BauG

Bauherr: _____

Vorhaben: _____

Aktenzahl: _____

Standort: GST-NR/BP _____, GB Gaschurn

Hiermit melde ich/melden wir die Vollendung des Bauvorhabens.*)

Die noch ausstehenden Befunde sind der Meldung angeschlossen.*)

Hinweis:

Spätestens mit dieser Meldung müssen der Baubehörde **sämtliche** vorgeschriebenen Befunde vorgelegt werden!

Anlagen:

- 1) _____
- 2) _____
- 3) _____
- 4) _____
- 5) _____
- 6) _____

Der Bauherr:

(Unterschrift)

*) nichtzutreffendes streichen

UNTERNEHMENSVERZEICHNIS



ALLE UNTERNEHMEN AUS
DEM BAUBEREICH UND
NEBENGEWERBE
GASCHURN-PARTENEN

VON A BIS Z

GEMEINDEAMT GASCHURN

DORFSTRASSE 2

6793 GASCHURN

TEL. NR.: +43 55 58 / 82 02 - 0

FAX: +43 55 58 / 82 02 - 19

MAIL: GEMEINDE@GASCHURN.AT

WWW.GASCHURN-PARTENEN.AT



BA-BARBISCH RAUMGESTALTUNG GMBH

DORFSTRASSE 2

6793 GASCHURN

BRANCHE: RAUM AUSSTATTER, BELAGVERLEGER

TEL. NR.: +43 55 58 / 20 125 ODER +43 664 / 44 58 549

FAX: +43 55 58 / 20 127

MAIL: INFO@RAUM AUSSTATTER-MONTAFON.AT

WWW.RAUM AUSSTATTER-MONTAFON.AT

ELEKTROTECHNIK PFEFFERKORN

FRONSWEG 28A

6794 PARTENEN

BRANCHE: ELEKTROTECHNIK/PHOTOVOLTAIKANLAGEN

TEL. NR.: +43 664 / 36 16 665

FAX: +43 720 / 53 00 789

MAIL: BUERO@ELEKTROTECHNIK-PFEFFERKORN.AT

WWW.ELEKTROTECHNIK-PFEFFERKORN.AT

G & S PLANWERK GES.M.B.H

WIESA 169B

6793 GASCHURN

BRANCHE: PLANUNGSBÜRO

TEL. NR.: +43 5558 / 422 83

FAX: +43(0) 810 9554 428 611

MAIL: INFO@GS-PLANWERK.AT

WWW.GS-PLANWERK.AT



METALLTECHNIK CANAL

MONTAFONERSTRASSE 66A

6793 GASCHURN

BRANCHE: METALLBAU, STAHLBAU UND KUNSTSCHMIEDE

TEL. NR.: +43 5558 / 20082

HANDY NR.: + 43 664 / 73 55 73 64

MAIL: METALLTECHNIK-CANAL@A1.NET

WWW.METALLTECHNIK-CANAL.AT



M.E. ELEKTRO

DORFSTRASSE 2

6793 GASCHURN

BRANCHE: ELEKTROHANDEL

TEL. NR.: +43 664 / 20 33 978

MAIL: ME-ELEKTRO@A1.NET

WWW.ME-ELEKTRO.AT



PFEIFER ERNST

ANTILIWEG 124A

6793 GASCHURN

BRANCHE: PLANUNGSBÜRO, SACHVERSTÄNDIGER, TISCHLER

TEL. NR.: +43 55 58 / 82 31-0 ODER +43 664 / 31 20 975



PFEIFER FRANZ

BERGERSTRASSE 96C

6793 GASCHURN

BRANCHE: TISCHLER

TEL. NR.: +43 55 58 / 20 053 ODER +43 664 / 73 25 70 90

PREHL STEVEN

MONTAFONERSTRASSE 132C

6793 GASCHURN

BRANCHE: ERDBEWEGER

TEL. NR.: +43 664 / 44 34 727

RIEGLER THOMAS

SCHULSTRASSE 77

6794 PARTENEN

BRANCHE: ELEKTROTECHNIK

TEL. NR.: +43 55 58 / 80 67

SAHLER DANIEL

ÄULE 129D

6793 GASCHURN

BRANCHE: VERPUTZ UND TROCKENBAU

TEL. NR.: +43 660 / 8653555



SANDRELL DANIEL

PFOPPA 136E

6793 GASCHURN

BRANCHE: ELEKTROTECHNIK

TEL. NR.: +43 664 / 113 40 51

MAIL: OFFICE@SANDRELL.AT

SCHODER STEFAN

BERGERSTRASSE 120

6793 GASCHURN

BRANCHE: TISCHLER, HAUSMEISTERSERVICE

TEL. NR.: +43 664 / 110 49 95

MAIL: STEFAN_GEBHARD.SCHODER@AON.AT

TISCHLEREI NETZER GMBH & CO KG

MONTAFONERSTRASSE 132B

6793 GASCHURN

BRANCHE: TISCHLEREI

TEL. NR.: +43 55 58 / 82 85

FAX: +43 55 58 / 82 85-6

MAIL: OFFICE@NETZER.AT

WWW.NETZER.AT



WACHTER ANKE

MONTAFONERSTRASSE 132C

6793 GASCHURN

BRANCHE: AUTO + REIFENSERVICE

TEL. NR.: +43 664 / 87 66 202

MAIL: ANKE.WACHTER@AON.AT



WACHTER HUBERT

UNTER TRANTRAUAS 64

6793 GASCHURN

BRANCHE: ERDBEWEGER

TEL. NR.: +43 664 / 44 03 601



WACHTER INSTALLATIONEN

WINKEL 159B

6793 GASCHURN

BRANCHE: INSTALLATIONSMEISTERBETRIEB

TEL. NR.: +43 664 / 40 99 139

MAIL: INFO@INSTALLATIONEN_WACHTER.AT



WACHTER RAINER

DORFSTRASSE 26

6793 GASCHURN

BRANCHE: ERDBEWEGER

TEL. NR.: +43 664 / 41 19 466

WAGA ERDBAU-JOEL WACHTER

SAPRAU 164E

6793 GASCHURN

BRANCHE: ERDBEWEGER

TEL. NR.: +43 664/387 20 64

MAIL. WAGA.ERDBAU@HOTMAIL.COM

WITTWER ALEXANDER

MOTTA 14

6793 GASCHURN

BRANCHE: ERDBEWEGER

TEL. NR.: +43 55 58 / 20 154



WITTWER HUBERT

MONTAFONERSTRASSE 66B

6793 GASCHURN

BRANCHE: ZIMMERMEISTER

TEL. NR.: +43 664 / 28 04 872

FAX: +43 55 58 / 20 098-27

MAIL: WITTWER@DERZIMMERMEISTER.AT

WWW.DERZIMMERMEISTER.AT





Gemeindeamt Gaschurn

6793 Gaschurn / Dorfstraße 2 / Hochmontafon – Österreich
Tel. +43(0)5558/8202, Fax +43(0)5558/8202-19
email: gemeinde@gaschurn.at
www.gaschurn-partenen.at

Linksammlung

Nützliche Links für die Bauherren

Die Bauherrenmappe sowie viele weitere Informationen und Formulare finden Sie auf unserer Gemeindehomepage unter **www.gaschurn-partenen.at**.

Informationen zur Wohnbauförderung, Neubauförderung, Wohnhaussanierung usw. finden Sie auf der Homepage der Landes Vorarlberg unter **www.vorarlberg.at**.

Das aktuelle Baugesetz des Landes Vorarlberg finden Sie unter **<http://voris.vorarlberg.at/>**.

Alle wichtigen Informationen zum Energieausweis erhalten Sie unter **www.eawz.at**. Auf dieser Homepage finden Sie ebenso eine Liste der Energieausweis-Ersteller in Vorarlberg. Unter **www.vorarlberg.at** oder **www.energieinstitut.at** finden Sie ebenso Informationen zum Energieausweis. Informationen zur Form und Inhalt des Energieausweises erhalten Sie auch von der Verordnung der Landesregierung über die Baueingabe, diese finden Sie unter **<http://voris.vorarlberg.at/>**.

Informationen zur Energieberatung erhalten Sie unter **www.energieinstitut.at**.

Einsicht in die aktuellen Luftbilder, Gefahrenzonenpläne, das digitale Wasserbuch usw. erhalten Sie unter **www.vorarlberg.at/atlas**.

Allgemeine Informationen zum Bauen erhalten Sie ebenso unter **www.help.gv.at**.

Für Fragen oder Anregungen stehen Ihnen die Mitarbeiter des Gemeindeamtes Gaschurn gerne zur Verfügung.

Gemeindeamt Gaschurn

Dorfstraße 2

6793 Gaschurn

Tel. Nr.: +43 55 58 / 82 02 – 0

Fax: +43 55 58 / 82 02 – 19

E-Mail: gemeinde@gaschurn.at

www.gaschurn-partenen.at